

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 7. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Für Kulturpolitik.

Es ist bezeichnend, daß der neue Reichstag, der am Mittwoch zusammentritt, sich über die gesetzgeberischen Aufgaben, die er zu erledigen haben wird, noch durchaus im Unklaren befindet, daß aber das eine bereits sicher ist, daß die neugewählte Volksvertretung dem Militarismus und Marinismus abermals riesige Summen opfern soll. Wie groß das dem Voloch Militarismus darzubringende Opfer sein soll, darüber gehen ja einstweilen noch die Nachrichten auseinander. Die einen beziffern die Kosten für die Heeresvorlage auf 70 oder 80 Millionen, die anderen höher. Wie dem aber auch sei, daß die Summe der Mehrforderungen für Rüstungsausgaben sich auf mindestens 100 Millionen belaufen wird, ist tödlicher.

Hundert Millionen neuer Militär- und Marineforderungen aber werfen sofort unsere schöne Finanzausstellung und den angeblich so günstigen Abschluß des Reichsetats über den Haufen. Hundert Millionen mehr bedeuten die Fortsetzung der Schuldenwirtschaft, statt daß daran zu denken wäre, endlich einmal wirkliche Schuldentilgung vorzunehmen, d. h. mehr Schulden tilgen als neue Anleihen aufnehmen zu können. Denn eine Schuldentilgung bei fortgesetzt weit beträchtlicherem Schuldenmachen ist ja nichts als eine abgeschmackte Komödie. Ja, hundert Millionen neuer Rüstungsausgaben rufen sogar die Gefahr neuer Steuern in die drohendste Nähe. Und selbst wenn die besitzende Klasse sich diesmal zu einer wirklichen Vermögenssteuer bequeme, so ist hundert gegen eins zu wetten, daß mit einem solchen Acker nur nach neuen indirekten, die Volksmasse schwer belastenden Steuern angelockt werden würde. So lägen die Dinge zurzeit günstiger wirtschaftlicher Konjunktur. Jede Krise aber würde nicht nur den durch den Brot- und Fleischwucher und zahllose andere Verbrauchsausgaben ausgeplünderten Volksmassen den brutalen Steuerdruck mit doppelter Brutalität bemerkbar machen, sondern auch wieder ein derartiges Sinken unserer Reichseinnahmen zur Folge haben, daß das Reich trotz der glänzenden Finanzreform in die uferloseste Defizitwirtschaft hineingeriete.

Aber Schuldenwirtschaft und neue Steuern wären nicht das einzige, was uns das forcierte Rüstren befehlen würde. Die Fortsetzung der Rüstungspolitik bedeutet zugleich auch den ärgsten Demmschuh für jede Kulturpolitik. Wie kann an eine soziale Reformpolitik gedacht werden, die Anforderungen an den Reichsäckel stellt, wenn der Voloch Militarismus nicht nur alle verfügbaren Reichseinnahmen verschlingt, sondern noch darüber hinaus zum Schuldenmachen zwingt! Und nicht nur im Reich wird jede soziale, jede Kulturpolitik vollständig lahmgelegt, sondern auch in den Einzelstaaten. Denn selbst der günstigste Fall, daß ein Teil der neuen Steuern auf das Einkommen oder das Vermögen der Besitzenden gelegt wird, wird die Politik der Einzelstaaten in der ungünstigsten Weise beeinflussen. Bekanntlich sind ja fast alle Kulturaufgaben den Einzelstaaten reserviert. Wenn aber in Preußen zum Beispiel von der Sozialdemokratie Kulturforderungen geltend gemacht werden, etwa für die Schule, für die soziale Hygiene, für die Kiesenarmee der Staatsarbeiter usw., so werden diese Forderungen einfach mit dem Argument zurückgewiesen, daß dafür leider kein Geld vorhanden sei. Und wenn unsere preussischen Genossen dann eine Erhöhung der Steuern und natürlich der direkten Steuern empfehlen werden, so wird man ihnen einfach antworten, daß ja der Besitz bereits durch die neue Reichsteuer in Anspruch genommen worden sei. So bringt der Militarismus nicht nur Sozialpolitik und alle Kulturpolitik überhaupt im Reich ins Stocken, sondern er verurteilt auch die Landespolitik zur traurigsten Stagnation.

Dabei wollen wir heute gar nicht einmal sprechen von den ungeheuren Gefahren, die der uferlose Rüstungswahnsinn mit sich bringt. Denn die tollwütige Kriegshetze unserer Alldemokratischen, Freikonserwativen und Agrarkonservativen, Acker- und Prozentpatrioten hat ja den Volksmassen längst die Augen darüber geöffnet, daß das Betrüsten in Wirklichkeit kein Mittel zur Erhaltung des Friedens ist, sondern die gefährlichste Kriegsprovokation, die sich denken läßt. Daß aber ein Weltkrieg — und zu einem solchen müßte sich jedes ernste Kriegsbenteuer zwischen europäischen Nationen auswachsen — die Fundamente moderner Kultur überhaupt erschüttern würde, ist nachgerade in das Bewußtsein des letzten Proletariats übergegangen.

Was liegt bei alledem näher, als daß sich auch die neue Volksvertretung zu dem Entschlusse aufraffen müßte, dem uferlosen, verderbenschwangeren, barbarischen Betrüsten endlich ein energisches Halt zu gebieten. Wenn der Liberalismus mehr ist als ein leeres Wort, wenn er ein modernes Kulturprogramm bedeutet, so gibt es für ihn keine dringlichere Verpflichtung, als das uferlose Betrüsten als den Dorn aller Barbarei und aller kultureller Rückständigkeit nachdrücklich zu bekämpfen. Daß er dabei die Volksmassen hinter sich hätte, kann ihm nicht zweifelhaft sein. Bekannt doch selbst die „Kölnische Volkszeitung“, eins der führenden Organe des Zentrums, in der Nummer 106 vom letzten Sonntag, daß das Schreckgespenst des Auslands, der alldemokratische Verband, in Wirklichkeit nichts sei als eine „ausgestopfte Bogelscheuche“. Denn die letzte

Reichstagswahl hätte denn doch gerade den Alldemokratischen eine „schwere Niederlage“ bereitet. Wie hätten die Alldemokratischen während des Marokkofonflikts renommier! Man habe förmlich gegen den Reichstanzler und gegen Herrn v. Aderlen-Wachter getobt, weil sie auf Marokko verzichtet und sich mit dem Zipselchen Kamerun begnügt hätten. Die Reichstagswahl, so hätten die Alldemokratischen gedroht, solle der Regierung ihren Mangel an Schneid fürchterlich heimzahlen. Und was sei geschehen? 4 1/2 Millionen sozialdemokratische Stimmen seien abgegeben worden, um eine Million Stimmen habe sich die rote Koalition vermehrt, trotzdem die Sozialdemokraten so laut gegen jeden Konflikt wegen Marokkos demonstriert hätten, daß es „selbst der Regierung fast unbequem“ geworden sei. Gerade die letzte Wahl habe also bewiesen, daß sich der Volkszorn nicht gegen die Sozialdemokratie, die Partei des Friedens gewandt habe, sondern umgekehrt gegen die alldemokratischen Kriegsheher, deren unüberfrorenste Demagogien auf der Strecke geblieben seien.

In der Tat, die Lehren der Reichstagswahl sind evident. Sie beweisen die Friedensliebe der Volksmassen, sie beweisen, daß die Nation mit den anderen großen Kulturstaaten in friedlichem Wettbewerb leben will, aber der unerträglichen, konfliktsschwangeren Kriegsrüstungen gründlichst überdrüssig ist. Und es ist ein Zeichen der Zeit, daß selbst in der „Täglichen Rundschau“, einem der wütendsten Kriegstreiberorgane, der ehemalige Gouverneur von Kamerun, Jesslo v. Puttkamer, sich mit aller Entschiedenheit für ein friedliches Zusammengehen mit Frankreich ausspricht. Und Herr v. Puttkamer predigt nicht nur unseren Pangermanen Freundschaft mit Frankreich, sondern er weist auch nach, daß Frankreich selbst gar nicht an jener Deutschenfeindschaft leidet und leiden kann, die ihm von der deutschen Hechtpresse nachgesagt wird. Die in der französischen Hechtpresse verübten Deutschenfeindlichkeiten hätten bisher keinerlei Einfluß auf Frankreichs Haltung ausgeübt und würden auch in Zukunft das französische Volk nicht zum Krieg zu treiben vermögen. Das französische Volk habe vielmehr ein sehr feines Empfinden für das Väterliche und begreife durchaus das Komische dieser chauvinistischen Hechergüsse. Nichts stehe also einem friedlichen Zusammengehen Frankreichs mit Deutschland im Wege.

Was aber der ehemalige Gouverneur von Kamerun über das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich äußert, gilt nicht minder von dem Verhältnis zwischen Deutschland und England. Sicherlich sind gewisse Kreise Englands beunruhigt gewesen wegen des deutschen Flottenrüstens, gewiß hat man in diesen Kreisen die Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland erwogen und — gleich den deutschen Hechtpatrioten — gelegentlich die Ansicht vertreten, daß ein sofortiger Krieg dem doch später unausschließlichen Zusammenstoß vorzuziehen sei. Aber ebenso sicher ist, daß die Beunruhigung weiter englischer Kreise zum allergrößten Teil auf Deutschlands unmotiviertes Flottenrüsten und die so prahlend und provokatorisch proklamierten weltpolitischen Ansichten Deutschlands zurückzuführen war. Trotzdem wäre England auch heute noch zu einer Verständigung mit Deutschland bereit. Bekanntlich hat ja England bereits einmal, wenn nicht ein Abrüsten, so doch einen Rüstungsstillstand vorge schlagen. Deutschland hat damals diesen Vorschlag ohne weiteres abgelehnt und Herr v. Bethmann Hollweg hat diese Ablehnung obendrein in der beleidigendsten und rücksichtslosesten Weise begründet. Es wäre endlich an der Zeit, daß unser Liberalismus es als eine seiner vornehmsten Aufgaben erachtete, einer Verständigung mit England auf Grund mindestens einer Vermeidung jedes weiteren Betrüstens die Wege zu bahnen. Die Einschränkung der Rüstungen müßte aber auf der anderen Seite natürlich auch nicht so verstanden werden, daß man auf ein paar Jahre die Flottenvermehrungen zurückstellt, um dafür um so intensiver das Rüstren zu Lande fortzusetzen! Vielmehr handelt es sich darum, daß mit dem ganzen System des Betrüstens endgültig gebrochen wird und endlich der Anfang mit inneren Reformen, mit einer Kulturpolitik zum Wohle der breiten Volksmassen ein ernstlicher Anfang gemacht würde!

Nur wenn der neue Reichstag durch seine gesetzgeberischen Taten beweist, daß ihm Deutschlands Zukunft nicht mehr auf dem Wasser oder jenseits der Wasser in den Kolonien liegt, sondern im deutschen Volke selbst, in der Emporhebung der breiten Volksmassen zu materieller und geistiger Kultur, nur dann wird in ihm von einem merkbaren Aufbruch nach links die Rede sein können. Wie dem aber auch sei: die 110 Sozialdemokraten werden alle Kraft einsetzen, um den Reichstag in diesen Kurs zu bringen. Der Apvellant die Massen, die Aufklärung und Aufrüttelung des Volkes wird dabei wie bisher das wichtigste Kampfmittel der Partei bilden!

Volk und Regierung in Bayern.

Am Montag hat das Volk in Bayern gesprochen. Das Zentrum hat von seinen früheren 98 Mandaten 11 verloren. Die mit ihm verbündeten Konservativen nicht weniger als 9 von ihren früheren 16 Sitzen. Trotzdem behält das Zentrum

die Majorität und der Hauptzweck der Wahl ist für diesen ersten Ansturm noch nicht erreicht worden.

Das Zentrum behauptet sich in der Nacht allerdings nur dank der reaktionären Wahlkreiseinteilung. In der Bevölkerung war es schon bei den letzten Wahlen nur eine Minorität; es hatte nur 41 Proz. der abgegebenen Stimmen erhalten. Liegen auch jetzt noch keine genauen Stimmziffern vor, so läßt sich doch mit Sicherheit sagen, daß das Zentrum an Stimmen verloren, seine Gegner dagegen einen starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben. Trotzdem spricht es sich an, dem Lande jetzt seinen Willen zu befehlen.

Und da ist es charakteristisch, daß das Zentrum in Bayern sich vor allem dem Kampf gegen die Sozialdemokratie zuwendet und dabei an Arbeiterfeindschaft hinter seinem preussischen Konservativen zurückbleibt. Gegen das Koalitionsrecht der Beamten und Staatsarbeiter, gegen die Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Sozialdemokraten will jetzt das Zentrum mit aller Macht anführen.

Die Regierung aber, und das ist das Charakteristische für den Scheinparlamentarismus, der in Süddeutschland genau so, wenn auch unter einem besseren Wahlrecht, sich noch behauptet hat wie im übrigen Deutschland, die Regierung hat schon am Tage vor der Entscheidung bedingungslos vor dem Zentrum kapituliert. Der Sieg, den da das Zentrum bei Hofe über das Ministerium errungen hat, ist sogar für seine Augenblickspolitik noch wichtiger als die Behauptung seiner Majorität, die die Niederlage bei den Wahlen, die das Zentrum in Wirklichkeit erlitten hat, in den Augen politisch Urteilsfähiger doch nicht verhüllen kann. Denn es ist damit von der Furcht befreit, daß die Regierung ein zweites Mal an das Volk appelliert, wenn das Zentrum seine Herrschaft allzu straff anspannt. Denn das bayerische Ministerium wird jetzt eine gründliche Reinigung erfahren, und die dem Zentrum nicht genehmen Minister, vor allem Herr Frauendorfer, der die scharfmacherischen Gelüste gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband nicht befriedigen wollte, werden nicht wiederkehren. Herr von Bethmann Hollweg hat mit seiner Sammlungsparole bei den süddeutschen Regierungen Glück. Daß Berliner Einflüsse neben der höfischen Zentrumskamarilla bei den Demissionen des Ministeriums mitgespielt haben, deutet ja auch das Münchener Zentrumsblatt „Der Bayerische Kurier“ an, wenn es schreibt:

„Die bayerische Regierung sei durch ihre Begünstigung der Sozialdemokratie in eine vollendete Isolation gegenüber den Regierungen anderer Bundesstaaten und hat Zustände im Lande Bayern geschaffen, die tief beklagenswert sind; es ist ein voller Ansturm der Ordnung eingetreten durch die Notwendigkeit der Mobilisierung des Beamtenums.“

Und man darf wohl annehmen, daß die Scharfmacherrede des Ministers v. Dusch in Baden gleichfalls zu den Erfolgen der Berliner Sammlungsparole gehört. In bezug auf diese Rede meinte Genosse Frank mit Recht, in Deutschland herrsche der umgekehrte Parlamentarismus. Die Regierung sei die Vertretung der Minorität. Aber das enthält zugleich die Schwäche der Großblockpolitik, die vor allem eine Schwäche der deutschen Liberalen ist. Denn was nützt schließlich diese vielgerühmte Politik, wenn sie nicht einmal dazu ausreicht, den Willen der parlamentarischen Majorität zur Geltung zu bringen. Würden die Liberalen wirklich entschlossen sein, die parlamentarischen Machtmittel rücksichtslos zur Anwendung zu bringen, würden sie einer Regierung, die sich der Politik der Majorität so feindsch gegenüberstellt, wie es Herr v. Dusch getan hat, z. B. das Budget verweigern, anstatt über die selbstverständliche sozialdemokratische Budgetverweigerung zu zetern, dann würde wenigstens in Süddeutschland der Krypto-Absolutismus sein Ende finden können.

Auch in Bayern wäre es das natürlichste, daß das Zentrum jetzt selbst die Regierung übernimmt, seine Führer die Ministerposten erhalten und die Partei auch vor allem Volke die Verantwortung für ihre Taten trägt. Das wäre zugleich das beste Mittel, um die Zentrumsheerrschaft möglichst rasch und ein für allemal zu überwinden. So wird es aber nicht kommen. Ein Beamtenministerium wird wieder erscheinen und im Vordergrund agieren, während hinter die Zentrumsführer die Drähte ziehen. Bei ihren Wählern aber werden die Herrren sich nach wie vor als unabhängige Partei aufspielen und die Verantwortung für alle ihre Sünden der Regierung zuschieben.

Azulange freilich wird auch dieser Schwindel nicht gehalten. Dafür bürgen die Fortschritte, die unsere Partei auch bei diesen Wahlen gemacht hat. Die Sozialdemokraten haben neun Mandate erobert und verfügen jetzt über dreißig Mandate. Sie werden in- und außerhalb des Landtags schwere Kämpfe zu bestehen haben, aber wir zweifeln nicht daran, daß der Ausgang dieser Kämpfe die endgültige Niederlage des Zentrums auch in seinem stärksten Bollwerk sein wird.

Das Wahlergebnis.

Die 163 Mandate verteilen sich nach dem Schlusergebnis wie folgt: Sozialdemokraten 30, Liberale und Deutscher Bauernbund 37, Bayerischer Bauernbund 4 — links zusammen also 69; Zentrum 67, Bund der Landwirte 7 — Rechte zusammen 94. Zentrum und konservative Wähler haben also 12 Stimmen, das Zentrum allein 5 Stimmen über die absolute Mehrheit.

Die Insertions-Gebühr

Beizahl für die sechsgehaltene Anzeigzeit über deren Raum 60 Wg. für politische und gesellschaftliche Anzeig- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das festgebundene Wort 30 Wg. (zulässig 2 festgebundene Worte), jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Bisher hatten Zentrum und Konserbative mit 114 Mandaten (98 Zentrum, 16 Konserbative und Wähler) über die Zweidrittelmehrheit. Diese Zweidrittelmehrheit, die für Verfassungsänderungen notwendig ist, ist jetzt gebrochen. Freilich kann die Linke bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen das Proportionalwahlrecht nicht durchsetzen, das eine gerechte Vertretung des bayerischen Volkes und eine dauernde Befestigung der absoluten Zentrumsmehrheit bringen würde.

Das Zentrum hat 11, der Bund der Landwirte 9 Siege verloren. Die Sozialdemokratie gewinnt 9, die Liberalen 11, der bayerische Bauernbund 1 Mandat.

Von wichtigsten Kreisen verlor das Zentrum München-Land, Würzburg I, Speyer, Kempen, Augsburg II, Landau, Remmingsen, Traunstein, Bamberg I, Eggenfelden, Sulzbach. In München-Stadt hat der liberal-sozialdemokratische Block 10 000 Stimmen gewonnen, das Zentrum 400 Stimmen verloren.

Die Bündnistreue der Liberalen hat sich bewährt, nur über die schlechte Organisation des Bauernbundes war zu klagen.

Folgende 30 Genossen wurden in den beigefügten Wahlkreisen gewählt: Pöckelmann (München II), Schmitt (München IV), Rohhaupter (München VII), Müller (München VIII), Ruer (München IX), Timm (München X), Schmid (München XI), v. Volkmar (München XII), Kimmertall (München-Land), Proft (Speyer), Hoffmann (Kaiserlautern), Klement (Kaiserlautern), Huber (Ludwigshafen I), Körner (Ludwigshafen II), Keibel (Frankenthal), Sailer (Rheinberg I), Sühheim (Rheinberg III), Dorn (Rheinberg IV), Simon (Rheinberg V), Schnepfenhork (Rheinberg VI), Segig (Bürtz), Klampfer (Bürtz), Hielt (Schwabach), Dr. v. Haller (Erlangen), Vogel (Herzbrunn), Lämmermann (Ausbach), Endres (Würzburg I), Kollwagen (Augsburg II), Götzler (Rempten), Gutmier (Kulmbach).

Wahlbeeinflussung.

München, 6. Februar. Ein hiesiges Lokalblatt meldet von angeblich gut unterrichteter Seite einen für Bayern unerhörten Eingriff der Militärbehörden in die Wahlfreiheit. Danach hätten die sämtlichen hiesigen Reserveoffiziere vom Bezirkskommando München eine Mitteilung zur Landtagswahl erhalten, wonach jeder, der sozialdemokratisch wähle, seinen Abschied erhalte.

Der Aufstieg der Sozialdemokratie.

Die Wahlschlacht vom 12. Januar 1912 ist geschlagen und wir haben unsere wohlverdienten Siege eingestrichelt. Mit Stolz konnten wir konstatieren, daß die Zahl der für die sozialistischen Kandidaten im ersten Wahlgange abgegebenen Stimmen von 3 258 734 oder 28,9 Proz. aller gültigen Stimmen im Jahre 1907 auf 4 250 329 oder 34,9 Proz. aller gültigen Stimmen im Jahre 1912 gestiegen ist. Im Vergleich zur Zahl aller abgegebenen gültigen Stimmen ist also unsere Stimmenzahl in diesem fünf Jahren um 8 Proz. gewachsen.

Natürlich verteilt sich diese Steigerung nicht gleichmäßig über das ganze Reich. In einigen Gegenden haben wir raschere, in anderen langsamere Fortschritte gemacht. Dies im einzelnen lernen wir zu lernen, hat für uns nicht nur ein theoretisches, sondern auch — insbesondere für die Propaganda — ein eminent praktisches Interesse. Wir haben daher auf Grund der nunmehr vorliegenden amtlichen Berichte über die Wahlergebnisse eine Berechnung aufgestellt, wieviel Stimmen wir in den einzelnen Staaten erhalten haben, welchen Prozentsatz dies von den überhaupt abgegebenen gültigen Stimmen ausmacht und wie groß infolgedessen das Wachstum der sozialistischen Stimmen, gemessen an der Gesamtsumme der gültigen Stimmen in den einzelnen Staaten und Landesteilen ist.

Hier das Ergebnis der Berechnung:

Staat oder Landesteil	1907		1912		Zunahme der sozial. Stimmen
	Sozial. Stimmen	in % aller gültigen Stimmen	Sozial. Stimmen	in % aller gültigen Stimmen	
Preuß. Ostpreußen	44 739	13,5	51 479	14,8	+ 1,3
Westpreußen	19 925	7,0	28 232	9,7	+ 2,7
Berlin	251 215	68,2	307 762	74,9	+ 8,7
Preuß. Brandenburg	291 939	40,6	418 848	49,1	+ 8,5
Pommern	60 474	19,9	77 390	24,0	+ 4,1
Polen	6 510	1,9	19 967	3,8	+ 1,9
Schlesien	100 029	20,6	236 332	27,9	+ 7,3
Sachsen	206 654	35,7	265 901	42,7	+ 7,0
Schleswig-Holstein	113 348	38,9	127 375	40,3	+ 1,4
Hannover	142 767	26,5	187 150	31,8	+ 5,3
Westfalen	100 630	23,7	221 049	28,8	+ 5,1
Hessen-Nassau	114 079	28,7	149 381	34,6	+ 5,9
Rheinprovinz	288 355	18,5	322 036	23,7	+ 5,2
Königreich Preußen	1 816 064	26,4	2 407 498	32,1	+ 5,7
Königreich Bayern	237 802	20,9	331 271	27,2	+ 6,3
Sachsen	418 570	48,5	513 216	55,0	+ 6,5
Württemberg	115 724	27,9	158 335	32,5	+ 5,6
Großherz. Baden	93 396	23,9	117 154	28,2	+ 4,3
Hessen	76 992	32,7	98 074	39,3	+ 6,6
Württemberg	44 271	34,8	60 210	37,4	+ 4,1
Sachs.-Weimar	29 736	38,2	37 070	45,9	+ 7,7
Württemberg	6 059	29,9	6 492	30,7	+ 0,8
Oldenburg	21 705	27,1	26 799	33,1	+ 6,0
Thür. Staaten	92 049	40,0	119 585	49,2	+ 9,2
Herzogtum Braunschweig	87 203	40,1	118 200	48,6	+ 9,2
Anhalt	27 041	42,7	31 405	46,2	+ 3,5
Härsentum Lippe	8 424	29,7	11 227	29,4	+ 0,7
Fr. u. Hanst. Vöbed.	11 575	50,6	13 353	52,5	+ 1,9
Bremen	27 962	48,4	35 892	53,4	+ 5,0
Hamburg	112 892	60,6	138 343	61,2	+ 0,6
Elb-Lothringen	81 580	29,7	110 675	31,7	+ 8,0
Deutsches Reich	3 258 734	28,9	4 250 329	34,9	+ 6,0

Zunächst geht aus dieser Aufstellung hervor, daß Preußen sowohl hinsichtlich des Prozentsatzes der sozialistischen Stimmen als auch hinsichtlich ihrer relativen Zunahme nicht ganz den Reichsdurchschnitt erreicht, trotzdem es die riesige sozialistische Metropole Berlin in sich schließt, in der diesmal 74,9 Proz. aller Stimmen auf unsere Partei entfielen und die mit 8,7 Proz. nächst den thüringischen Staaten und neben Braunschweig auch die größte relative Zunahme aufweist. Die Tabelle belehrt uns darüber, daß die ämperst rückständigen östlichen Provinzen, in denen unsere Propaganda vielfach an dem Terrorismus der Junkersippe scheitert, die Schuld daran trägt. Finden wir doch in Ostpreußen nur 14,8, in Westpreußen nur 9,7 und in Polen gar nur 3,8 Proz. sozialistische Stimmen. Von allen preussischen Provinzen hatten nur Brandenburg (ohne Berlin), Sachsen und Ostpreußen einen höheren Prozentsatz sozialistischer Stimmen, als dem Reichsdurchschnitt entsprechen würde. Und nur die Provinzen Brandenburg, Schlesien und Sachsen hatten eine stärkere als durchschnittliche Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen.

Im übrigen Reiche stehen die Hansestädte und das rote Königreich an der Spitze. In ihnen wurden mehr als die Hälfte aller Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben. In Sachsen war auch die Zunahme eine mehr als durchschnittliche. Wenn sie in den Hansestädten Lübeck und Hamburg weit hinter diesem Durchschnitt zurückbleibt, so ist dieser Rückgang nur

ein Scheinrücken; er erklärt sich aus der starken Abwanderung der Arbeiterbevölkerung aus dem Stadtgebiet in die umliegenden zu Preußen gehörigen Ortshäfen. Nahezu die Hälfte aller Stimmen erhielten wir ferner noch in den kleinen thüringischen Staaten, in Braunschweig, in Anhalt und in Sachsen-Weimar. Eine den Reichsdurchschnitt übersteigende Zahl von Stimmen kam auf unsere Kandidaten auch in Hessen, Mecklenburg-Schwerin. Trotz seiner vorwiegend katholischen Bevölkerung stellte Bayern immerhin 27,2 Proz. sozialistische Stimmen gegen 20,9 Proz. bei der letzten Wahl, was eine sehr erfreuliche Zunahme bedeutet. Große Fortschritte haben wir auch in Elb-Lothringen gemacht, wo wir 31,7 Proz. aller abgegebenen Stimmen erhielten gegen 28,7 Proz. im Jahre 1907.

Angehts dieser Zahlen dürfen wir also behaupten, daß wir überall vorwärts gekommen sind; und wenn in manchen Gegenden das Licht der Aufklärung nur langsam sich durch die Finsternisbahn bricht, wie im Nordosten des Reiches, so wissen wir, daß wir dort nun erst recht zu arbeiten haben, um die Landarbeiter und Bauern aus ihrem Autoritätsglauben zu reißen und sie dem Meer des unter der sozialistischen Fahne kämpfenden Proletariats einzuweisen.

Der Krieg.

Die Komreise des Generals Caneva.

Paris, 6. Februar. „Echo de Paris“ meldet aus Rom, daß der eigentliche Grund der Komreise des Generals Caneva der ist, mit dem Kriegsminister zu konferieren. Der General wird der Regierung seinen Plan für ein Vorrücken und die Organisation im Innern von Tripolis vorlegen. In Anbetracht der Wiedereröffnung der Kammer will man genau über alle Einzelheiten der Kampagne informiert sein. Erst nachdem man zu einem vollen Einverständnis zwischen dem General Caneva und den maßgebenden Persönlichkeiten der italienischen Regierung gekommen ist, werde die definitive Entscheidung getroffen werden, ob es ratsam ist, vorzudringen und die türkisch-arabischen Truppen aus ihren Positionen, die auf dem hohen Plateau, 80 Kilometer von Tripolis entfernt liegen, zu vertreiben. Eine solche Expedition würde den Ausgang des Krieges entscheiden.

Die Affäre von Hodeida in italienischer Darstellung.

Rom, 5. Februar. Die Agenzia Stefani teilt mit: Ausländische Zeitungen haben Nachrichten gebracht, italienische Kriegsschiffe hätten Hodeida beschossen und die Werftstätten und Häuser der Gesellschaft, die eine Eisenbahn nach Ras Ketib baut, bombardiert und zerstört. Der Kommandant der italienischen Flotte im Roten Meer hat bis heute keinerlei Bombardement, weder auf Hodeida noch auf die Gebäude der genannten Gesellschaft, gemeldet. Es bleibt also nur die Annahme übrig, daß ein Lager regulärer türkischer Truppen bei Djubbana, einer Ortschaft, die 16 Kilometer von Hodeida und 6 Kilometer von Ras Ketib entfernt ist, beschossen worden ist. Die Regierung erwartet indessen noch Nachrichten über diesen Gegenstand. Gegenüber den Meldungen einiger ausländischer Blätter, daß Hodeida nicht beschossen werden dürfe, weil es nicht besetzt sei, wird hervorgehoben, daß Hodeida durch ein kleines Fort im Norden der Stadt geschützt wird und daß die Kanonen dieses Forts am 2. Oktober auf den italienischen Kreuzer „Vultur“ und auf das Kanonenboot „Aretusa“ feuerten. Es muß auch Feldartillerie im Süden der Stadt, dem Meer gegenüber, aufgestellt gewesen sein.

Vom tripolitaniischen Kriegsschauplatz.

Konstantinopel, 6. Februar. Im Kriegsministerium ist eine Depesche des Majors Ever bei eingegangen, wonach die Türken und Araber drei nächtliche Angriffe auf Derna und Benghasi unternommen haben, bei denen die Italiener größere Verluste hatten. Auf Seiten der Türken sind 30 Mann gefallen und 40 Mann verwundet worden.

Tripolis, 6. Februar. (Meldung der Agenzia Stefani.) Die allgemeine Kriegslage ist unverändert; nur ein regerer Sachdienst auf feindlicher Seite, durch den die Verbindung der Italiener untereinander gehindert werden soll, ist zu bemerken. Die florentinischen Minen unternahmen Erkundungsritte auf Fondul Tolar zu und bemerkten in Richtung auf Fondul Ragur ein Lager sowie einen Zug von Menschen und Tieren, der sich von Janzur nach Tolar bewegte. Aus der Ferne wurde auf die Aufklärungspatrouillen ein Gewehrfeuer eröffnet, das jedoch wirkungslos blieb.

Tobruk, 6. Februar. (Meldung der Agenzia Stefani.) Gestern früh eröffnete eine Gruppe von ungefähr 60 Feinden sowie andere kleine gerüstete Truppen im Süden und Osten der italienischen Stellungen ein Feuer gegen das Fort, zogen sich aber schließlich nach einigen Schüssen der italienischen Feldgeschütze zurück. — Aus Massana wird gemeldet, daß der Kreuzer „Calabria“ die türkischen Forts bei Schech Said unbrauchbar gemacht sowie zwei Sambukkan, welche die türkische Flotte führten, genommen hat.

Zur Revolution in China.

Revolutionäre Konzeptionen.

Kanking, 6. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Dulingfang, Tangschaoqi und Sunjassen hatten eine lange Besprechung über die letzten Forderungen der Mandschus. Trotzdem eine endgültige Antwort noch nicht erteilt ist, besteht Grund zu der Annahme, daß dem Kaiser gestattet werden wird, seinen Titel auf Lebenszeit beizubehalten, daß dieser nicht erblich oder mit irgendwelchem Einfluß auf die Politik verbunden sein soll. Die Pension des Kaisers soll vier Millionen Taels betragen, sein Wohnsitz ein Palast in Peking sein. Die Generale des Nordens fordern die Republikaner in Kanking auf, dem Hofe in Anbetracht des Unstandes, daß durch seine Abhaltung der Frieden erhalten und Millionen gerettet werden, möglichst entgegenzukommen.

Die Verhandlungen werden also auf eine Republik mit einem Schattenkaiser hinauslaufen.

Kämpfe in der Mandchurei.

Peking, 5. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Eine Abteilung revolutionäre Landete an der Mündung des Jaluflusses und brachte den aus Peking gegen sie entsandten Kaiserlichen eine Niederlage bei. Zwanzig Revolutionäre und achtzig Kaiserliche sind gefallen. Desgleichen haben die Revolutionäre die Armee des Bizetönigs von Kwangtung und Kwangsi, Changhsun, geschlagen, die durch Desertionen geschwächt war. Hierbei sind etwa hundert Mann gefallen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 6. Februar 1912.

Die erste Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion trat Dienstag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die Mitglieder der Fraktion hatten sich vollzählig eingefunden. Bebel begrüßte die Mitglieder

der Fraktion mit einer längeren Ansprache, in der er seiner Freude über den glänzenden Wahlsieg der Sozialdemokratie Ausdruck verlieh. Die Fraktion trat dann in die Wahl des Fraktionsvorstandes ein, die folgendes Resultat hatte: Bebel, Haase, Kollmann als Vorsitzende; Fischer-Berlin und Dr. David als Schriftführer; Roden und Ebert als Kassierer. — In den Seniorenkonvent werden entsandt: Bebel, Kollmann, Geyer, Haase, Diez und Fischer-Berlin. Kartendirektor der Fraktion ist Genosse Zubeil.

Das Ende der Steuerdebatten im Abgeordnetenhaus.

Auch am Dienstag haben sich die Aussichten der Steuerborlagen nicht gebessert. Die Redner der fortschrittlichen Volkspartei, die Abgg. Cassel und Waldstein stellten ebenso wie der Nationalliberale Dr. Friedberg die Notwendigkeit einer dauernden Belastung mit neuen direkten Steuern angesichts der günstigen Finanzlage Preußens in Abrede. Im Gegensatz dazu wollen die Konservativen die Steuer bewilligen, aber auch sie haben eine Reihe von Wünschen, deren Erfüllung das Zustandekommen des Gesetzes wesentlich erschweren dürfte. Von der Einführung einer Reichserbschaftsteuer wollen sie nach wie vor nichts wissen, wenigstens gaben sie ihrer Abneigung hiergegen durch lebhaften juristischen Ausdruck, als der Abg. Cassel auf diese Steuer anspielte.

Neue Momente zeitigte die Debatte nicht mehr. Die Fortschrittler verlangen in Uebereinstimmung mit uns die Einführung der Progression bei der Ergänzungsteuer, die Freilassung der untersten Stufen und die Uebertragung des Veranlagungs geschäfts an besondere Kommissare. Im Gegensatz dazu pries Abg. von Vockelberg (L.) die Tätigkeit der Landräte, denen die Konservativen auf keinen Fall den Vorsitz in den Veranlagungskommissionen nehmen wollen; sie wissen, warum. Gegen unseren Vorschlag auf Freilassung der Stufen bis zu 1500 M. von der Steuer, machte der konservative Redner wieder den alten, längst abgetanen Einwand geltend, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften die Arbeiter wer weiß wie hoch belasten. Um ihm die verdiente Abfuhr zu ersparen, nahm die Mehrheit einen Antrag auf Schluß der Debatte an und schritt dadurch unserem Genossen Ströbel das Wort zur Erweiterung ab.

Die Vorlage wurde einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen, in der auch die sozialdemokratische Fraktion vertreten sein wird.

Am Mittwoch stehen Initiativanträge auf der Tagesordnung.

Regierung und Reichstag.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezeichnet als Hauptaufgabe des neuen Reichstags natürlich die Verstärkung der Wehrfähigkeit nebst der Deckung der Mehrkosten. Ueber die Art dieser Deckung wird näheres nicht mitgeteilt. Ein nachgeordneter Offiziosus aber verkündet:

Wenn mehrfach jetzt angeregt worden ist, den Bedarf für die Heeres- und Flottenvorlage durch Reichsvermögen oder Einkommensteuer zu decken, und wenn auf Grund solcher Möglichkeiten im Abgeordnetenhaus die Verschiebung der definitiven Ordnung der preussischen Besteuerung als erforderlich erachtet worden ist, so mag darauf hingewiesen werden, daß der Bundesrat geschlossen auf dem Standpunkte steht, die Besteuerung des Vermögens und Einkommens den Bundesstaaten für ihre eigenen Staatserfordernisse ausschließlich vorzubehalten. Abgesehen von den nahezu unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten, die die Konstruktion einer Reichsvermögens- oder Einkommensteuer bieten würde, ist es im Interesse der Sicherheit der Finanzen der Bundesstaaten und demzufolge eines befriedigenden Verhältnisses derselben zum Reiche völlig unerlässlich, ihnen das Gebiet der Vermögens- und Einkommensteuer mit der vollen Sicherheit zu überlassen, daß sie auf ihm Eingriffe des Reiches nicht zu befürchten haben. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus hat im Herbstjahre 1909 der Bundesrat bekanntlich einstimmig sogar das in der Finanzkommission des Reichstages beschlossene sogenannte Besitzsteuerkompromiß abgelehnt, obwohl es einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu bieten schien, auf die die Lösung der Besitzsteuerfrage bei der Reichsfinanzreform stieß. Von einer Inanspruchnahme der Einkommen- oder Vermögensbesteuerung für das Reich kann daher nicht die Rede sein.

Es wird sich ja bald zeigen, ob die Regierung wirklich der Meinung ist, die einzig rationelle Besteuerungsart, die Einkommen- und Vermögenssteuer, aus partikularistischen Bedenken und zur Verhütung reaktionärer Portemonnaiebefürchtungen dem Reichstag auf die Dauer vorzuenthalten zu können. Allzuviel Gewicht kommt übrigens der Stellungnahme der Regierung nicht zu. Denn die Erfahrung lehrt, wie leicht ein „Annehmbares“ der verbündeten Regierungen gerade in Steuerfragen wiegt.

Außer dieser „Hauptfrage“ und dem neuen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz kündigt die „Nordd. Allg. Ztg.“ noch folgende Vorlage an:

Vorbereitet sind Gesetzentwürfe über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und über die Verforgung von Verlorenen, die in gemeinnütziger Tätigkeit beim Retten oder Bergen von durch Feuer- oder Wassergefahr bedrohten Menschen oder bei Ausübung eines öffentlichen Dienstes von Unfällen betroffen worden sind; ein Kosttragsgesetz für das Direktorium der zur Ausführung des Versicherungsgesetzes für Angestellte erforderlichen Reichsanstalt; eine Vorlage wegen Schaffung der für die koloniale Rechtsprechung notwendigen dritten Instanz und ein Schutztruppengesetz; ein Postgesetz. Unsere Rechtsbeziehungen zu Bulgarien sind durch drei Verträge, nämlich einen Konsularvertrag, einen Vertrag über Rechtsauskunft und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten und einen Auslieferungsvertrag neu geregelt worden; diese Verträge sowie ein gleichzeitig abgeschlossenes Abkommen über die Verlängerung unseres Handelsvertrages mit Bulgarien werden dem Bundesrat und dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt.

Man sieht also, für die Vorkauftratie existiert das Verdict der Reichstagswahlen nicht. Um so dringender wäre es, daß der Reichstag selbst in seiner Arbeit auf die Wünsche des Volkes Rücksicht nimmt und sich nicht zu einer Vorkauftratie begnügt, die für die Regierung degradieren läßt.

Verfehlte Ersatzwahlakt.

Bei den infolge Mandatslassierung durch das kaiserl. Oberlandesgericht Colmar i. Elz. notwendig gewordenen Landtagsersatzwahlen in den zwei lothringischen Wahlkreisen Diedenhofen-Großhettlingen und Ditsch-Rohrbach Wolmünster wurden am letzten Sonntag die zwei Kassierten mit größeren Mehrheiten wiedergewählt. Das beweist zunächst, daß man sich von der gerichtlichen Feststellung geistlicher Wahlbeeinflussung in schwarzen Gauen eine direkte auffällende Wirkung bei diesen ungewissen Wählerchaften nicht versprechen darf. Es beweist aber auch, daß die Bedenken richtig sind, die gegen die hierbei von den Linksparteien angewendete Taktik vorhanden waren. Diese Taktik bestand darin, daß die Sozialdemokratie in diesen politisch zurückgebliebenen zwei Kreisen, dem liberalen Wunsche

gemäß, die liberalen Kandidaten gleich von vornherein unterliegen und von der Aufstellung eigener Kandidaten Abstand nahm. Da geschah's denn, daß der liberale Kandidat in Diederhosen-Großbettingen nur 1648 Stimmen erhielt gegen 1666 bei der Hauptwahl während dort ein sozialdemokratischer Kandidat noch 471 Stimmen erhalten hatte; und in Wisch-Kohrbach-Bolmünster gar nur 1710 Stimmen gegen 2358 der linksstehenden bürgerlichen Kandidaten bei der Hauptwahl, während dort ein sozialdemokratischer Kandidat auch in diesem Kreise 526 Stimmen auf sich vereinigt hatte. Es ist offenbar, daß die sozialdemokratischen Wähler weder hier wie dort marschieren sind oder daß in beiden Kreisen die bürgerliche Linke seit der Hauptwahl im Oktober vorigen Jahres Hunderte von Wählern eingebüßt hat, was bei der kurzen Zeitspanne denn doch nicht wahrscheinlich ist. Die einzig richtige Taktik ist und bleibt augenscheinlich das getrennte Vorgehen der Linksparteien zum ersten Wahlgange mit dem Vorbehalte des Zusammengehens am Nachwahltage — ein Vorgehen, das die Sozialdemokratie gegen den Wunsch der Liberalen in den beiden ebenfallt insolge Wahlfassung erneut zur Wahl stehenden Rälhauer Landtagswahlkreisen Habsheim-Landsier und Hünningen-Sierenz einzuschlagen beschloßen hat. Der Verzicht auf die eigene Kandidatur für den ersten Wahltag seitens der Sozialdemokratie, um einem Liberalen zum Siege zu verhelfen, bedeutet, wie sich bei diesen zwei Erstwahlen in Lothringen gezeigt hat, die glatte Niederlage der gesamten Linken bei allen Kämpfen um kastrierte Mandate.

Die Demokraten.

Nach Beendigung des Wahlkampfes traten Zentralvorstand und Ausschuß der Demokratischen Vereinigung zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Nachdem von dem Ausschusse Dr. Dreifschelds aus dem Vorstand mit Bedauern Kenntnis genommen und die erforderliche Erstwahl zum Vorstand vorgenommen worden war, wurde einmütig eine Resolution beschloßen, in der das Fortbestehen der Demokratischen Vereinigung als eine nach rechts und nach links unabhängigen, rein demokratischen Organisation für eine politische Notwendigkeit erklärt wird und die Parteifreunde zu eifrigster Mitarbeit aufgefordert werden.

Aus dem Wahlkreise Mansfeld.

Einer der Kreise, auf die besonders die Aufmerksamkeit gerichtet war, ist der Mansfelder gewesen. So ungünstig auch das Resultat von 1907 gewesen war, so glaubten doch viele Genossen, den Kreis diesmal zu holen. 1907 hatte Dr. Arendt 23 000 Stimmen, Freisinn und Sozialdemokratie zusammen 10 000. Seitdem waren die Mansfelder Bergbauarbeiter, die Maschinenarbeiter hatten die große Umwälzung herbeigeführt und diesmal hatte Dr. Arendt nur 2000 Stimmen Vorsprung gegen 13 000 im Jahre 1907. Gewiß ein großer Fortschritt. Wenn die 2000 abgewanderten Vergleiche noch hier gewesen wären, so wäre die Wahl uneres Genossen Ad. Hoffmann sicher gewesen. Zudem hat eine Wahl im Kreise stattgefunden, die geradezu als Terrorwahl bezeichnet werden muß. Die Mansfelder Zeitungen waren für die Partei gesperrt, keine Annonce oder Versammlungsanzeige wurde aufgenommen. Sämtliche die am Gängelbände geführten und geistigsten Birte nicht geben. Am Wahltage selbst häuften sich noch die Niederträchtigkeiten. In vielen Lokalen durften unsere Genossen nicht hinein, trotz Hinweis auf den Ministerialerlaß. Wo es doch gelang, wurden Stühle entfernt, dem Bier verboten, unseren Leuten weder Speise noch Trank zu geben. In Kneipen wurden unsere Leute gemißhandelt, getreten, ein Gutsbesitzer trat raffiniert unserem Genossen mit solcher Kraft auf die große Nase, daß der Nagel abging. Dazu die Bedenkenarten, wie Judenhändler, entlassene Sträflinge usw. Hinweise auf das Wahlsiege wurden beantwortet mit: Wir sch... auf das Wahlsiege. Solche Leute gehörten zum Wahlvorstande. Auch der Landrat konnte nichts gegen die Herren ausdrücken, denn die Bescheidungen vom Hauptwahltage lehrten in 20 Orten am Stichtage wieder, trotzdem der Landrat uns versicherte, er hätte den Wahlvorstehern die nötigen Leistungen erteilt. Selbst an den Minister mußten wir uns wegen des übergroßen Druckes wenden. So wurde das bedrohte Mandat dem Dr. Arendt gerettet, von Staats- und Privatbeamten, durch Lügen, Reichverband und Terrorismus engros. Aber gerade deshalb ist der Ausgang für uns als ganz erfreulich zu bezeichnen. Gegen die Terrorwahl wird Protest eingeleitet werden.

Die Schulreform im sächsischen Landtage.

Die Vorberatung der wichtigsten Vorlage dieser Landtagssession, der Schulreform, fand Dienstag zur Tagesordnung. Das Haus war in allen Teilen außerordentlich stark besetzt. Die Tribünen waren zum Teil von Schulmännern und Lehrern gefüllt. Die Schulvorlage der sächsischen Regierung läßt in der Hauptsache bekanntlich alles bei altem. Alle Forderungen, die sowohl die Lehrerschaft, als auch die Sozialdemokratie auf ihrer letzten Landesversammlung erhoben haben und die eine wirkliche Reform darzustellen hätten, sind in der Vorlage nicht berücksichtigt. Es ist der dogmatische Religionsunterricht beibehalten und eine viel zu hohe Klassenfrequenz. Es ist ferner als besondere Aufgabe der Schule neu hinzugekommen die vaterländische, d. h. die hurrapatriotische Erziehung. Auch die Stellung der Lehrer zu ihren Vorgesetzten ist die gleiche geblieben; die Geistlichen sollen nach wie vor eine Kontrolle des Religionsunterrichts in der Schule vornehmen können. Der Kultusminister, der die Vorlage begründete, sang zunächst den sächsischen Schulverhältnissen ein widerliches Loblied, verteidigte alle rüchständigen Bestimmungen der Vorlage und bestritt die Berechtigung selbst der bescheidensten Forderungen der Lehrerschaft.

Als erster Debatter sprach der nationalliberale Seminar-Direktor Schfer, der beste Schulmann der Nationalliberalen. Er sprach merkwürdig matt und versuchte in äußerst vorsichtigen Worten die Forderungen der Lehrer zu verteidigen. Auch will er den Religionsunterricht beibehalten wissen, nur soll derselbe mit den Ergebnissen der Wissenschaft in Einklang gebracht werden. Längere Zeit hielt er sich bei der Begründung der Arbeitsschule auf, die er in durchaus einwandreicher Weise ausbauen will. Auch die Einheitschule verteidigte er. — Als zweiter Redner sprach der konservative Dpiz; dieser alte Reaktionsverleugner auch in der Schulfrage seinen vollen und arbeiterfeindlichen Standpunkt nicht. Die Schulreform im Sinne der Lehrer müsse scheitern an den ungleichen sozialen Verhältnissen. Er will sowohl den dogmatischen, wie auch den konfessionellen Religionsunterricht beibehalten wissen. Er kennzeichnete die Aufgabe der Schule als Dreianstalt für sogenannte vaterländische Gesinnung.

Von unserer Seite sprach Genosse Fleischer, der unsere bekannten prinzipiellen Forderungen zur Schulreform darlegte. Er erklärte, die Sozialdemokratie würde den Kampf für eine wirkliche Schulreform durchzuführen und eventuell, wenn in der Kammer nichts zu erreichen sei, in Versammlungen an das Volk appellieren, das schon einmal seiner Meinung unabweislich Ausdruck gegeben habe.

Für die freisinnigen sprach Seminaroberlehrer Dr. Dietel. Er bewegte sich im Rahmen der Bismarck'schen. Der morgige Mittwoch ist ebenfalls der Debatte gewidmet.

Marine und Sittlichkeit.

Ueber das Thema werden unserem Kieler Partei-Blatt von gut unterrichteter Seite die folgenden sehr charakteristischen Mitteilungen gemacht: Das heutige militärische System hat es sich, wie jeder Rekrut in der Instruktionsstunde lernt, zur

Pflicht gemacht, die Soldaten zu erfreulichen und moralischen Menschen zu erziehen. Welche Auffassung aber das militärische System über Sittlichkeit und Moral hat, darüber können die Kapitulanten der Marine ein eigenartiges Lied singen. Seit dem Jahre 1906 besteht in der deutschen Marine eine Verfügung, wonach sämtliche Unteroffiziere, die zur Ehrenzeitung der Braut heiraten, nicht Dedoffizier werden können, weil ihnen die nötige Moral fehlt. Die Zahl der Unteroffizier jedoch Alimente und heiratet das Mädchen nicht, so kann er Dedoffizier werden. Dann steht er nach Ansicht der Kaiserlichen Kommandos auf der moralischen Höhe, auf der ein Dedoffizier stehen soll. Man verfolge sich in die Lage eines Unteroffiziers, der schon 8 bis 12 Jahre gebient hat, um einmal Dedoffizier zu werden, vielleicht auch schon, wie es vielfach vorkommt, die Dedoffizierschule besucht und die Prüfung glänzend bestanden hat, im Dienst außerdem ein sehr tüchtiger Unteroffizier ist, wenn, was bei einer langen Brautzeit nur zu erklärlich ist, seine Braut schwanger wird. Was bleibt dem Unteroffizier und was der Braut übrig? Entweder muß der Unteroffizier Annull und Fall von der Marine abgehen, um seine Braut noch heiraten zu können, oder er muß gemäß der Moral der Kaiserlichen Marine weiterdienen und Alimente bezoglen. Das Mädchen aber ist dann nach den heutigen Ehrbegriffen geschändet fürs Leben. Den Bräutigam beziehungsweise den Vater des Kindes hat es für immer verloren. Ihm sind vom Kommando Fesseln angelegt, so daß ihm nur der eine Ausweg bleibt, seine Liebste sitzen zu lassen. Das ist die Moral und Sittlichkeit, die man den Staatsdienern predigt! Bieviel Menschen werden durch diese Verfügung unglücklich gemacht!

Woher kommt es, daß so viele fittlich heruntergekommene Mädchen in Kiel herumlaufen? Nehmen wir zum Beispiel an, das Mädchen hat keine Eltern mehr, es will sein Kind aus Mutterliebe nicht in anderer Leute Hände geben. Mit 15 R. Alimente kann es sein Kind nicht ernähren. Es kann vielleicht nebenher arbeiten — wo aber immer Arbeit finden —, und meistens ist es noch so, daß niemand gern ein Mädchen in Stellung nimmt, das ein Kind hat. Was bleibt schließlich dem Mädchen übrig, ohne daß es seine Absicht ist? Würde die Verfügung nicht bestehen, wäre das Mädchen jetzt eine adäquate Familienmutter; die Verfügung hat es aber zum „Mädchen fürs Geld“ gemacht. Hat das Mädchen noch Eltern, fühlen sich oft auch diese mitgeschändet, weil der Bräutigam ihrer Tochter nicht die Sittlichkeit haben darf, das Mädchen zu heiraten. Dann wird vielleicht die Tochter von den Eltern verlassen, und das Ende ist wieder nicht zweifelhaft. Wenn der Bräutigam wenigstens nach der Beförderung zum Dedoffizier seine Braut heiraten könnte, um so dem Kinde den Vater zu geben, aber auch dies ist vom Kommando verboten. Die Folge davon ist in vielen Fällen die wilde Ehe.

Nimmt man nun zum Schluß den günstigsten Fall an für das Mädchen. Der Unteroffizier hat aus ehrlicher Liebe zu seiner Braut, trotz der Verfügung des Kommandos, seine Braut geheiratet. Damit hat er auf die Beförderung zum Dedoffizier verzichtet. Welche Aussichten hat die Familie für die Zukunft? Der Vater erhält nach zwölfjähriger Dienstzeit den Zivilversorgungsschein (genannt Hungerchein) und wird entlassen. Anstellung im Staatsdienst ist jedoch wegen Ueberfüllung ausgeschlossen. Wenn er Glück hat, ist vielleicht gerade eine Nachwächter- oder Straßenreinigerstelle frei, so daß er dadurch seine Familie so lange ernähren kann, bis nach Jahren eine Bureau-dienst- oder Poststelle im Staatsdienst frei wird und er in dieser Laufbahn angestellt wird, mit der Aussicht auf Advancement bis zum Oberpostier. Gerade im Interesse der Moral und der Sittlichkeit liegt es, daß diese Verfügung aus der Welt geschafft wird. Goffentlich spricht der jetzt gewählte Reichstag in der Sache einmal ein ernstes Wort mit der Marineverwaltung.

Die deutsch-englischen Beziehungen.

London, 6. Februar. „Daily Chronicle“ erörtert in einem Vortragsartikel die deutsch-englischen Beziehungen. Das Blatt hält die jetzige Lage für wesentlich hoffnungsvoller, als sie noch vor kurzer Zeit war. In der ganzen Frage seien zwei Hauptfaktoren zu beachten. Erstens herrsche in Deutschland der Glaube, daß England entschlossen sei, Deutschland an der Verwirklichung seiner kolonialen Wünsche zu hindern, und dieser Verdacht müsse zunächst beseitigt werden. Das Blatt erkennt an, daß es an Grund zu diesen deutschen Klagen nicht fehle. Es erkennt auch die Notwendigkeit der deutschen Expansion an und sagt: Wir werden ohne Eifersucht auf die territorialen Erweiterungen Deutschlands blicken. Wenn Deutschland ein afrikanisches Reich von Meer zu Meer gründen will, wird es nicht auf englischen Widerstand stoßen. Der zweite Hauptfaktor ist der englische Argwohn, daß Deutschland die englische Vorherrschaft zur See herausfordern wolle. Niemand könne etwas gegen eine deutsche Flotte haben, die für den Schutz des deutschen Handels und der deutschen Kolonien ausreichte. Aber ein Programm, das eine Herausforderung der englischen Seegeflotte zu enthalten scheine, würde zu einem neuen kostspieligen Wettrennen führen. Das Blatt spricht sich im Sinne der Rede Lloyd Georges für eine Verständigung in der Rüstungsfrage aus und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Staatsmänner beider Länder an das Problem mit dem festen Entschluß herantreten würden, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen wiederherzustellen.

Schweiz.

Ein Siegestag.

Zürich, 5. Februar. (Eig. Ber.)

Das Kranken- und Unfall-Versicherungsgesetz wurde in der gestrigen Volksabstimmung mit 285 900 gegen 238 966, also mit einer Mehrheit von 46 924 Stimmen angenommen. Die Genugtuung darüber gilt nicht allein dem Gesetz, das ja nichts weniger als ein Ideal und in der Zukunft sehr verbesserungsbedürftig ist, sondern ebenso sehr der Ueberwindung der sozialpolitischen Dede und Unfruchtbarkeit, die es verschuldet, das seit 1877, in welchem Jahre das Fabrikgesetz in der Volksabstimmung Annahme fand, kein nennenswerter sozialer Fortschritt mehr im Grunde gemacht werden konnte. Die korrumperende Kapitalmacht hat keine Mittel verschmäht, das Versicherungsgesetz in der Volksabstimmung zu Fall zu bringen. Advokaten waren mit 200 Franken für jedes Versammlungskreferat gegen das Versicherungsgesetz gekauft worden.

Zum Abstimmungsergebnis sei noch bemerkt, daß 17 Kantone das Gesetz angenommen und 8 es verworfen haben, worunter alle welschen Kantone (Genève, Waadt, Neuchâtel, Valais und Freiburg). Die großen Kantone Zürich, Bern, St. Gallen und Argau haben mit ihren, zum Teil sehr großen annehmenden Mehrheiten das Gesetz gerettet. In manchen Arbeitergemeinden ist das Gesetz mit einer Dreiviertelbis Vierfünftelmehrheit angenommen worden, in Auhersibül, dem III. Stadtkreise von Zürich, mit 929 gegen 1810 Stimmen.

Im Mai 1900 war das erste Versicherungsgesetz mit 341 419 gegen 148 635 Stimmen verworfen worden. Der 4. Februar 1912 mit der Annahme des Versicherungsgesetzes

bedeutet nicht nur einen begrüßenswerten sozialen Fortschritt, sondern auch die Rettung der bürgerlichen Demokratie vor dem Bankrott. Bedenklich ist immerhin, daß von den 830 000 Stimmberechtigten mehr als 300 000 am Sonntag von ihrem wichtigen demokratischen Rechte keinen Gebrauch machten. Eine solche große Zahl von politischen Idioten — 37 Proz. der Stimmberechtigten! — ist für ein kleines Land etwas zu viel. Es harret der Sozialdemokratie noch ein sehr großes Erziehungswerk.

Unsere Freude über den letzten Sonntag wird noch vergrößert durch die schönen Siege in Zürich und Basel. Im Bezirk Zürich ist unser Genosse Lehrer Dehrunner im zweiten Wahlgange mit 15 530 gegen 13 655 Stimmen, die auf seinen liberalen Gegner, Dr. Zwirgki, fielen, ins Bezirksgericht, in Basel unser Genosse Regierungsrat Wullschlegler mit 7324 gegen 3659 Stimmen in den Nationalrat gewählt worden, womit die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten auf 16 steigt. Ebenso wurde ohne Gegenkandidaten in Basel unser Genosse Dr. Blocher als Zivilgerichtspräsident gewählt. Dagegen ist bei der Erstwahl in den Nationalrat im Kanton Waadt unser Genosse Solay mit 3299 gegen 12 370 Stimmen seinem Gegner unterlegen.

Belgien.

Baundervelde über den neuen Reichstag und die Situation in Belgien.

Unser Brüsseler Korrespondent schreibt uns unterm 4. d. M.:

Im Sonntags-Beitrag des „Peuple“ spricht Baundervelde über die durch den Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie im Reichstag geschaffene Situation und in Verbindung damit über die zu erwartende parlamentarische Lage in Belgien. Kein anderes Land, meint Baundervelde, hätte so viel Interesse, der Entwicklung der Dinge im deutschen Reichstag zu folgen, als Belgien, das bei aller Verschiedenheit der Verhältnisse in den beiden Staaten, binnen kurzem — nämlich nach den Wahlen — voraussichtlich eine der deutschen analoge parlamentarische Situation bieten wird. Galt es in Deutschland den schwarz-blauen Blod zu zertrümmern, so gilt es in Belgien der liberalen Mehrheit den Garaus zu machen. In Deutschland hat die Sozialdemokratie, bei aller Betonung der Gegenseitigkeit, die Hilfe der Liberalen beansprucht und ihnen welche gewährt, um den gemeinsamen Feind niederzurufen. Die Arbeiterpartei in Belgien, wo sich etliche politische Fragen in einer analogen Form wie in Deutschland präsentieren, wird sich insbesondere für die Art der Lösung des Problems über die Beziehung zwischen Liberalen und Sozialdemokraten interessieren, die die deutschen Genossen — im Lande Marx' selbst — gefunden haben, um mit dem konservativ-liberalen Blod fertig zu werden. Die belgischen Sozialisten, sagt Baundervelde, werden sich zweifellos von der Erfahrung jenseits des Rheins inspirieren lassen, um ihre eigene Haltung zu bestimmen, falls sich das parlamentarische Kräfteverhältnis der Parteien in Belgien wie das in Deutschland gestalten würde und die Parteien der Rechten und Linken ungefähr über dieselbe parlamentarische Stärke zu verfügen haben würden. Um den, von einer solchen Situation untrennbaren Schwierigkeiten zu entkommen, werden die belgischen Sozialisten indessen alle Kräfte in Bewegung setzen, damit am Tage nach den Wahlen die Kammer über eine sichere Majorität für das allgemeine Wahlrecht verfügt.

Die Wirksamkeit der interparlamentarischen Union.

Brüssel, 6. Februar. Der Rat der interparlamentarischen Union wird am Sonnabend in Brüssel zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung steht ein Antrag der italienischen Gruppe, daß es der Union nicht gestattet sein soll, im Falle kriegerischer Verwicklungen zwischen zwei Ländern einem der beiden Kriegführenden einen Tadel auszusprechen. Wenn dieser Antrag abgelehnt wird, wird Italien die Union verlassen, da der Rat der Union Italien wegen der Ereignisse in Tripolis jüngst getadelt hat.

Holland.

Die Regierung für den Schutzoll.

Die holländische Regierung, die sich in der Kammer auf eine Mehrheit von 60 Konservativen und Liberalen gegen 40 Liberale, Radikale und Sozialisten stützt, hat einen Zolltarif entworfen, der eine bedeutende Erhöhung der bestehenden mäßigen Zölle vorsieht. Fast alle Zölle, die heute im allgemeinen 5 Proz. des Warenwertes ausmachen, sollen auf durchschnittlich 12 Proz., die auf Halbfabrikate von 3 auf 6 Proz. erhöht werden. Der Mehrertrag wird auf 10 Mill. Gulden (17 Mill. Mark) im Jahre veranschlagt. Dabei hat die Regierung, wie Genosse Vliegen im „Peuple“ zeigt, bisher schon für 8 Millionen indirekte und nur 2 Millionen direkte Steuern bewilligen lassen. Als Zugferde der Vorlage, die, wie fast alle Schutzollpläne, der Scheu der Vorgesetzten vor direkten Steuern Rechnung trägt und zugleich gewissen einflussreichen Gruppen größere Einnahmen ohne größere Anstrengung sichern soll, sollen natürlich auch hier allerhand „arbeiterfreundliche“ Vorspiegelungen dienen. Man verspricht den Arbeitern aus dem natürlich nur ihretwegen in Szene gesetzten „Schutze der nationalen Arbeit“ goldene Berge und erzählt ihnen gleichzeitig, daß damit die Mittel zu der geplanten Invaliden- und Altersversicherung aufgebracht werden sollen. Der Staatszuschuß von 8 1/2 Millionen, der hierzu vorgesehen ist, soll also nicht aus den Taschen der Kapitalisten, die in den letzten zehn Jahren ihre Vermögen um 1312 Millionen Mark erhöht haben, sondern von den breiten Massen, denen sie zugewandt werden sollen, selbst genommen werden.

Dazu kommt, daß gerade Holland mehr als irgend ein anderes Land auf den Freihandel angewiesen ist. Ist doch sein Außenhandel der verhältnismäßig größte aller Länder. Während der Betrag der Ein- und Ausfuhr, der auf den Kopf des Einwohners entfällt, im Deutschen Reiche 133,8 und in England 282,6 Gulden ausmacht, ist dieser Betrag in Holland nicht weniger als 860,20 Gulden. Von 108 wirtschaftlich tätigen Personen entfallen auf den Handel in Deutschland 10,6, England 10,8 — in Holland aber 17,3. Um meisten werden unter einer Erhöhung des Handels die beiden größten Städte des Landes, Amsterdam und Rotterdam, mit zusammen einer Million Einwohner leiden. Das ist natürlich für die maßgebenden Pfaffen und Agrarier kein Grund, von ihrem Plane Abstand zu nehmen. Aber vielleicht wird es doch dem Zusammenwirken der gefährdeten Interessenten gelingen, die Gefahr abzuwehren.

Gewerkchaftliches.

Die Gewerkschaften und das Vereinsgesetz.

Nach dem Reichsvereinsgesetz brauchen Gewerkschaftsversammlungen nicht angemeldet zu werden und die Polizei hat nicht das Recht, solche Versammlungen zu überwachen. Dringt aber die Polizei dennoch in gewöhnlicher Weise in eine derartige Versammlung ein, dann muß diese sich die Ueberwachung gefallen lassen. Diese Schlussfolgerung ist zwar für den Landverstand nicht ohne weiteres einleuchtend, aber das Landgericht Konig hat kürzlich in einem Prozeß wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes so entschieden. Angeklagt war der Gauvorsteher Siefeld vom Deutschen Holzarbeiterverband. Er hatte in einer Fabrikversammlung dem zur Ueberwachung gelangten Gendarmen auf dessen Verlangen keinen Platz eingeräumt, und als der Beamte die noch nicht formell eröffnete Versammlung auflöste, der Aufforderung, sich zu entfernen, keine Folge geleistet. Vom Schöffengericht in Konig war der Angeklagte nicht nur freigesprochen worden, das Gericht hatte auch die Uebernahme seiner notwendigen Auslagen auf die Staatskasse beschlossen.

Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt und das Landgericht verurteilte den Sünder zu 6 M. Geldstrafe. In den Urteilsgründen führt das Landgericht aus:

„Es ist richtig, daß der Polizeibehörde nach § 13 des Vereinsgesetzes die Befugnis, einen Beauftragten zu entsenden, nur zusteht, wenn es sich um eine öffentliche Versammlung handelt, und daß sich die Befugnisbefugnis der Polizei gemäß § 14 a. a. O. ebenfalls nur auf öffentliche Versammlungen bezieht. Darüber aber, ob eine Versammlung eine öffentliche ist und ob in sie ein Beauftragter zu entsenden ist, sieht die Entscheidung nur der Polizeibehörde, nicht aber den Einberufenen und Leitern der Versammlung zu. Diefem gegenüber ist die Entscheidung der Polizeibehörde selbst dann maßgebend, wenn sie irrig sein sollte.“

Mit dieser Entscheidung ist die Versammlungsfreiheit völlig der Willkür der Polizei ausgeliefert und der § 6 des „liberalen“ Vereinsgesetzes ist überflüssig. Bei Betriebsversammlungen, die man vor der störenden Ueberwachung schützen will, empfiehlt es sich, von allen Maßnahmen Abstand zu nehmen, welche geeignet sind, die Polizei auf ihr Stattfinden aufmerksam zu machen. Im vorliegenden Fall war die Fabrikversammlung in versäuslicher Weise bei dem zuständigen Amtsvorsteher in Czerst angemeldet worden. Dieser aber hat die angemeldete Mitgliederversammlung als eine öffentliche angesehen und angenommen, daß es sich um eine politische Versammlung handle. Um zu solchen Schlüssen zu kommen, gehört allerdings ein besonderer Scharfsinn, aber die Entscheidung der Polizeibehörde ist selbst dann maßgebend, wenn sie irrig sein sollte.“

Berlin und Umgegend.

Die in den Gasmeserfabriken beschäftigten Klempner kamen am Montagabend zu einer Besprechung in den Andreas-Festfälen zusammen. Sie sind sehr unzufrieden darüber, daß die getroffene Vereinbarung mit den Unternehmern, die nach einem Streik von vier Wochen am 22. Mai 1911 festgesetzt wurde, nicht in vollem Maße gehalten wird. Nach einem Referat von Dietrich, Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, sind aus den einzelnen Betrieben manderlei Klagen eingelaufen, besonders von der Firma Pintsch, die den größten Teil der Gasmesergeräte usw. in ihrer Filiale in Nürtenwalde herstellt. Dort sind die Löhne niedriger und die Produktion ist billiger. Auf eine Beschwerde bei der Direktion der städtischen Gaswerke, die für diese Angelegenheit maßgebend ist, wurde den Arbeitern geantwortet, daß Nürtenwalde zum Wohngebiet Berlin gehöre. Die Arbeiter wenden dagegen ein, daß dieselbe Direktion von ihren Arbeitern immer verlangt, daß sie in Berlin wohnen. — Vom Zentralmagazin, von der Englischen Gasanstalt und von den anderen Betrieben kamen ebenfalls viele Klagen. Man kritisierte den sehr zweifelhaften Wert der „Wohlfahrts-Einrichtungen“ einzelner Betriebe, man erinnerte daran, daß Arbeiter über 35 oder über 40 Jahre nicht mehr eingestellt werden, daß Arbeiter, die sich krank melden, mit Mißtrauen betrachtet werden, daß Strafgehalt rückständig erhoben, daß schlechte Werkzeuge geliefert werden; besonders aber richteten sich die Beschwerden gegen die Nichterfüllung der Bestimmungen über die Lohn- und Arbeitszeit. — Die Vereinbarung ist abgeschlossen worden für die in den Gasmeserbetrieben Pintsch, Eifer, Zahn, Kieselweiser u. Co. und Pintsch beschäftigten Klempner, und zwar zwischen dem Vertreter der Unternehmerorganisation einerseits und einem Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes sowie einem Vertreter des D. D. Gewerkschaftsbundes andererseits.

In der Diskussion wurde auch darauf hingewiesen, daß manche Beschwerde Abhilfe finden könnte, wenn die Arbeiter der einzelnen Betriebe einig und geschlossen dafür eintreten würden, doch daran mangelte es zuweilen. Die folgende Resolution wurde von den Versammelten einstimmig angenommen:

„Die heute, am 6. Februar, in den Andreas-Festfälen tagende Versammlung der Gasmeserklempner beauftragt die in Betracht kommenden Organisationen, mit den betr. Firmen in Unterhandlung zu treten betreffend Absatz 3 und Absatz 5 der Vereinbarung.“

Der Absatz 3 lautet: Der Stundenlohn beträgt für die in den Gasmeserbetrieben beschäftigten Klempner 65 Pf. Solche Klempner, die noch nicht auf Gasmeser gearbeitet haben, erhalten die ersten 4 Wochen nach ihrer Einstellung 60 Pf., die nächsten 8 Wochen 62½ Pf. und nach 12 Wochen den Stundenlohn von 65 Pf. Klempner, die 13 Wochen lang im Afford mindestens 70 Pf. verdient haben, erhalten, wenn sie nach dieser Zeit in Lohn beschäftigt werden, 70 Pf. Stundenlohn.

Der Absatz 5 lautet: Neue Afforde werden auf Grund des festgesetzten Stundenlohnes von 65 Pf. kalkuliert. Die alten Afforde werden revidiert.

Als Vertreter des Gewerkschaftsbundes erklärte Joseph, daß die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes sich in dieser Angelegenheit in Uebereinstimmung mit den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes befinden und für das gemeinsame Interesse mitarbeiten werden.

Zur Tarifbewegung in der Stapelfonktion.

Die Organisation der Zwischenmeister, der Verband der selbständigen Schneider für die Herren- und Damenkonfektion, hatte für Montagabend nach den „Königsfälen“ eine Mitgliederversammlung einberufen, um über die Stellung zum Gesellenlohn zu beraten. Die Versammlung dauerte bis gegen 2 Uhr, verlief jedoch ziemlich resultatlos. Wie schon am Sonntag in der Gesellenversammlung erwähnt wurde, sind einige Zwischenmeister und Mitglieder ihres Verbandes, ja sogar der Tarifkommission, ihren Kollegen ins Haus gekommen, um sie von der Unterzeichnung des Tarifes abzuhalten, obwohl doch dieser Tarif von der Kommission wie auch von der vorigen Versammlung der Zwischenmeister anerkannt war und ebenso die Zustimmung der Gesellen gefunden hatte. Man hatte überdies in dem Meisterverband eine Art Protestbewegung gegen die Unterzeichnung des Tarifes, und namentlich gegen den Organisationsvorsitzenden Heinrich Joseph, der als erster unterzeichnete hatte, veranstaltet. Diese Gegenstände traten nun auch in der Versammlung scharf hervor, und zwar so, daß ein großer Teil der Zeit mit persönlichen Angriffen verbracht wurde. Die

Gegner der Tarifunterzeichnung meinten, den Tarif unterschreiben, hieße sein Todesurteil unterschreiben, und man müßte erst einmal dafür sorgen, daß die Zwischenmeister in den Geschäften die höheren Preise bekämen, dann erst könnten sie den Tarif der Gesellen durchzuführen. Es wurde ein Antrag gestellt, wonach die Unterzeichner des Tarifes sich mit den übrigen Mitgliedern solidarisch erklären und die Gesellen nicht eher beschäftigen sollten, als bis alle sich einig seien. Herr Joseph bemerkte dagegen, daß er den Gesellen gegenüber sein durch Unterzeichnet gegebenes Wort halten werde. Die Unterzeichnung des Tarifes ist ja nichts als die selbstverständliche Pflicht vor allem derjenigen Meister, die in der Versammlung für den Tarif stimmten, und eigentlich müßte sich auch die Minderheit, die dagegen stimmte, dem Mehrheitsbeschluss fügen. Wenn die Meister in den Geschäften trotz der mit den Konfektionären getroffenen Abmachungen noch immer so erbärmliche Preise erhalten wie früher, so sei eben der Umstand daran schuld, daß sie sich nicht getrauten, anständige Bezahlung für ihre Arbeit zu verlangen. Die Sache liege in manchen Fällen so, daß die Meister erst durch die Gesellen dazu getrieben werden müßten, in den Geschäften ihr Recht zu verlangen. Wären die Meister sich einig, so könnten sie eine Macht bilden, mit der die Geschäfte zu rechnen hätten, und sie könnten auch ihren Gesellen den Tarif bewilligen und sich trotzdem einen anständigen Verdienst sichern.

Im allgemeinen machte die Versammlung den Eindruck, daß ein großer Teil der Zwischenmeister noch allzu wenig von der gewerkschaftlichen Bewegung und den damit verbundenen Verpflichtungen begriffen hat, um aus eigener Kraft vorwärtszukommen. Andererseits sind sie aber noch viel weniger in der Lage, ihren Arbeitnehmern gegenüber den Herrenhandpunkt herauszufahren. Die unter der Leitung des Schneiderverbandes zu organisatorischer Macht erstarkten Arbeiter und Arbeiterinnen sorgen mittlerweile dafür, daß eine immer größere Zahl von Zwischenmeistern ihren Tarif anerkennt und somit gezwungen wird, für sich selbst in den Geschäften die seinerzeit getroffenen Abmachungen zur Geltung zu bringen. Bis gestern mittag war die Zahl der Zwischenmeister, die teils auf friedlichem Wege, teils durch Arbeitsniederlegung zur Anerkennung des Gesellenlohn tarifes veranlaßt wurden, bereits auf 21 angewachsen, und im Laufe des Nachmittags sind noch weitere Unterschriften hinzugekommen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Stapelfonktion sind also die treibende Kraft, und ob die Zwischenmeister wollen oder nicht, die allgemeine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird doch durchgeführt.

Achtung, Kostümschneider und Schneiderinnen! Der Zwischenmeister Braun, Kettelbedstr. 6, fertigt für die Firma Ch. Drecoll Streifarbeits an. — Wir verhängen daher über dessen Werkstätte die Sperre.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Die Ortsverwaltung.

Lohnbewegungen in der Glacélederindustrie.

Die Filiale Berlin I des Lederarbeiterverbandes hielt dieser Tage eine zahlreiche besuchte Versammlung ab, in der der Vorsitzende Heldberg über die Lohnbewegungen der Filiale berichtete, und zwar zunächst über eine Bewegung der Handschuhmacher bei der Firma Samter. Die Verhandlungen, die mit dem Firmeninhaber über eine beschiedene Erhöhung der Löhne gepflogen wurden, scheiterten, und Herr Samter erklärte schließlich, daß er keine Lust habe, sich länger mit seinen Leuten herumzustritten; er sei wohl geneigt, die Forderungen zu bewilligen, aber nicht den jetzt bei ihm beschäftigten Arbeitern, er werde an ihrer Stelle andere einstellen. Bei dem jetzigen Geschäftsgang in der Branche wird es Herrn Samter aber jedenfalls nicht leicht werden, irgendwie brauchbaren Ersatz zu finden. — Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit der Arbeitsniederlegung bei der Firma einverstanden. Sodann berichtete der Vorsitzende über die Tarifbewegung in der Glacélederindustrie, in der der seit drei Jahren geltende Tarif zum 1. März abläuft. Ueber die eingereichten Forderungen haben am Donnerstag der verschiedenen Woche Verhandlungen stattgefunden, die allerdings nur als eine Vorbesprechung aufzufassen sind und zu irgendwelcher Einigung nicht führten. Die Unternehmer waren weder für die Verfüzung der Arbeitszeit noch für die geforderte Erhöhung der Löhne zu haben. Was die Löhne betrifft, erklärten sie sich bereit, für die Gerber etwas zuzulegen, aber nicht für die Färber, solange diese an ihrem „Beschlus“ festhielten, nicht mehr als vier Felle die Stunde zu färben. Daß ein solcher Beschlus oder irgendein Uebereinkommen der Färber über eine Begrenzung ihrer Arbeitsleistung nicht besteht, ist den Unternehmern schon bei den Verhandlungen gesagt worden. Wie nun auch in der Versammlung von mehreren Färbern ausgeführt wurde, liegt die Sache so, daß es dem Färber bei der jetzt üblichen Bearbeitung und bei der Uneinheit der Felle tatsächlich nicht möglich ist, mehr zu leisten. Im übrigen waren die Unternehmer nicht einmal für die beschiedene Forderung zu haben, daß jedem Arbeiter wöchentlich ein Handtuch und Seife geliefert werden soll, obwohl doch diese Dinge für die Vieserung einer sauberen Arbeit unentbehrlich sind. Zur Forderung der Arbeitszeitverfüzung von 9½ auf 9 Stunden erklärten die Unternehmer, daß sie darauf nicht eingehen könnten, da aus Rücksicht auf die Konkurrenz von auswärts jede Minute der geltenden Arbeitszeit voll ausgenutzt werden müsse. Bei dem früher Feierabendmachen am Tage vor den hohen Festen wollten sie schließlich eine Stunde der ausfallenden Arbeitszeit vergüten, aber mehr nicht. Ferner äußerten sie das Verlangen, daß der neue Tarif auf vier oder auf fünf Jahre abgeschlossen werden sollte, wogegen die Arbeitnehmervertreter erklärten, daß sie mit Rücksicht auf eine so lange Tarifdauer ihre Forderungen noch erst einmal revidieren müßten, wenn die Arbeitgeber darauf bestehen wollten. — In der regen Diskussion, die dem Bericht folgte, zeigte es sich, daß die Glacélederarbeiter an ihren Forderungen festhalten und entschlossen sind, sie durchzuführen. Zur Teilnahme an den folgenden Verhandlungen wurden noch zwei Färber gewählt, um besonders die Interessen dieser Gruppe den Unternehmern gegenüber zu vertreten.

Zur Zigarrenarbeiterbewegung in Groß-Berlin.

Nach nahezu fünfmonatiger Dauer der Bewegung, nachdem die Mehrzahl der Unternehmer den berechtigten Ansprüchen der Zigarrenarbeiter und Wickelmacher wenigstens in etwas Rechnung getragen, sei nunmehr noch auf einen Punkt hingewiesen.

Es ist Tatsache, daß eine ganze Anzahl von Zigarrengeschäften sowie Gastwirten und Kantineninhabern bisher Mittel und Wege gefunden haben, den Forderungen auszuweichen. Sogar Lokale, die einen starken Arbeiterverehr aufweisen, sind noch vorhanden, welche zum Empfang des grünen Plakats nicht berechtigt sind.

In der langen Zeit von 20 Wochen müßte es jedem Geschäftsmann, der es einigermassen ehrlich mit der Sache der Arbeit meint, gelungen sein, seine geschäftlichen Beziehungen so zu regeln, daß seine Zigarrenbesitzer nur noch Tariffirmen zugute kämen. Denn nur für diese Firmen kann das grüne Plakat ausgehängt werden.

Arbeiter, Parteigenossen! Beachtet die tomorrowigen Geschäftsbesprechungen im „Vorwärts“! Fragt nach den grünen Plakaten, unterschrieben Alwin Schulze.

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Deutsches Reich.

Auch ein Erfolg der Gewerkschaften.

Die Handelskammer Mannheim erstattete dem Bezirksamt daselbst ein Gutachten über den Wohnungsmarkt. Unter anderem kommt sie nach den ihr von den Industriellen zugegangenen Berichten zu dem Schluß, daß die Beschaffung von Arbeiterwohnungen durch die Unternehmer nachgelassen habe, weil sie im allgemeinen dabei keine günstigen Erfahrungen gemacht haben. Namentlich hätte der Widerstand der Gewerkschaften gegen die Fabrikwohnhäuser in Verbindung mit den teuren Bodenpreisen die Unternehmer veranlaßt, das Bauen von Arbeiterwohnungen einzustellen. — Der Widerstand

der Gewerkschaften gegen die Fabrikwohnhäuser ist berechtigt. Wollen die Unternehmer helfen, den Mangel an Kleinwohnungen zu beseitigen, dann müßten sie den Baugenossenschaften und Gartenstadtgemeinschaften Kapitalien zur Verfügung stellen.

Die Aussperrung der Schuhmacher in Barmelskirchen ist am Sonntag, den 3. Februar in neun Betrieben vorgenommen worden; in drei Betrieben wird die Aussperrung am Donnerstag und Freitag erfolgen. Einschließlich der 62 Streikenden bei der Firma Herberdt u. Kattwinkel werden bis zum Schluß der Woche circa 800 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Orten Barmelskirchen, Hilgen, Burscheid und Dabringhausen durch die Aussperrung betroffen sein. Die Fabrikanten lehnen es ab, den Angestellten des Schuhmacherverbandes zu den Verhandlungen zuzulassen. Als Grund für die Ablehnung muß hier die Stellungnahme des Ortsbeamten in der Stadtratsitzung vom 22. Januar gegen die Fabrikanten, die die Verlegung des Fortbildungsschulunterrichts auf Sonntagvormittag haben wollten, herhalten. Die Fabrikanten verlangten, die Organisation solle den Ortsbeamten veranlassen, seine Ausführungen, durch die die Fabrikanten sich beleidigt fühlen, zurückzunehmen. Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Schuhmacher, Genosse Simon, erklärte jedoch den Fabrikanten: „Wir lehnen es ab, unseren Angestellten Vorschriften über ihre politische Tätigkeit zu machen.“ — Der Ablehnungsgrund der Fabrikanten ist nur ein Scheingrund, denn der Fabrikantenverband lehnte Verhandlungen über die Differenzen bei Herberdt u. Kattwinkel bereits am 5. Januar ab, und am 20. Januar wurde den Verhandlungsmittlern gefündigt, unter Mißachtung der zwischen beiden Organisationen getroffenen Vereinbarung, nach der vor einer Aussperrung Verhandlungen zwischen den Verbänden stattzufinden haben. Die Fabrikanten wollten also schon am 20. Januar nicht mit den Organisationsvertretern verhandeln, während der Grund für die Ablehnung erst am 22. Januar gefunden wurde. Die Stimmung der Aussperrten ist ausgezeichnet und wird der Schlag, den die Fabrikanten gegen die Organisation unternahmen wollten, ein Schlag ins Wasser bleiben.

Aus Industrie und Handel.

Die internationale Zuckerkonferenz.

Seit Wochen tagt in Brüssel die ständige Kommission der internationalen Zuckerkonvention. Die Verhandlungen drehen sich in der Hauptsache um den Antrag Rußlands, das einen höheren Anteil für seine Ausfuhr fordert. Eine Einigung kam bisher nicht zustande, gestern machten die deutschen Delegierten einen vermittelnden Vorschlag und beantragten, Rußland anstatt der verlangten Erhöhung seines Exportkontingents für 1911/12 um 300 000 Tonnen 150 000 Tonnen zu bewilligen. Da die russischen Delegierten diesem Vorschlag der deutschen Delegierten nicht bedingungslos zustimmen konnten, wurden von anderer Seite Vermittlungsanträge gestellt; unter anderem wurde beantragt, Rußland zu gestatten, das verlangte Plusquantum der Ausfuhrziffer auf mehrere Jahre zu verteilen. Schließlich hat sich die Kommission am Mittwoch nachmittag vertagt, um den russischen und deutschen Delegierten die Möglichkeit zu bieten, sich von ihren Regierungen Instruktionen zu holen. Für den Fall, daß eine Einigung am Mittwoch nicht erzielt werden kann, wird mit der Möglichkeit einer noch maligen Vertagung der Kommission auf ein späteres Datum gerechnet, da die Zuckerkonferenz erst am 1. September 1913 erneuert werden muß.

Die von Rußland geforderte Erhöhung seines Exportkontingents würde zu einer Verbilligung des Zuckers führen, daher der Widerstand der übrigen Zuckerkonventionen. Die deutsche Regierung vertritt natürlich die Interessen der Industriellen und nicht die des Volkes. Kleine Nachteile, die für einige Zuckerkonventionen eintreten würden, lassen sich infolge der großen Vorteile, die den Zuckerkonventionen entstehen, leicht verschmerzen.

Eine unerfreuliche Erscheinung.

Die Hoffnung auf billiges Fleisch muß angesichts des Rückganges der Viehbestände wohl oder übel preisgegeben werden. Jetzt liegen die Ergebnisse der Zählung vom 1. Dezember 1911 aus dem Königreich Sachsen vor. Sie konstatieren einen bedingungslos relativen und absoluten Rückgang der Bestände. Wie veranschaulicht die Entwicklung durch folgende Vergleiche. Es wurden gezählt:

	1907	1911	Rückgang in Prozent
Rinder	731 598	660 059	9,3
Schweine	744 517	705 789	5,3
Schafe	66 120	62 972	24,5
Ziegen	144 858	126 724	14,3

Trotz Bevölkerungszunahme bei allen Viehsorten ein beträchtlicher Rückgang. Diese Entwicklung macht eine Erleichterung der Vieh- und Fleischzufuhr zwingend notwendig.

Letzte Nachrichten.

Die Getreidezölle in der französischen Kammer.

Paris, 6. Februar. (B. T. V.) In der heutigen Sitzung der Kammer forderte der Sozialist Lauche von der Regierung die Aufhebung der Getreidezölle. Er stellte fest, daß die Getreidezölle zufriedenstellend und eine Haufe ungerechtfertigt sei. Andere Deputierte forderten ebenfalls die Aufhebung der Zölle und verlangten, daß man der Spekulation entgegenstehe. Auf Antrag des Ministers wird der Vorschlag Lauches an eine Kommission verwiesen.

Einigungsverhandlungen in der böhmischen Metallindustrie.

Prag, 6. Februar. (B. T. V.) Zwischen den ausgesperrten Metallarbeitern und den Maschinenfabrikanten fand heute eine Konferenz statt, in der die Arbeiter sich zu einem friedlichen Uebereinkommen bereit erklärten. Man hofft, daß es in den nächsten Tagen gelingen werde, die Grundlage für eine Einigung zu finden.

Unfälle in der Aviatik.

Paris, 6. Februar. (B. T. V.) Gestern nachmittag ereignete sich auf dem Flugfeld in Issy les Moulinaux ein Fliegerunfall. Der 22 Jahre alte Aviatiker Heise stürzte mit seinem Eindecker aus beträchtlicher Höhe ab. Der Apparat fiel auf einen Baum, der durch das Gewicht des Eindeckers umstürzte. Der Flugapparat wurde stark beschädigt, der Flieger am Hals schwer verwundet.

Marseille, 6. Februar. Wie aus Pau gemeldet wird, versuchte der Militär-Aviatiker Leconte heute morgen mit seinem Aeroplan aufzusteigen und führte auch einige wohlgeplante Flüge aus. Bei der Landung stieß er aber auf dem Boden mit dem Aeroplan des Aviatikers della Torre derart heftig zusammen, daß der Apparat des Leconte in zwei Teile zersplitterte. Der Aviatiker della Torre wurde von den Flügeln seines Apparates so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Sein Zustand ist bedenklich.

Die amerikanische Bourgeoisie gegen die Gewerkschaften.

Indianapolis, 6. Februar. (B. T. V.) In Verbindung mit der Untersuchung der Dynamiterschwarzung sind 33 Anklagen erhoben worden, darunter viele gegen Gewerkschaftsbeamte. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom Dienstag, den 6. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Lenz.

Die erste Beratung der

Novelle zum Einkommensteuergesetz

wird fortgesetzt.

Abg. Cassel (Sp.): Eine dauernde Belastung der Bevölkerung mit den Steuerzuschlägen ist bei unserer Finanzlage durch nichts begründet. Für schlechte Jahre haben wir ja den Ausgleichsfonds. Zu defraudieren brauchen wir nicht. Im Reiche wird zweifellos die Erbschaftsteuer doch kommen, um die Kosten der Wehrvorlage zu decken. (Lachen rechts.) Ihr Lachen ist nur der Ausdruck Ihrer Verlegenheit über Ihre falsche, unheilvolle Politik, durch die Sie um der Erbschaftsteuer willen den Fürsten Bülow gestürzt haben, eine Politik, deren Schläge jetzt auf Sie selbst zurückfallen. (Sehr richtig! links.) — Eine Einarbeitung der Steuerzuschläge in das Gesetz scheint ja nach den Erklärungen der Vorredner nicht auf Annahme rechnen zu können. Aber damit kommen wir nicht weiter. Wenn die Zuschläge nicht notwendig sind, müssen sie überhaupt wegfallen. In anderen Fällen wäre eine wirklich organische Verringerung des Gesetzes besser als die provisorische Beibehaltung der Zuschläge. Zu einer organischen Verringerung gehört vor allem die Quotifizierung der Einkommensteuer, zum mindesten des Mehrbetrages der Zuschläge. Die Hoffnung des Finanzministers, daß die Gemeinden die Prozentsätze heruntersetzen würden, kann ich nicht teilen, dazu sind die Anforderungen an die Gemeinden im Laufe der letzten Jahrzehnte zu groß geworden. Notwendig ist eine

progressive Steigerung der Ergänzungssteuer.

Das Kinderprivileg muß ausgedehnt werden. Was die Freilassung der untersten Steuerstufen bis 1500 Mark betrifft, so würde das allerdings einen Ausfall von 40 Millionen, die Freilassung der Einkommen bis 1200 Mark einen Ausfall von 28 Millionen bedeuten. Aber früher hat die Regierung selbst den Fortfall der Steuer bis 1200 M. Einkommen beantragt und nur an dem Widerstand dieses Hauses scheiterte damals diese Reform. Diesen abgerissenen Faden sollte man wieder aufknüpfen. Nach der Belastung der großen Klassen durch die indirekten Steuern der Reichsfinanzreform ist es eine Pflicht der Gerechtigkeit, die Einkommen unter 1200 M. steuerfrei zu lassen. (Bravo! links.) — Die Gefängnisstrafe für Steuerhinterziehungen ist durchaus gerechtfertigt; wer den Fiskus betrügt, ist genau so ein Betrüger wie jeder andere und schädigt außerdem nicht nur den Fiskus, sondern auch diejenigen, die ihr Einkommen richtig angeben.

Vor allem muß den Landräten der Vorschlag in den Veranlagungskommissionen genommen und feuertechisch gebildeten Beamten übertragen werden. Wenn die Regierung uns in dieser Frage nicht nachgibt, so ist das lediglich ein neuer Beweis für die Macht der Landräte und der Herrschaft der Reaktion in Preußen. Nur aus politischen Gründen weigern sich die Konservativen dieser Forderung nachzugeben und wir bedauern es, daß die Regierung sich diesen politischen Wünschen der Konservativen fügt. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. v. Saff-Jaworski (Pol): Wendet sich gegen die dauernde Erhebung der Zuschläge; das angebliche Defizit sei nur ein Rechenhüchlein.

Abg. v. Dewitz (H.): Eine Reorganisation der Veranlagungsbehörden ist notwendig, vor allem durch Ausbau des Instituts der Steuerkommissionen. Redner verteidigt des weiteren eingehend seinen Vorschlag auf Besteuerung des Vermögenszuwachses und Konjunkturgewinnes.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Die Finanzverwaltung wird das Defizit nicht eher los werden, als sie nicht das Extraordinarium auf Anleihe übernimmt. Wir sind nicht dafür zu haben, neue Steuern auf Vorrat zu bewilligen.

Finanzminister Dr. Lenz: Wir können auf die 60 Millionen Mehraufkommen aus den Steuerzuschlägen nicht verzichten. Wir brauchen die Steuern nicht nur für den Augenblick, sondern für die Zukunft. Eine Revision der Steuerveranlagungskommissionen findet fortgesetzt statt.

Abg. Waldstein (Sp.): Die Regierung hat selbst zugegeben, daß sie die Vorlage nur eingebracht hat, gezwungen durch den § 8 der Vorlage von 1909. Es hätte aber zur Erfüllung der damals über-

nommenen Verpflichtung genügt, wenn die Regierung eine Verlängerung des Provisoriums von 1909 beantragt hätte. Dafür hätte sie auch eher eine Mehrheit in diesem Hause gefunden. Doch möchte dann bestimmt werden, daß bei Ablauf des Provisoriums die Zuschläge wegfallen. Nach unserer Meinung könnten sie jetzt schon fallen. Redner befürwortet als neue Einnahmequelle die Besteuerung industrieller Unternehmungen wie Vorfabrikanten usw., die von religiösen Gesellschaften betrieben werden. Die Progression der Steuern ist nicht, wie Graf Spee meint, ein staatssozialistischer Gedanke, sondern sie ist eine einfach selbstverständliche Forderung der Gerechtigkeit. Nach oben muß die Grenze nur insoweit beschränkt werden, daß nicht der egoistische Erwerbstrieb abgetötet wird, nach unten muß das Existenzminimum freigelassen werden. Die Ausdehnung der Anzeigepflicht lehnen wir ab; sie führt nur zur Belastigung der Arbeitgeber. (Bravo! links.)

Abg. v. Dörfelberg (L.): Die Progression der Vermögenssteuern lehnen wir ab; diese Einnahmequelle werden wir uns vorbehalten für Zeiten der Not. Die Frage der Organisation der Veranlagungsbehörden darf nicht vom rein steuertechischen Standpunkt aus beurteilt werden. Wir haben die schwersten Bedenken dagegen, dem Landrat den Vorsitz in den Veranlagungskommissionen zu nehmen. Herr Hirsch hält es für zu viel, wenn Arbeiter mit einem Einkommen von 900 Mark 6 Mark Steuern zahlen sollen, aber die Partei sowie die Gewerkschaften genieren sich gar nicht, den Arbeitern viel höhere Steuern aufzuerlegen. (Sehr richtig! rechts.) Die Behauptung des Herrn Cassel, daß die Landräte mit ihrem Amt als Vorgesetzten der Veranlagungskommissionen politischen Mißbrauch treiben, weist ich auf das entschiedenste zurück. (Bravo! rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 23 Mitgliedern. Abg. Graf v. Spee (H.): Wie recht ich mit meiner gestrigen Behauptung von der sozialistischen Gefahr gehabt habe, haben mir die nachfolgenden Ausführungen des Abg. Hirsch bewiesen. Im übrigen tritt sich Abg. Hirsch, wenn er aus meinen Worten den Schluß gezogen hat, daß ich für die Besteuerung landwirtschaftlicher Genossenschaften bin.

Abg. Hirsch (Sp.): Ich gebe zu, daß ich bezüglich der Besteuerung der landwirtschaftlichen Konsumvereine den Grafen Spee falsch verstanden habe. Ich habe eben seinen Gerechtigkeitssinn übersehen. (Heiterkeit links.) Im übrigen nehme ich mit Genugtuung davon Kenntnis, daß ich für den Grafen Spee oberste Autorität bin. (Heiterkeit.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr (Initiativanträge betr. die Aufbesserung der Altpensionäre und Regelung des Verbindungswesens.)

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Dreiklassenhauses

Beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit der Moor- kultur, für die im laufenden Jahre 145 Millionen Mark ausgegeben werden sollen. Der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer verwies darauf, daß Preußen seit 1858 über 400 Millionen Mark für Moorkultur ausgegeben habe.

Dann beschäftigte sich die Kommission mit der Denkschrift über die innere Kolonisation. Dabei entspann sich eine Debatte über die Arbeiteranstellungen im Osten. Von verschiedenen Parteien wurde erklärt, daß die Arbeiteranstellungen sehr geringe sind, weil es an zweiten Hypotheken fehle. Dagegen wurde wieder auf die Gewährung solcher Hypotheken durch die Landesversicherungsanstalt hingewiesen. Ein fortschrittlicher Redner forderte die Anstellung von Arbeiter besonders für Ostpreußen wegen der dort besonders ungünstigen Bevölkerungsverhältnisse. Der preussische Minister erklärte, daß die preussische Regierung für jede Anstellungsstelle 800 M. als nicht rückzahlbare Beihilfe gebe. 1907 seien 2775 Arbeiterstellen geschaffen worden. Dagegen lehnte das Finanzministerium das Ersuchen ab, daß sich der Staat mit einer niedrigeren Verzinsung der den Ansiedlern geliehenen Gelder begnügen wolle.

Das Wahlrecht zu den Stadtparlamenten.

Der Abg. Vorsch hat mit Unterstützung des Zentrums zwei Anträge gestellt, die sich auf die Einführung der allgemeinen Wahl bei den Wahlen zu den Stadtparlamenten, Kreisparlamenten und zu den Landvertreterversammlungen beziehen.

ganz bestimmte Formen an, die immer wiederkehren: bei den Babylonern nicht minder wie in den ältesten biblischen Darstellungen der im 16. Jahrhundert erwachenden Tierkunde. Aus den Holentwürfen des eifrigen Sammlers von Tierdarstellungen Conrad Geheuer wurden eine Reihe von Drachengefalten im Wilde vorgeführt. Ein gestreifter säkularähnlicher Körper mit zwei oder vier (manchmal vogelartigen) Flügeln, mit fiedermausartigen Flügeln und womöglich mit Stacheln am Schwanz — das ist der Gesamteindruck, der sich wiederholt.

Ist das nun alles bloße Fabel oder auch Symbol? Oder liegt etwas Wirkliches zugrunde? Und nun zeigte uns Wölke eine Tierwelt, die so fabelhaft erscheint, wie unsere Vorstellung vom Drachen, die aber vor fünf oder sechs Millionen Jahren gelebt hat und in vielen Flügen an unser Drachengebilde erinnert. Die riesigen Gehäufte der Krebstiere, deren Knochen in unseren Museen erhalten sind, wurden uns in den nach wissenschaftlichen und künstlerischen Methoden vorgenommenen Rekonstruktionen (nach Osborn und Harter) mit zum Teil farbigen Lichtbildern vorgeführt. Die zehn Meter langen Trachodonten, die Stegosaurier mit ihrem Schwanzgehörn, die mit Riesenschwänzen, aber ganz kleinen Köpfen ausgestatteten Brontosaurier, alle diese pflanzenfressenden Riesen — und auf der anderen Seite ihre Feinde die Allo- und Tyrannosaurier, wahre Springungeheuer wurden da wieder lebendig. Auch das Urbild einer Seeflange von 8-12 Meter Länge, die fischartigen und vogelartigen Tiere, darunter der Pterodactylus mit seinen fiedermausartigen Flügeln und vor allem der Flugdrachen, die vollendete aller Flugmaschinen, wurden uns vorgeführt.

Alle diese merkwürdigen und übergroßen Tiere sind ausgestorben, nur hier und da haben sich (andere) Tierarten dieser Epoche bis in die historischen Zeiten gehalten. Aber vielleicht haben doch Nachzügler dieser Vorbilder unserer Drachen bis in die Zeiten gelebt, da der erste Mensch mit Schreden sie sehen und jahrtausendlang den Eindruck weitergeben konnte.

Das Theater der Wiener Freien Volksschule wird im Herbst 1912 eröffnet. In der Vereinszeitschrift „Der Strom“ wird das Programm entwickelt:

„Dieses Haus — heißt es dort — wird nach unseren Bedürfnissen und Wünschen gebaut, die Schauspieler werden nach unserem Geschmack und unserem Repertoire engagiert werden, keine Aulisse wird auf dieser Bühne stehen, die wir nicht selbst bestimmt haben.“

Endlich werden wir darangehen können, die Klassiker in guten Aufführungen herauszubringen! Eine Volksschule ohne Shakespeares ist ein Un Ding. Auf diese moderne Dramen mühten wir bisher verzichten, weil die Verleger sie uns nur die Nachmittagsvorstellungen nicht überlassen wollten. Um unser eigenes Haus — und das ist vielleicht die hellste Perspektive! — werden sich viele junge Dichter natürlich gruppieren. Der Spielplan unseres Theaters wird jede Gattung umfassen, mit Ausnahme der banalen und langweiligen. Das alles setzt vielseitige Schauspieler voraus. Wir werden sie auf der Suche durch ganz Deutschland finden.“

Aus der Partei.

Mehr als überflüssig!

Im Inseratenteil der „Kedat-Zeitung“ findet sich zwischen der Anpreisung von Hausstrukturen, der Biache Geniol und vierprozentiger deutscher Reichsanleihe wie vierprozentiger preußischer Konjols in besonders auffälliger Schrift folgende Dankagung:

Den Wählern des 3. württ. Reichstagswahlkreises, die mir am Stichwahltage des 22. Januar einen so überaus stattlichen Beweis ihres Vertrauens gegeben haben, insbesondere auch denen der fortschrittlichen Volkspartei, die nach schwerem Vorkampfe das politische Gesamtinteresse des Volkes entscheidend in die Wagschale der Abstimmung legten, sage ich hiermit aufrichtigen und herzlichen Dank.

Ich werde mich bemühen, dieses Vertrauen auch zu verdienen, um es der von mir vertretenen Sache dauernd zu erhalten. Heilbronn, 24. Januar 1912.

Franz Feuerstein.

Die „Kedat-Zeitung“ ist ein bürgerliches Blatt. Franz Feuerstein ist der sozialdemokratische Kandidat, der im Kreise Heilbronn-Besigheim gewählt wurde.

Ein solcher Dankbarkeits-Überflus eines Sozialdemokraten in einem bürgerlichen Blatte ist noch deplacierter als die Dankagung des Genossen Erdmann in einem Parteiblatt. Es handelt sich bei den Wahlen um ein einfaches, nächsteres politisches Geschäft, bei dem die Sozialdemokratie in der Mehrzahl der Fälle der gebende Teil war. In solchen Gefühlsduseleien lag also nicht die geringste Veranlassung vor.

Da wir übrigens gerade in der Nähe sind, möchten wir dem „Kedat-Echo“, das überhaupt gut daran täte, Parteipolemiken etwas zurückhaltender zu führen, doch noch bemerken, daß die Art seiner Polemik gegen uns die notwendige Lokalität leider völlig vermissen läßt. Das „Kedat-Echo“ kann unferthalben seinen Lesern aufpassen, uns seien die süddeutschen Verhältnisse nicht genügend bekannt. Es hat aber kein Recht, den Lesern sorgfältig alles vorzuenthalten, was wir gesagt haben und sie so um die Möglichkeit eines selbständigen Urteils zu bringen. Denn gerade das ist der Zweck jeder Parteidiskussion und die Redakteure haben die Leser nicht zu bevormunden und ihnen nicht ihre fertige Meinung aufzutrotzen, sondern ihnen die Mittel zu liefern, um sich selbst ein Urteil bilden zu können.

Aus den Organisationen.

Die zunehmende Erstarkung der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen in Breslau erheischt dringend eine Erweiterung des eigenen Heims der Breslauer Arbeiterschaft. Infolge dessen wurde in einer Versammlung aller Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre beschlossen, spätestens am 1. April d. J. mit dem Umbezog. Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses zu beginnen und die hierzu noch fehlenden 160 000 M. aus den Reihen der Arbeiterschaft aufzubringen. Von Privatkapitalisten war eine Hypothek in dieser Höhe nicht zu erlangen, obwohl die Breslauer Arbeiterschaft schon 122 000 M. eigenes Geld für den geplanten Erweiterungsbau zur Verfügung hat. Die noch fehlenden 160 000 M. sollen durch Anteilsgeld und Beiträge der Gewerkschaften aufgebracht werden. Geplant ist, den großen Saal durch Anbau eines kleineren Saales so zu vergrößern, daß beide Säle zusammen 2500 Personen fassen. An der Straßenseite sollen vorläufig zwei Wohnhäuser mit Restaurations-, Bureau- und Wohnräumen sowie Herberge errichtet werden. Zwei weitere Wohnhäuser sollen später errichtet werden. Ebenso ist die Errichtung der Parteidruckerei nach Ablauf des noch bis zum Jahre 1915 laufenden Vertrages auf dem Grundstück des Gewerkschaftshauses in Aussicht genommen. Also in Jahresfrist werden die Breslauer Arbeiter sich aus eigenen Mitteln ein Heim geschaffen haben, das zum Zentralpunkt der gesamten Arbeiterbewegung von Breslau werden wird.

Der sozialdemokratische Verein Breslau-Land-Neumarkt ist jetzt so erstarkt, daß am 1. April ein besoldeter Parteisekretär angestellt werden soll.

Die Volksbühne hat jetzt 16 000 zahlende Mitglieder. Die Verwaltung ruft die Mitglieder auf, bis zum Sommer die Stärke des Vereins zu verdoppeln. 35 000 Mitglieder sind nötig, damit die Theater wirklich das Haus der Volksbühne sei. 8000 davon will das Sekretariat selbst aufbringen, so daß jedes Mitglied nur einen Kameraden zu werben hat.

Musik.

Die „Romische Oper“ hat recht daran, in einer Neuaufstudierung einen ungebührlich zurückgesetzten Komponisten der Romantikerzeit wieder zu Ehren zu bringen. Heinrich Marschner, der getreueste Fortsetzer Webers und einer der Vorläufer Wagners, ist jetzt nur noch durch sein dramatisches Hauptwerk „Hans Heiling“ bekannt. Seine Instrumentalwerke sind ganz vergessen; seine lang beliebte Oper „Tempel und Jüdin“ schwindet dahin, und seines dritten dramatischen Meisterwerkes, des „Camphre“, erinnern wir uns vielleicht noch aus unserer Jugend. Doch es jetzt hervorgeholt wurde, geschah wohl um eines berühmten Baritons willen, den ein schlecht besetztes Theater zur Ausschilfe rief. Heute ist man gewöhnt, bei der feinsten Wiedergabe des Textes des Orchester sich gebenden zu hören, als ginge die Welt unter. Kommt aber bei Marschner der Camphre, der drei reine Mädchen den Hölischen opfern muß, um eine Gnadenfrist zu erlangen, so rollen ein paar Läufe hinaus und hinunter. Das ist nicht modern. Aber welche Gelegenheit liegt in der hier aufgewendeten Musik — kein falsches Pathos — noch weniger konventionelle Fügungen als bei Mozart — stets künstlerische Verknüpfung — von den Melodien gar nicht zu sprechen. Fast verzicht man die unheimliche Komik des Textes.

Der Tiefstand der „Romischen“ hat sich nicht gehoben. Man kann einem Künstler wie Franz Eggenieff nur wünschen, daß ihn ein derartiges Ensemble nicht herunterziehe. Und wiederum die vereinzelt Tüchtigen, gerade in kleineren Partien! So Elise Osten, so auch Lilly Küster, die nur eben noch nicht für die ganze, ihr übrigens zu tief liegende, Rolle zurecht, so endlich ein Buffotenor Alfred Lewis. Auch ein Quartett — das allbeliebte geworden Lied: „Im Herbst, da muß man trinken“ — und die Ehre gingen nicht übel. Ganz ist eben künstlerisches Material und Rollen nicht umzubringen.

Notizen.

Führungen im Museum für Naturkunde (Invalidentstr. 43). Sonntag, den 11. und 18. Februar, finden von 10½ Uhr ab Führungen unter Leitung von Beamten statt; in der zoologischen Abteilung wird behandelt 1. Die Mechanik des Schwimmens, 2. Der Vogelflug; in der geologisch-paläontologischen Abteilung über die Geologie von Deutschland, und in der mineralogisch-petrographischen Abteilung 1. Die Mineralbildung in Quellen, Seen und Meeren, 2. Jura, Wollram, Uran, Platin. Karten zu 30 Pf. und für Mitglieder von Vereinen und Studierende zu 15 Pf. beim Förstner des Museums.

Kleines feuilleton.

Hinrichtung. Sagen, das sich in Dingen der Verwaltung und Justiz durch ein Unmaß von Gemüt auszeichnet, ist für jede Opposition von nicht zu unterschätzender agitatorischer Bedeutung. So hat es längst wieder bei einer Hinrichtung eines Raubmörders wertvolles Material zur Abschaffung der Todesstrafe geliefert.

Um sich die Szene zu vergegenwärtigen, muß man sich abgetöten, bei dem Wort „Gefängnis“ an etwas Außerordentliches zu denken. Ein Gefängnis ist schließlich ein Hof wie jeder andere, nur fehlt die Teppichkloppstange, und er wirkt vielleicht ein bisschen grau und trübselig durch die Gitter, mit denen die Hofmauer der umliegenden Gebäude versehen sind. Aber er ist doch ein Hof, mit Steinen gepflastert, er steht auf ebener Erde wie wir ...

Kun denke man sich, eine Tür öffnet sich und sie zerren einen Menschen heraus, der soll sterben und will nicht. (Ein Opfer wollte es auch nicht — also wozu die Scheuchflucht wiederholen? —) Der Staatsanwalt, Beamter bis in die Schürrenspitzen, liest dem Halb- irren, vor Angst Vertirrten, etwas vor, ... von seinem Verurteilungsbefehl keinen Gebrauch gemacht“ ... er wird überbrückt, überreicht von dem Tollen, der sich abquält und sich windet unter den Händen der Scherenschnittknechte. Dieser hier (Göllert ließ er wohl) rief zum Zeppelin, man habe ihn unakademisch verurteilt, die Justiz solle sich das merken, er habe das auch an seine Frau geschrieben, irrez Zeug, hervorgeprudelt von einem Tier, einem Tier. Unter den Zuschauern befanden sich drei Söhne und ein Schwiegersohn der Ermordeten! — Ich bin überzeugt, es war auch ein Pfaffe da mit der Bibel: Nichtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet! — Was die Söhne nicht bei dieser Scheuchflucht gedacht haben? — Mache? Verzeihung? —

Im ganzen waren es diesmal nur 80 (schätzig) Zuschauer. Bei Grete Geier fand ja ein kleines Volksfest statt: damals zierten 200 den Hof.

Diesmal war es ein kleines, aber gewähltes Publikum, das den spannenden Vorgängen auf der Bühne mit Interesse folgte und nach Schluß der Aufforderung der Beamten Folge leistend, logisch den Hof verließ.

Also: eine mäßige Vorstellung.

Wilhelm Esche hielt am Sonntag in der Singakademie den ersten seiner diesjährigen Vorträge. Die Art, wie er den Stoff meißelt, ist vorzüglich. Er gibt nicht bloß nackte Tatsachen, womit die Wissenschaftler die Zuhörer nur zu oft tötschlagen. Er gestaltet nach einem wohlbedachten Plan, gibt Ausblicke, Verknüpfungen. Das Thema wird nicht erschöpft, aber abgerundet, im Rahmen seiner kulturellen und philosophischen Bedeutung behandelt. Die Teilnahme wird sofort wach, weil man merkt, daß ein Problem aufgeworfen wird, an dem man selber mitarbeiten kann.

Die Sage vom Drachen im Lichte der Naturforschung botte Wölke zum Gegenstande seiner Betrachtung gemacht. Das fabelhafte Tier spielt seit alterher seine Rolle in den Sagen und mythologischen Vorstellungen der Völker. Es nimmt

K. T.

Hielt am Sonntag in Briesen seine Kreisgeneralversammlung ab. Der Vorsitzende, Genosse Gräbert, gab einen Rückblick auf die Reichstagswahlen. Zum Schlusse seiner Ausführungen kam er auf das am Stichwahltag in einigen Teilen des Kreises verbreitete Flugblatt zu sprechen, worin der bekannte Aufzug des konservativen Wahlkomitees für Oberharnim zur Wahlenthaltung, unterzeichnet vom Grafen von der Schulenburg-Grünthal und von Reich-Schulendorf, enthalten ist mit dem Hinweis, den Aufzug sollte zu beachten oder den sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen. Diese Aufforderung ist unterzeichnet: „Das nationale Wahlkomitee Eberswalde“. Unter Hinweis auf einen Artikel im „Berliner Tageblatt“ über dieses Flugblatt, erklärte Genosse Gräbert, daß er und der ganze Kreisvorstand, die Wahlleitung wie überhaupt alle leitenden und verantwortlichen Personen mit der Herausgabe dieses Flugblatts selbstverständlich nicht das geringste zu tun hätten. Ihm sei das Flugblatt überhaupt erst jetzt zu Gesicht gekommen. Die liberale Presse möge sich hüten, Verdächtigungen auszusprechen, die sie nimmermehr beweisen könne. Die Sozialdemokratie arbeite und kämpfe nicht mit solchen Waffen.

In dieser Flugblattangelegenheit bringt die „Brandenburger Zeitung“ noch folgende Erklärungen:

Unter der Überschrift „Ein nationales Wahlkomitee für die Sozialdemokratie“ nimmt das „Berl. Tagebl.“ in Nr. 54 eine Erklärung des Generalmajors von Zepelin-Eberswalde auf, worin dieser auf ein Flugblatt hinweist, das am Stichwahltag in Oberharnim verteilt worden ist und das die Unterschrift „Nationales Wahlkomitee“ trägt. Der Unterzeichnete als Leiter des sozialdemokratischen Wahlkomitees in Eberswalde erklärt, daß ihm dieses Flugblatt erst am 4. d. M. bekannt geworden ist und daß er der Herausgabe fern steht. Alle für die Wahl von uns herausgegebenen Schriftsachen sind durch meine Hände gegangen.

W. H. M. - Eberswalde.

Der hier vom Eberswalder Wahlleiter abgegebenen Erklärung schließe ich mich an. Auch nie ist das fragliche Flugblatt bis zum heutigen Sonntag unbekannt gewesen.

Briesen, 4. Februar 1912.

H. Gräbert, Vors. des Zentralwahlvereins Oberharnim.

Soziales.

Strassenbahnführer und Alkohol.

Einer der verantwortungsvollsten Berufe ist zweifellos der der Strassenbahnführer. Die Verantwortung, die heutzutage einem Wagenführer der „Elektrischen“ in den belebten und teilsweise engen Straßen der Großstadt auferlegt ist — so spricht sich der Verkehrsinspektor der Städtischen Strassenbahn in Köln, Herr A. Krüger, in Nr. 44 der „Deutschen Strassen- und Kleinbahnzeitung“ aus — sieht wohl derjenigen eines Lokomotivführers nicht viel nach. Ein unbedachtamer Griff an der Schaltkurbel, und ein Unglück mit unabsehbaren Folgen kann passieren! So stellt dieser Beruf an die Mäßigkeit des Denkens und Urteils, an die Schnelligkeit des Entschlusses und Handlens besonders große Anforderungen. Darum lassen sich einschlägige Verwaltungen gerade von derartigen Verkehrsanstalten die Einschränkung des Alkoholgenußes angelegen sein. Als vorbildlich verdienen in dieser Hinsicht, schreibt der Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, die Wohlfahrts-Einrichtungen der Städtischen Strassenbahn in Köln weithin bekannt zu werden. Verkehrsinspektor Krüger macht darüber an der genannten Stelle sehr interessante Mitteilungen. Zuerst wurde in Verbindung mit einem größeren Alkoholverbot an einem der Strassenbahnhöfe der Verkauf von abgekochter, sterilisierter Milch eingerichtet. Da das Resultat über Erwarten günstig war, wurde die Einrichtung des Milchverkaufs auf sämtlichen Strassenbahnhöfen vom 1. Juli 1908 ab angeordnet. Die Milch kommt zu billigem Preise in luftdicht verschlossenen Flaschen zur Ausgabe und hält sich bei jeder Temperatur mindestens 24 Stunden in gemäßigtem Zustande. Das Ergebnis war ein vorzügliches, in dem ersten Monat wurden schon 2708 Liter abgesetzt. Dierdurch ermöglicht, schuf man Gelegenheit, neben der Milch für wenige Pfennige eine schmackhafte Tasse Bouillon zu bekommen. Es wurden zu billigem Preise Bouillonwürfel geliefert und in den Personalräumen dafür geforgt, daß stets heißes Wasser und Tassen zur Verfügung stehen. Auch hier zeigte der enorme Verbrauch an Bouillonwürfeln, daß die Einrichtung Anlaß im Personal gefunden hatte, wurden doch von diesem in den beiden ersten Monaten 7022 Stück Bouillonwürfel gekauft. Wenn nun auch die beiden erwähnten Maßnahmen für die kühle Jahreszeit das Personal in jeder Beziehung zufriedenstellten, so zeigte sich doch für die heiße Jahreszeit noch das Bedürfnis nach einem anderen Erfrischungsgetränk, und so wurde denn zunächst, ebenfalls mit gutem Erfolg — Verkauf von 27 608 Flaschen in den ersten 3 Monaten —, billige Lieferung von Selterwasser und Selterwasserlimonade durch den Verkauf der Selterwasser-Flaschen ins Werk gesetzt. Doch besser noch bewährte sich der Verkauf dieser Getränke mittels eines Automaten, der gegen Einwurf eines 10-Pfennigstückes ein schmackhaftes, gut temperiertes Glas Selterwasserlimonade (mit reinem Fruchtstoff) oder aber reines Selterwasser gegen gleichzeitige Rückgabe eines 2-Pfennigstückes verabfolgt. Der Betrieb dauert von Mai bis Oktober. Infolge der dringenden Witten von den übrigen Bahnhöfen und Dienststellen wurden noch 11 weitere Automaten angeschafft, die alle zur Zufriedenheit funktionieren, und es wurden an dem 12. Ausschankstellen in dem Vierteljahr Juli bis September 1911 nicht weniger als 2320 Kilogramm Fruchtstoffe und 120 Flaschen Kohlensäure verbraucht. Und was noch bemerkenswerter ist als die äußeren Erfolge dieser verschiedenen Einrichtungen: Die früher häufiger vorkommenden Verstöße wegen Trunkenheit im Dienst haben in den letzten Jahren fast ganz aufgehört, und Entlassungen deswegen sind überhaupt nicht mehr vorgekommen.

Die Strassenbahnführer in Berlin und Umgegend wurden es zweifellos gern sehen, wenn ihnen Milch und Bouillon unentgeltlich zur Verfügung gestellt würde. Eine solche Vereinstellung gehört zu den Pflichten einer Strassenbahngesellschaft. Eine ihrer sozialen Pflichten bewährte Strassenbahngesellschaft dürfte insbesondere in der kalten Jahreszeit der Erfüllung dieser Pflicht sich nicht entziehen. Die Berliner Strassenbahngesellschaften freilich haben sich zur Erfüllung dieser ihre nach § 619 B. G. B. obliegenden Verpflichtung noch nicht aufraffen können.

Gerichts-Zeitung.

Wilhelm Bruhn als Kläger.

Wie sich unsere Leser erinnern werden, hat das Schöffengericht Berlin-Mitte auf eine Privatklage des „Wahrheits“-Bruhn unsere Genossen Baron („Brandenburger Zeitung“) und Drechsler („Neuhäuser Tribune“) zu den horenden Strafen von 700 bezw. 600 M. verurteilt. Sie sollten Bruhn durch einen Artikel beleidigt haben, der den seinerzeit gegen ihn geführten großen Erpressungsprozess kritisch beleuchtete und die Rolle, die Bruhn als Herausgeber der „Wahrheit“ spielte, scharf verurteilte.

Zufolge der Berufung, die sowohl Baron wie Drechsler eingelegt hatten, kam die Sache gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Den Bemühungen des Vorsitzenden gelang es, die Sache gegen die „Brandenburger Zeitung“ durch einen Vergleich aus der Welt zu schaffen. In dem Vergleich erklärt Baron, daß er die Beleidigungen, soweit solche in dem Artikel enthalten seien, zurücknehme, jedoch unter Wahrung seines grundsätzlichen Standpunktes.

Auch in der Klage gegen die „Neuhäuser Tribune“ regte der Vorsitzende einen Vergleich auf derselben Grundlage an, was der Vertreter des Beklagten, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, jedoch ablehnte.

Während das Schöffengericht alle von der Verteidigung angebotenen Verweise über den Charakter des Klägers und seiner

„Wahrheit“ abgelehnt hatte, gab die Berufungskammer dem Teil dieser Anträge statt. Als Zeugen waren geladen, der Verleger der „Welt am Montag“, Herring, Schriftsteller Dr. Wötcher, die als Zeugen im Bruhnprozess aufgetreten waren und Staatsanwalt Weisinger, der im Bruhnprozess die Anklage vertreten hatte. Als Sachverständige hatte das Gericht den gerichtlichen Gutachter für Presseangelegenheiten, Dr. Großer, und der Verteidiger den Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung“, Volkstsch, geladen. Vor diesem Forum konnte also der Kläger Bruhn der Beweishebung über sein Treiben in der „Wahrheit“ und der Würdigung desselben in dem Erpressungsprozess nicht ausweichen. Einstweilen ist er allerdings um diese ihm gewiß nicht angenehme Erweiterung herumgekommen. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Brederick, stellte einen Ablehnungsantrag gegen die ganze Kammer. (Landgerichtsdirektor Reuenfeld, Landgerichtsräte Thieme und Hart.) Er begründete den Antrag damit, daß dieselben Richter eine Privatklage Bruhn gegen die „Tägliche Rundschau“ verworfen hätten und zwar mit einer Begründung, die der Persönlichkeit des Klägers eine so subjektiv gehaltene Beurteilung zuteil werden lasse, daß er ein objektives Urteil von dieser Kammer nicht erwarten könne. Es komme noch hinzu, daß für den gegenwärtigen Prozess nur solche Zeugen und Sachverständige geladen worden seien, von denen eine ungünstige Beurteilung des Klägers zu erwarten sei.

Der Vorsitzende wandte ein, dem Anwalt des Klägers sei doch die Ladung der Zeugen und des Sachverständigen lange genug bekannt gewesen, er hätte also Gegenzeugen benennen können.

Da das Gericht in längerer Beratung nicht zu der Ansicht kommen konnte, daß der Ablehnungsantrag nur der Verschleppung wegen gestellt ist, so blieb nichts übrig, als die Verhandlung zu vertagen, damit erst ein anderes Richterkollegium über den Ablehnungsantrag befinden kann.

Ein gemeingefährlicher Kinderfreund

wurde gestern auf mehrere Jahre unschädlich gemacht. Aus der Unteruchungshaft wurde der Gelegenheitsarbeiter Franz Florian vorgeführt, um sich vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I wegen Stillschleppersverbrechens zu verantworten. Der Angeklagte ist schon zweimal wegen des gleichen Verbrechens vorbestraft und zwar mit zwei Jahren Gefängnis und dann mit fünf Jahren Zuchthaus. Mitte Dezember vorigen Jahres wurde er wiederum bei der Verübung eines gleichen Attentats auf die sechsjährige Charlotte L. überführt und der Polizei übergeben. Kurze Zeit darauf erkrankte das Kind an einer Krankheit, an der auch der Angeklagte litt. Das bedauernde Kind mußte deshalb bis jetzt dem Schulunterricht fern bleiben. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, seinerzeit betrunken gewesen zu sein und von nichts mehr zu wissen. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß der Angeklagte keinesfalls betrunken gewesen war. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Schwere und Gemeingefährlichkeit der Tat des Angeklagten erkannte das Gericht auf fünf Jahre Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust.

Aus Fahrlässigkeit zum Mörder geworden.

Zu dem Gerichte von der Ermordung einer Frau hatte die Tat eines leichtsinnigen jungen Wursches Anlaß gegeben, welcher durch das unvorsichtige Umgehen mit einer Schußwaffe ein Menschenleben vernichtet hatte. Wegen fahrlässiger Tötung hatte gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmer gegen den 18-jährigen Schlosser Friedrich Schumann aus Spandau zu verhandeln. — Am 28. August v. J. wurde dem Kriminalkommissar Marus in Spandau gemeldet, daß an der Falkenjäger Chaussee die Leiche einer älteren Frauensperson liege. Mehrere Polizeibeamte begaben sich sofort dorthin und erkannten in der Toten die 48-jährige geschiedene Frau Klara Wolschke aus Spandau wieder. Die Tote, die eine Schußwunde in der Herzgegend aufwies, war der Polizei aus verschiedenen Diebstahlsfällen bekannt. Sie war dem Tumor erlegen und lebte seit einiger Zeit mit einem Invaliden Böhm zusammen. Neben der Leiche lag die zertrümmerte Schnapsflasche und mehrere Butterbrote. Trotzdem die geringen Habseligkeiten bei der Toten gefunden wurden, tauchte doch die Vermutung auf, daß die W. einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei. Der zuerst der Tat verdächtige Böhm konnte sein Alibi einwandfrei nachweisen, so daß jeder Verdacht gegen ihn hinfällig wurde. Die Recherchen nach dem Täter blieben ohne Erfolg. Auf die Mitteilungen verschiedener in der Gegend wohnhafter Personen, daß dort wiederholt von jungen Wurschen geschossen worden sei, nahm die Polizei nach der Richtung hin die Ermittlungen wieder auf, daß die Frau möglicherweise durch die Tat eines fahrlässigen Schützen ums Leben gekommen war. Es wurden deshalb mehrere Polizeipotrouillen in jene Gegend geschickt, um dort auf verdächtige Personen zu fahnden. Bei dieser Gelegenheit wurde u. a. auch der jetzige Angeklagte Schumann festgenommen, der auch, als man ihm die Tat auf den Kopf zusagte, sofort eingestand, die Frau aus Fahrlässigkeit erschossen zu haben. Er gab an, daß er sich für 50 M. eine Browningpistole und 100 Kugelpatronen gekauft und mit dieser dann in der Heide an der Falkenjäger Chaussee Schießübungen unternommen habe. Als er plötzlich eine Person auftauchen sah, habe er die Pistole schnell wegstecken wollen. In diesem Augenblick habe sich die Waffe von selbst entladen. Als er hörte, daß die Frau zu Boden fiel, sei er vor Angst schnell davongelaufen. — Vor Gericht bezeugte der Kreisarzt Dr. A. u. S. Rauen, der in Gemeinschaft mit dem Medizinalrat Dr. Hoffmann die Obduktion der Leiche vorgenommen hatte, daß die Kugel das Herz durchbohrt und dies den sofortigen Tod der Frau zur Folge gehabt habe. — Vor Gericht gab der Angeklagte an, daß er mit der Pistole gespielt habe; hierbei sei plötzlich der Schuß losgegangen. Staatsanwalt Dr. Reiner wies auf die betrübende Tatsache hin, daß es trotz aller Maßnahmen leider immer noch möglich sei, daß sich jeder dumme Junge in den Besitz einer so gefährlichen Waffe setzen könne. Mit Rücksicht auf die grobe Fahrlässigkeit des Angeklagten beantragte er ein Jahr und vier Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf neun Monate Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten der erlittenen Unteruchungshaft. Da sich die anwesende Mutter des Angeklagten bereit erklärte, ihn wieder aufzunehmen, wurde er auch aus der Unteruchungshaft entlassen.

Versammlungen.

Die Verwaltung Berlin des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren hatte zum Sonntag nach den „Arminhallen“ eine Generalversammlung einberufen, die überaus stark besucht war. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1911, der gedruckt vorlag, wurde vom Vorsitzenden Schneider und dem Kassierer Barth noch mündlich erläutert. Das Jahr 1911 war eines der bewegtesten für den Verband, da die schon im Jahre 1910 wiederholt angeregte Lohnbewegung gleich zu Beginn des Jahres einsetzte, und bei der es infolge des Verhaltens der im Zweiverbandsgebiet bestehenden Bäckereiverbindungen zum Kampfe kam. Die Großbetriebe mit ihren Arbeitern schiedem dabei fast alle aus, weil es schon vor Ausbruch des Streiks mit den Inhabern der Großbäckereien zur Einigung kam, so daß bei Ausbruch des Streiks die Situation folgende war: In 30 Großbetrieben mit 284 Arbeitern waren die gestellten Bedingungen erfüllt. Für 670 Arbeiter in 28 dieser Betriebe waren 5071 Stunden Arbeitszeitverfugung pro Woche und 877 M. Lohn-erhöhung pro Woche neu erreicht worden. Außerdem für 148 Arbeiter in 11 Betrieben ein drei- bis achtstägiger Sommerurlaub. Für 110 Arbeiter in fünf Betrieben wurde die achttägige Arbeitszeit, für 145 Arbeiter in sechs Betrieben, die zuvor niemals be- willigten, der achttägigen Ruhezeit erreicht, und zwar für 48 Arbeiter in drei Betrieben alle Woche, für 85 Arbeiter in zwei Betrieben alle zwei Wochen und für 32 Arbeiter in einem Betriebe in zwei Wochen drei Ruhetage. Nachdem so mit den Großbetrieben eine Einigung erzielt war, wurde dann der von dem Einigungsamt gefällte Schiedsspruch, der von den Innungen abgelehnt worden war,

mit einigen Verbesserungen am 24. Mai an 8412 Betriebe in Berlin und 67 Vororten mit 7500 Beschäftigten gesandt. Am 26. Mai wurde der Streik beschloffen, an dem sich 5337 Arbeiter beteiligten. Am nächsten Tage waren es aber nur noch 1840, weil inzwischen 1817 Betriebe mit 3307 Gesellen und 417 Lehrlingen die Forderungen bewilligt hatten. Am 6. Juni hatten 2200 Betriebe mit 4333 Gesellen und 580 Lehrlingen den Tarif anerkannt. Im Streik standen nur noch 674 Gesellen. Das waren weniger als zu Zeiten normaler Arbeitslosigkeit. Deshalb wurde der Streik an diesem Tage für beendet erklärt.

Etwas länger und schwieriger gestaltete sich die Lohnbewegung in Spandau, bei der es ebenfalls zur Arbeitsniederlegung kam. Die Ausständigen wurden sämtlich in Berlin untergebracht und über die Betriebe, die nicht bewilligt hatten, der Vohlott verhängt. Konnte dieser Kampf nicht wie in Berlin mit einem glänzenden Erfolge der Arbeiter beendet werden, so hat er doch wertvolle Verbesserungen gebracht. Ueberall in Berlin und in Vororten, sowie auch in den zum Bezirk Groß-Berlin zählenden Innungen Eberswalde, Frankfurt a. O., Heunigsdorf, Köpenick, Rudowwalde, Potsdam, Rathenow, Spandau und Velten hat der Verband gute Fortschritte gemacht, trotz der gegenrührigen Maßnahmen und der Quertreibereien der Gelben. So zu den Innungsälternschaften Wahlen stattgefunden, ist der Verband überall als Sieger über die Gelben hervorgegangen. Das Verbot, mit dem die Forderung des achttägigen Ruhetages von den Meistern hintertrieben werden sollte, sollte damals in zwei bis drei Wochen kommen. Der Verbandstag der Bäckereiverbindungen erklärte sich aber mit überwältigender Mehrheit gegen das Verbot. Heute sind bereits acht Monate verstrichen und es ist noch nicht da und wird auch noch lange nicht kommen.

Die Bureaukratie war im Berichtsjahre eine gewaltig große. Dem Bericht vom paritätischen Arbeitsnachweis ist folgendes zu entnehmen: Einschreibungen erfolgten 9751 mit Gebühr und 7740 ohne Gebühr. Feste Stellen wurden 4409 gemeldet und 4288 besetzt. Die Frequenz des Arbeitsnachweises hat sich seit 1909 nahezu verdoppelt. Auf dem Arbeitsnachweis der Konditoren waren 941 Arbeitslose eingeschrieben worden. Feste Stellen wurden 413 gemeldet, wovon 254 besetzt wurden. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 140 516,66 M. aus, dazu kommt der Bestand von 3345,71 M. Dieser Summe stehen 140 037,11 M. an Ausgaben gegenüber, so daß ein Bestand von 4185,26 M. verbleibt. Während vor 10 Jahren der gesamte deutsche Verband etwa 54 000 M. vereinnahmte, hat im Berichtsjahre die Berliner Verwaltung allein über 140 000 M. vereinnahmt.

Der Mitgliedsbestand ist von 3746 auf 5418 gestiegen und verteilt sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: Bäcker 4388, Konditoren 432, Schokoladen- und Süßwarenindustrie 116 männliche und 433 weibliche, 23 Hilfsarbeiter in Bäckereien und 26 Lehrlinge.

Auch in der Diskussion gaben die Redner sämtlich der Befriedigung über das Wachstum und die Fortschritte des Verbandes Ausdruck.

Die Agitationskommission, der die Verwaltung obliegt, wird wie folgt zusammengesetzt: Schneider, Vorsitzender, Rißhake, Stellvertreter, Hahn, Schriftführer, Rießel, Stellvertreter, Hahn, Obmann der Weibsbäcker, Stod, Obmann der Weibsbäcker, Wende, Obmann der Konditoren, Schöbel, Obmann der Fabrikbäcker, Schumann, Gräff, und Wälgler, Weibsbäcker. Zu Redaktoren wurden Pleßländer, Müller, Maschorn, Albrecht und Lucht gewählt. In die Beschwerdekommision werden gewählt: Rötze, Karger, Feige, Schuster, Hahn, Müller und Kutzweg.

Heyhold behandelte dann die Aufgaben der am 18. Februar in Berlin tagenden Bezirkskonferenz. Die Versammlung nahm dann die Wahl der Delegierten zu dieser Bezirkskonferenz vor.

Aus aller Welt.

Aus dem russischen Zumpfe.

Wieder einmal hat sich ein hoher russischer Polizeibeamter in dem weitausläufigen Rege des russischen Geistes gefangen. In würdiger Nachahmung der Elite der russischen Bureaukratie hat der Chef der Staatspolizei in Kiew, Oberst Kuljablo, bedeutende Summen unterschlagen. Die Beuntreuungen wurden von ihm begangen an Geldern, die zur Organisation des Sicherheitsdienstes gelegentlich des Jarenbesuches in Kiew im August vorigen Jahres ausgeworfen wurden. Bekanntlich erlitten die Festtage eine unangenehme Störung durch das Attentat auf den Minister Stolypin. Oberst Kuljablo wurde gestern verhaftet und wird zur Aburteilung nach Petersburg übergeführt.

Wer ist der nächste?

Sozialistenreines Klopseppapier.

In einer Königsberger Zeitung befand sich dieser Tage folgendes Inserat:

Manufakturpapier aus deutschen Zeitungen, frei von sozialdemokratischem Inhalt, zu Klopseppapier geeignet, wird in Mengen von 50 Kilogramm aufwärts freihändig auf gekauft.

Angebote sind möglichst umgehend einzusenden.

Garnisonverwaltung Königsberg I. Pr.

Die bürgerliche Presse wird nicht gerade sehr entzückt sein von dieser Einschätzung, aber ihr Wert ist von der Garnisonverwaltung richtig erkannt worden. Diese ist davon überzeugt, daß sozialdemokratische Zeitungen gelesen und weiter gegeben werden, daß aber die bürgerlichen Blätter nur ihren Beruf erfüllen als — Klopseppapier.

Ueberschwemmungen in Spanien.

Selt mehreren Wochen sind flussartige Regengüsse über ganz Spanien niedergegangen, die in vielen Urkatastrophischen Schäden verursacht haben. Besonders stark ist Andalusien mitgenommen worden. Der Guadalquivir ist aus seinen Ufern getreten und hat die Westküstengebiete der verschiedenen Uferstäbe vollständig überflutet, so daß diese den Betrieb einstellen mußten. Die Eisenbahnverbindungen sind ebenfalls unterbrochen. Bei Cadix ist die See sehr aufgeregt und die tiefer gelegenen Stadtviertel sind bedroht, überschwemmt zu werden. Die Brezzen haben die Rauer, die die Strandpromenade einfaßt, fortgerissen. Der hintere Teil der St. Rosas-Rosera sowie die Schiffe sind eingestürzt. Mehrere Schiffe sind bereits gemeldet, auch die Leichen vieler Personen sind an das Ufer geschwemmt worden. Der Manganares ist gleichfalls aus seinen Ufern getreten. Der Vantemminister ist der Ansicht, daß 35 Millionen Pesetas notwendig sind, um den Schaden auszubessern, der an öffentlichen Wegen durch Ueberschwemmung verursacht worden ist.

Kleine Notizen.

Tödlicher Sportunfall. Wie der „Vote aus dem Riesengebirge“ meldet, verunglückte der Berliner Student der Medizin Rosenbach, ein geborener Hildesheimer, am Sonntag während einer Schifffahrt auf dem Gehägenweg und erlitt eine Gehirn-erkrankung. Er starb im Arnsdorfer Krankenhaus.

Im Schneefuror verliert. In Schwabegg (Arenten) haben sich auf dem Heimwege von der Schule mehrere Kinder im Schneefuror verirrt. Obwohl über hundert Personen zwölf Stunden die Gegend absuchten, wurde keine Spur von den Vermissten gefunden; man vermutet, daß die Kinder vertriebt und erfroren sind.

Zur Ruhe gebracht. Im Pfändner-Wahl zu Terre-Rögge bei Vordau wurde ein Krankenwärter verhaftet, der einem Plogling, der durch sein Wesen und sein Stöhnen die Ruhe störte, so den Mund geknebelt hatte, daß er am anderen Morgen in seinem Bette erstikt aufgefunden wurde.

Abzählungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67. Alkoholfreie Getränke Franz Abraham...

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk! HamburgerLaden, Charl. Wallstr. 20. J. Kastner...

Bäckereien, Konditor.

Blottner's Großbäckerei Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Adlershofer Bäckerei, M. Eggenst. 32. Backer, Ramlersstr. 36.

Brot-Fabrik, Vorwärts Hermann Ulrich, Köpenick.

Brotfabrik, R. Zimmer, Bismarckstr. 11. Brotfabrik, Spandau.

Engel's Landbrot, Mühle 1-3. Engel's Landbrot, Mühle 1-3.

Wit. Engel, Wollweber, Parf. 4. Verkauf in Milchgeschäften.

Max Giese, Neul. Alfred Graf, Dammstr. 24.

Oskar Hanke's Brotbäckerei 78 Geschäfte in allen Stadtteilen.

Herberg, Paul, Amsterd.-Str. 29. Dreeschstr. 17.

L. Kierzkowski, Wilmersdorf. H. Krause, Tegelerstr. 21.

Landbrot-Großbäckerei O. Senf, Nofl. Krug, Waldstr. 4.

Hermann Lebel, Hussenstr. 26. Alfred Lier, Wollstr. 26.

Lichtenberger Brotfabrik Wessert. str. 21. E. Martin, Gleimstr. 50.

Bäckerei Nordstern Inh. Gust. Möller Filialen in verschiedenen Stadtteilen.

Conrad Richter Brotfabrik Nied. Schönbusen Niederl. in all. Stadtteil. Berlin.

Otto Szillat, Bismarckstr. 5. Schütt, G. Berlin O. N.O.

P. Springer, Wollweber, Parf. 4. Paul Stenzel, Dammstr. 24.

C. Vogt, Wollweber, Parf. 4. Albert Wiese, Kolonnenstr. 34.

Heinrich Wittler, Franzstr. 11. Verkaufsstell. L. d. G. Berlin.

Badeanstalten Arken-Bad, Anhalterstr. 51.

Bad Bürger-Bad, Münzstr. 2. Canitz-Rixdorf, Anzingerstr. 25.

Erstes Lohtannin-Bad, Hofstr. 11. National-Bad, Brunnenstr. 7.

Bad Ostend, Lief. in Kassen Oskar Albertus, Mollersstr. 41.

Kur-Anstalt, Löser Rosenthalstr. 70. National-Bad, Brunnenstr. 7.

Bad Ostend, Lief. in Kassen Oskar Albertus, Mollersstr. 41.

Er erscheint 2 mal wöchentlich.

Ost-Bad, Fallisadenstr. 76. Kuranstalt M. Schulz langjähr. 1. Assistent d. ehemal. weltberühmt. Jakob-Hellentalit.

Passage-Bad, Kottbuser Damm 79. Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Römer-Bad, Boxhagen-Rumbg. - Sonntagstr. 4. Silesia-Bad, Schlesische Str. 37.

Viktoria-Bad, Kottbuser Damm 75. Friedrich-Wilhelmsbad, Chausseestr. 97.

Das gesündeste und billigste Bad in der Gegend...

Bandagen, Gummilw. R. Hauke, Stralauer Str. 56.

Wende, A., Seydelstr. 34. Reiche, A., Seydelstr. 34.

Beerdig.-Anst. Sargm. A. Buttl, Lorndorfer Str. 23.

Bunzel, R., Rixdorf. Carl Imme jun., Rixdorf.

Schrammar, H., Rixdorf. Vettin, H., Rixdorf.

Berufsbekleidung Keiner, Otto, Gerichtstr. 80.

Bedfordern u. Betten Wecker, A., Mühlendamm 3.

Max Hausknecht, Köpenick Müggelheimerstr. 8.

W. Adelung & A. Hoffmann Akt.-Brauerei, Potsdam-Str. 11.

Brauerei Königstadt feinste Qualitätbiere.

Brauerei Pfefferberg Versand- und Pilsener Bier.

Brauerei Tivoli Bier-Brauerei, Fruchstr. 77.

Caramel-Weißbier fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich.

Groterjans Malzbier, Schick-Allee 129.

C. Habels Brauerei hell - Nabelbräu - dunkel.

F. W. Hiltsebein A.-G. Lagerbier und Malzbier.

Goldbier ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier.

Berliner Unions-Brauerei, Berlin S. Lützowbrücker Weihen.

Victoria-Brauerei Victoria-Saazerbräu.

Weissbier, C. Breithaupt, Fallisadenstr. 97.

Blumen und Kränze Oskar Albertus, Mollersstr. 41.

Victoria-Brauerei Victoria-Saazerbräu.

Weissbier, C. Breithaupt, Fallisadenstr. 97.

Blumen und Kränze Oskar Albertus, Mollersstr. 41.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

S. Grossmann, Landsbergerstr. 34. Henkes Blausch, Kastanienstr. 24.

C. Laurent, Brunnenstr. 63. Gustav Mal, Schönhaus-Allee 177.

Butter, Eier, Käse Butterhandlung J. F. Assmann 20 Filialen in Berlin O.

GskarBeck, Dresdenstr. 97. Ebert, Max, Warschauerstr. 21.

Buntrock, W. Rixdorf. Drei Kronen, Rixdorf.

Gebrüder Groh, 40 Filialen in Berlin und Vororten.

August Holz, 18 Detail-Geschäfte.

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte.

Gebrüder Manns, 45 eigene Detailgeschäfte.

Nordstern, 35 Filialen in Berlin u. N.O.

Schröter, R., Verkaufsstellen.

Uhly & Wolfram, 48 Pommersche Verkaufsstellen.

Stettiner Butterhalle, Invalidenstr. 103.

Cacao, Chocolate Cyliax, G., 15 Filialen in Berlin u. N.O.

Die Fabrikate der Sarotti, 15 Filialen in Berlin u. N.O.

Bonbonhaus Fr. Schröder, Spandau, Filialen in all. Stadtteil.

Gust. Lenz, Berlin. Albert Jähner, Berlin.

Fritz Jentsch, Berlin. Jul. Kempe, Berlin.

Max Knaut, Berlin. Ernst Kolbe, Berlin.

C. Schröder, Berlin. Arthur Weigel, Berlin.

Fahrrad-Leihhaus, Berlin. Carl Müller, Berlin.

Färbereien, Wäscher. H. Bergmann, Berlin.

Dampfwäscherei, Berlin. Carl Müller, Berlin.

Färbereien, Wäscher. H. Bergmann, Berlin.

Dampfwäscherei, Berlin. Carl Müller, Berlin.

Färbereien, Wäscher. H. Bergmann, Berlin.

Dampfwäscherei, Berlin. Carl Müller, Berlin.

Färbereien, Wäscher. H. Bergmann, Berlin.

Dampfwäscherei, Berlin. Carl Müller, Berlin.

Wagner, P., Rixd., Bergstr. 42. Westmann, 1. Geschäft: Mohrenstr. 37a.

Damenkleiderstoffe Adolf Dammann, Oranienstr. 180.

Drogen u. Farben Adler-Drogerie, O. Müggelstr. 8.

Edler-Drogerie, O. Müggelstr. 8. Apoth. Paul Frank, Stralauerstr. 41.

Rich. Bocallius, Rixdorf. Ebert, Max, Warschauerstr. 21.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Alfr. Götting, Rixdorf. Göttinger, Rixdorf.

Köhler Grünauerstr. 8. Seefische vom Fangplatz.

Hans Kunkel, Rixdorf. Rich. Marks, Rixdorf.

Werner, Rixdorf. Winkler & Barthold, Rixdorf.

Fleischer u. Wurster. Hermann Albrecht, Metzgerstr. 17.

Jul. Amandowicz, Rixdorf. A. Barthaus, Rixdorf.

Wilhelm Behr, Rixdorf. Speck- und Schinkenfabrik.

Danziger Fleisch-Centrale, Danziger Straße 14.

Rich. Deckert, Rixdorf. Dreyer, Rixdorf.

Drost, Rixdorf. Arno Fischer, Rixdorf.

Wurst, Speck, Schinken Kauf Sie a. besten u. billigsten bei Anton Fehlau.

Fleisch- u. Wurst-Centrale, Rixdorf.

Friedel, Max, Rixdorf. C. Gerlach, Rixdorf.

Otto Grube, Rixdorf. Gusinde, Rich., Rixdorf.

Gutschmann's, Rixdorf. Richard Helmke, Rixdorf.

Georg Heiter, Rixdorf. Ernst Höne, Rixdorf.

Albert Jähner, Berlin. Fritz Jentsch, Berlin.

Jul. Kempe, Berlin. Max Knaut, Berlin.

Ernst Kolbe, Berlin. C. Schröder, Berlin.

Arthur Weigel, Berlin. Fahrrad-Leihhaus, Berlin.

Carl Müller, Berlin. Färbereien, Wäscher.

H. Bergmann, Berlin. Dampfwäscherei, Berlin.

Färbereien, Wäscher. H. Bergmann, Berlin.

Dampfwäscherei, Berlin. Carl Müller, Berlin.

Färbereien, Wäscher. H. Bergmann, Berlin.

Dampfwäscherei, Berlin. Carl Müller, Berlin.

Färbereien, Wäscher. H. Bergmann, Berlin.

Dampfwäscherei, Berlin. Carl Müller, Berlin.

Färbereien, Wäscher. H. Bergmann, Berlin.

Dampfwäscherei, Berlin. Carl Müller, Berlin.

Färbereien, Wäscher. H. Bergmann, Berlin.

Dampfwäscherei, Berlin. Carl Müller, Berlin.

Färbereien, Wäscher. H. Bergmann, Berlin.

Dampfwäscherei, Berlin. Carl Müller, Berlin.

Thaleiser Invalidenstr. 103. Wagner, Rixdorf.

Westheimer, Rixdorf. W. Tauche, Rixdorf.

Fr. Thiel, Rixdorf. F. Sommermann, Rixdorf.

Karl Unte, Rixdorf. Wilh. Vogel, Rixdorf.

E. Wetzel, Rixdorf. Wiedmann & Swuke, Rixdorf.

Glas u. Porzellan. G. Krüger, Rixdorf.

Hoyer, A., Rixdorf. Haar-Artikel.

E. Joel, Rixdorf. F. Milster, Rixdorf.

Haus- u. Küchengeräte. Gompowski, Rixdorf.

Kammick, Rixdorf. Rockstroh, Rixdorf.

Sandow, Rixdorf. Herren-Artikel.

Magazin England, Rixdorf. Dittmer, Rixdorf.

Torkel, Rixdorf. Emil Jäger, Rixdorf.

Ad. Kuntze, Rixdorf. Ad. Mahnke, Rixdorf.

Sprengel, A., Rixdorf. Amerikan. Verkaufshallen.

J. Baer, Rixdorf. Besser, Julius, Rixdorf.

Hamburg-Steglitz, Rixdorf. Narcus, S., Rixdorf.

Rosner, Max, Rixdorf. 77 Kottbuserdamm 77.

Hüte, Mützen u. Pelz. Bazar Norden, Rixdorf.

Huthaus Norden, Rixdorf. Beilke, Rud., Rixdorf.

M. Grund, Rixdorf. Hansen, Rixdorf.

Kehr-Hüte, Rixdorf. Hut-Engl., Rixdorf.

Panama-Jakob, Rixdorf. Rieck, Em., Rixdorf.

Urgast-Rüte, Rixdorf. Vester, E., Rixdorf.

Zum Hutwinkel, Rixdorf. Kaffee-Spezialgeschäft.

Rauers Mischungen, Rixdorf. Fortsetzung siehe nächste Seite.

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Kaffee-Surrogate Otto Goetze, Rixdorf.

Kartoffeln, Gemüse Paul Henkel, Rixdorf.

Kaufhäuser Z. Alexander & Co., Rixdorf.

Alfr. Kirschner, Rixdorf. H. Weib & Co., Rixdorf.

Kohlen, Koks, Briketts Paul Bieger, Rixdorf.

Aug. Braatz in Moabit, Rixdorf. P. Hante, Rixdorf.

J. Mannheim, Rixdorf. Kolonialwaren.

Abend, R., Rixdorf. Theodor Anthoner, Rixdorf.

Babel & Hauke, Rixdorf. Gustav Behrens, Rixdorf.

Bruno Block, Rixdorf. Alex. Bergmann, Rixdorf.

Braun, R., Rixdorf. Breda, R., Rixdorf.

Goetsch, Ernst, Rixdorf. Herrarth, Eug., Rixdorf.

Fritz Hübner, Rixdorf. Herrarth, Eug., Rixdorf.

Kakao-Würfel „Sarotti“ 5 Pfg. überall zu haben.

Willy Knobe, Rixdorf. Koble, W., Rixdorf.

Kramer, Rich., Rixdorf. Kuhn, Oswald, Rixdorf.

Lange, H., Rixdorf. Lips, Chamissoplatz 8.

Loos, L., Rixdorf. Max Moschel, Rixdorf.

Paul Mulack, Rixdorf. Müller, H., Rixdorf.

Müller, H., Rixdorf. Müller, H., Rixdorf.

Müller, H., Rixdorf. Müller, H., Rixdorf.

Müller, H., Rixdorf. Müller, H., Rixdorf.

Müller, H., Rixdorf. Müller, H., Rixdorf.

Müller, H., Rixdorf. Müller, H., Rixdorf.

Müller, H., Rixdorf. Müller, H., Rixdorf.

Müller, H., Rixdorf. Müller, H., Rixdorf.

Müller, H., Rixdorf. Müller, H., Rixdorf.

Müller, H., Rixdorf. Müller, H., Rixdorf.

Müller, H., Rixdorf. Müller, H., Rixdorf.

Müller, H., Rixdorf. Müller, H., Rixdorf.

Müller, H., Rixdorf. Müller, H., Rixdorf.

Müller, H., Rixdorf. Müller, H., Rixdorf.

Müller, H., Rixdorf. Müller, H., Rixdorf.

Lehranstalten
Zuschneide-Schule des
Deutsch. Zuschneider-
Verbandes, e. V., BERLIN,
Mauerstr. 88/89, T. 13401.
Rudolf Maurer
Friedrichstr. 52a, Ecke Mohrenstr.
Strahlendorffs
Handel-Akademie.
Beuthstr. 10 u. 11, I., II., III. Etage
Größtes Institut Berlins
Ausführl. Lehrpläne umsonst.
Linoleum u. Wachs.
Haase
Rixdorfer Linoleum
Rixdorf, Bergstr. 22.
Häntsch
Weißensee, Berlin-
Allee 229, Tapeten.
Rausch, Rich.
Linoleum-
Fabrik-
Niederlage Warschauerstr. 5
Manufakturwaren
Grünberg Nachf. M.
Potersb.-Str. 29
Modewaren
Mohlhandlungen
W. Bachmann, Charl., Schlegelstr. 15.
Bethge, Georg,
Muska-
straße 44.
Rixd., Elbest. 33, Kais.-Friedr.-Str. 64
Wasserstr. 189, Friedländerstr. 23
Trepdor, Grätz-Str. 64.
Bordach, G. H., Kais.-Friedr.-Str. 39
C. Basse, Reinickendorferstr. 29.
J. Conrad, Rheinsbergerstr. 44.
Bernhard Danne, Kastanienstr. 54-51.
C. E. Fink, N. Fankstr. 92.
Prese, Ernst
Geschäfte
im SO.
Gaage, Otto
Charlotten-
burg.
Paul Gaage, Spandau.
Emil Gürke, Weidengasse 124-125
Grünerweg 33, Ackerb. 514-519-520
Mehl-u. Kolonialw.
Jos. Hauke
Bergmannstr. 175
Heerms, H. R., Hermannstr. 25.
Heinrich, R.
Bergmannstr. 59/60,
Bergstr. 144,
Kais.-Friedr.-Str. 124/6
Karl Hahn, Scherzstr. 3.
Korn, Hugo
Wrangel-
Str. 117.
A. Kobbelt
Kastanienstr. 129, T. A. Nord 8363
E. Krüger, Schöneb., Hauptstr. 153
E. Kunze, Charl., Knobelsd.-Str. 16
Lenz & Jagmann, Winsstr. 53,
Poennerstr. 15, Straßauer-Allee 15
Lüdke, H., Fruchtstr. 67.
Gus. Meyer, Reih.-Str. 19, Wilk.-Str. 1.
C. Neugebauer Ober-Schöne-
weide
Carmen-
Silvastr. 155
Otto Nowack Nachf. Spandau.

F. Pflingmacher, Colonnenstr. 48.
Greifswalderstr. 11.
Jul. Pöner
via via Lippenber-
Münsterstr. 17.
Steinmetzstr. 17.
Marianenstr. 14.
Markth. Markthausstr.
Markth. Dorotheenpl.
Schneider, Emil
Reichen-
bergerstr. 26
Walter Seldel, Bunsenstr. 26.
Thiele, Nachf., Prinzenstr. 10.
H. Wendler, Reinickendorferstr. 24
Reinhold Werner, Tegel, Trebbowstr. 29.
B. Zyczynski, Kl. Panierstr. 59.
Möbelmagazine
Gustav Böse
Tischlermeister, Luisen-
Ufer 22, am Oranienplatz.
Berliner
Nordend
Javallostr. 129 u.
Dachne, F. R., Neue Jonasstr. 36.
A. Dohmann, Stromstr. 44.
Wilh. Gabbert, Brunnen-
str. 162.
Geppert, Paul, Zossenstr. 22.
Gericke, Fritz, Müllerstr. 145.
Glaiser, A., Alexand-
erstr. 42.
H. Geber, Möbel-Fabrik,
Grill, Reinickendorfer, Schwarzestr. 15.
Stallschreiberstr. 57,
Bar- und Teilschlung,
Verkauf i. Fabrikgeb.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 139.
König, A., Kl., Berlinstr. 102.
Herm. Kogel
Hermannstr. 12.
Küchenmöbel
Berliner Küchennöbel-Fabrik
Neue Königstr. 51-52, T. VII 4746
Lüdecke, Kottbuscher 83/85
Lange, Max
a. d. Kast. Allee 1.
Lazarus, Petersburger Str. 62.
Lüdecke, R. R., Bergstr. 4.
Misch
Hegmann-
Damm
Dresd.-Str. 119
Hugo Moh, W. 57, Fiedlerstr. 37c.
Rebsch, E., Spandau.
C. Reiber Nachf., Veteranenstr. 21.
Emil Ruffler
Tischler-Innungmeister
Prinzenstr. 24.
Schmidt, Otto
Möbel-Fabrik
Gartenstr. 52.
Rob. Seelisch, Möbel-
Fabrik
Berlin 9, Rigastr. 71/72a. Spezialität:
Kleins- u. mittleres Wohngebietsmöbel.
Siebeky, W., Gneisenaustr. 159
A. Schuster, Ob. Schöne-
weide, Eisenstr. 58
Wilhelm Slotawa
Turmstr. 81, Waldenserstr. 34

Schwank, Rixd., Hermannstr. 229
eig. Tischlerei u. Tapezierwerkst.
Wendland, Ernst
Bismarck-
Str. 121.
Möbelfabrik - Bar- u. Teilschl.
Herm. Wendland
Reinickend.-
Straße 114.
Jos. Werner
Charlottenburg
Scharrenstr. 10.
Möbel-Transport
Robert Frenzel, Wippenkerstr. 192.
Krüger, Rixd., Hermannstr. 254, T. 518.
J. Lange
Billigste Preisberechnung.
Paul Schur, G. M. H. Dirscherstr. 82
Molkereien
Molkerlei „Nord-West“
Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96.
Milchkuranstalt
am Viktoriapark
Kreuzbergstr. 27-28, T. A. VI. 1070
Kinder- und Kurlmilch.
Milch Schmidt
Rixdorf
Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96.
„Schweizerhof“,
Meiseler und Milchkuranstalt.
Emdener Str. 45, u. Tel. U. 2565.
Musikalien
Niemeser, Brückstr. 8, Kippenkerstr. 76
Scholz
Frankfurter-Allee 73 b
Frankl.-Chaussee 115.
Musikinstrumente
Braun, Emil
Kastanien-
Allee 14.
Kirst, Rich., Brunnenstr. 45.
Plato & Co., Köpenickerstr. 195/8.
Lorenz Rahmel, Oranienstr. 181
Lorbeer, Müllerstr. 14.
Musik-Haus
Größtes Spezialgeschäft der
Branche. Spittelmarkt 14a.
Reetz, Spandau, Havelstr. 21.
Schötko, Otto, Kl., Richardstr. 115.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26.
Hermannstr. 177.
Ferra
Kottbuscher Damm 23.
Pfaff
bestes deutsches Fabrikat
Tischhauer, Spandau.
Littauer, Veit, Wilke,
Kl., Berlinstr. 84,
Hermannstr. 50/50.
Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.
Afrans-Nähmaschinen
G. A. Hüter, Andreasstr. 79, Fiedlerstr. 19
37, Spandau, Schwabestr. 19

Optiker
Bardorf, Mohr, Turmstr. 74.
Dase, Paul, N. Müllerstr. 174.
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Heuser, Gollnowstr. 18. Esselhof.
Schubert, Carl, Kl., Bergstr. 148.
Wienstraß, Spandau, Fiedlerstr. 19.
Papier- u. Schreibw.
O. Frochnow, Kl., Hermannstr. 49.
Seldler, Louis, Kl., Bergstr. 42.
Pfundelohon
Rixd., Pfandleihe
Rixdorf 58
Spezialgeschäft, Hochmodernes
Herzogenbrunn, Schmucksch. etc.
E. Kron, Köpenickerstr. 55a, L.
Lange, Wippenkerstr. 51, Billiger Verkauf.
Schmidt, Fennstr. 3
E. Senfleben, Kottb.-Damm 25, 1.
Phot. App.-rate, Bedfart.
Dugo Schulz Müllerstr. 169 a
Proj.-Ap. Kinoo A. E. A. 57, T. H. 1959
Zaremba, Weidengasse 1, T. H. 8832.
Putz- u. Modewaren
M. Haase
Rixdorf, Bergstr. 1
Putzgeschäft
Spezialhaus
34 Hermann-Str. 34
L. Damenhüte.
Peters
Spezialha. I. Damenhüte
L. Frankt.-Chaus. 192 a
L. d. Konsumgenossenschaft
Schmalinski, Kl., Bergstr. 141, Fiedl., Fiedl.
Puppen
P. R. Zierow, Schönhauser
Allee 179.
Reiterhandlungen
Luise-Frümel, Greifswalderstr. 199.
Carl Joch, NO, Pallasstr. 97.
Pauline Preisling, Reichenkerstr. 121,
Berth. Schreiber, Sess. Köpstr. 35.
Schuhwaren, Schuhm.
Ernst Adam, Friedrichshagen.
Anhalt, E., Andreasstr. 12.
Baumgart, H., Mantelhofstr. 28.
Bayenbach, Trebbowstr. 18, 1. u. 2.
Hans Bry
Rumburg, Mozartstr. 3.
Damaschke, Invalidenstr. 144.
J. Denzlig Nchf., Chaussee 26.
Eilers, Anhaltstr. 4, Lindenstr. 112.
Engel, W., Reinickendorferstr. 59
Osk. Engler, Silesienstr. 43.
Osw. Fabian, Kippenkerstr. 10.
Fier, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowicz, Verkerstr. 53 (14), Lab.
Otto Grätzke, Chaussee 12u. 67.
Goldmann, Spandau, Schönwalderstr. 54.
Heinrich Johann, Petersb.-Str. 36.
H. Jetzlaff, Badstr. 34.
Fabrikmarke
für haltbarste
Flasche und
Pantoffeln.
Kn
F. Lange, Nowawes, Friesenstr. 29

Herm. Körner, Cöpenick.
G. Kramer, Wilm., Berlinstr. 121.
Fiedr. A. Lange, Landsbergerstr. 65.
Paul Lehmann, Friedrichshagen.
Ernst Müller, Teplitzstr. 59.
Nehring, Charl., Kais.-Allee 90.
C. Neumann, Falkensteinerstr. 37.
Peterson, Osk., Müllerstr. 155.
Piaumann, Jagowstr. 20, 54.
Reetz, Max
Spandau, Schön-
walderstr. 12.
G. Rechenberg, Schöneb., Alexanderstr. 4.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 3.
Schuhwarenhaus des Westens
Terz.
Schwensenzer, Turmstraße 48.
Alb. Seeger, W., Lortzingstr. 6
Sommer, Wilh., N. Schlab.-Allee 43.
A. Trettin, Friedrichshagen, Fiedlerstr. 23.
Witt, Spand., Neuenfelderstr. 29.
Schirme u. Stöcke
Girod, F., Potsd. Str. 19.
Herrmann, L., Chaussee 5, Egl. Fabrikale.
Johannes Rixdorf, Kais.-Friedr.-Str. 19
H. Lerche, Schöneb., Kollnsee-Str. 62
A. Rieke, Badstr. 11. Billigste billigste
Herm. Rosenk., W. Mantelestr. 4.
G. Schluensker, Warschauerstr. 86.
Seifen
Gustav Gumbal, Kantstr. 64.
Heidke, Paul, Burgardstr. 12.
Toppiche u. Gardinen
J. A. Schulz
Weinberg-
Weg 10 I.
Trauer-Magazin
Westmann
Mohrenstr. 37 a, Or. Frkf. Str. 115.
Uhren u. Goldwaren
Oscar Aldag, Charl., Krummest. 29.
J. Behrendt, Wrangelstr. 53.
Otto Brauer, Müllerstr. 164.
Charlottenburg
Spandauerstr. 22
Kl. Hirsch, Fr. 29
Max Laermann, Charl., Nollstr. 15.
Brüggenmann, Reinickendorferstr. 94.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
Max Busse
Brunnenstr.
175/177.
W. Eiselt, Charl., Wilmersdorferstr. 111.
Eilinghausen, Gebr., Grötzweg 44.
Fenske, S., Kottbuscherdamm 96
P. Fischer, SO., Michaelkirchstr. 5
J. Gebhardt
Charlottenburg,
Berlinstr. 121.
George Adolph, Badstr. 65.
Ernst Gräber, Brunnenstr. 78.
Hilber, W., 17, Lief. 4.
M. Grappner
Kassau-Gas, Berlin u. U.
H. Kammer, Charl., Krummest. 29
M. Kariel
Brunnenstr.
118.
Kniebusch, W., Frft. Chaussee 61
E. Knuth, Bahagen, Seestegstr. 3
R. Lechtermann, Dreye-E-Wilmskerstr.
Lohmann, Alb., Frankl. Allee 40.
Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 23.
Lüders, H., Schöneb.,
Kollnsee-Str. 51.
Nolte, K., Simon-Dachstr. 19.

Rudolf Plunz, Brunnenstr. 112.
Runnenstr. 81
Müllerstr. 1a.
Quitzow, Joh., Schöneb.,
Hauptstr. 164.
Carl Schlewinsky, Köpenickerstr. 4.
R. Schmelz,
Bergstr. 123.
Willy Schmidt, Fiedlerstr. 149.
Gustav Scholz
Schöneb.,
Hauptstr. 152.
Schönemann, G. H., Berl.-Str. 73.
F. Schönwig, Berl. O., Gusslerstr. 37
W. Schulz, Schöneb., Neue Bahnhofsstr. 32
Schumacher, O., Tegel, Berl.-Str. 64.
Schulz, Osw., Frankl. Allee 24.
Guat. Schoder, Oranienstr. 155-56.
W. Stendel
Swinemünderstr. 86
Ecke Lortzingstr.
Max Storch, Eibingerstr. 100.
M. Tomechna Nchf., Brückenstr. 16.
Paul Treuk, Charl., Spand.-Str. 32.
A. Trenner, Wilhelmstr., Hauptstr. 12.
Truxa, W., Frankl. Allee 189.
Uhren- u. Goldwaren-Industrie
Berlin 220, Lindenstr. 16. Beste
direkt. Bezugsquelle! Katalog gratis.
Versand nach außerhalb, billige Preise.
R. Weise, Nowawes, Friesenstr. 74.
Wittig, Ad., Berlinstr. 44.
Zabel Nchf., Charl., Berlinstr. 118.
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-
Sterbekassenversicherung.
straße 2.
„Friedrich Wilhelm“
Berlin WS, Behrenstr. 58-61
Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeitsversicherung.
Mit u. ohne ärztl. Untersuchung.
Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge.
Iduna zu Halle a. S.
Berlin, Charlottenstr. 89
Volks- und Lebensversicherung.
Warenhäuser
Warenhaus M. Hirsch
Spandau
Wilh. Herm. Lesser
Kleiststr. 44, Schöneb., Kleiststr. 54
Bei jedem Einkauf Rabatt.
Weine, Liköre u. Fruchtsäfte
Hugo Selig
60 Filialen in allen Stadtteilen.
Bettinger, E., Wald-Isle, Winklerstr.
Eile m. Weyl, Lützowstr., Gertrichstr. 16.
Groß, Zur Sonne, P. Freudenberg,
Martia, Bruno, Kl., Hermannstr. 5.
Ignatz Sello
Brunnenstr. 16
Filialen.
Einzelverk. u. Engr.-Preis

Conrad Großdestillation
Oranienstr. 207.
Waschmittel
Verlangen Sie
„Edelweiß“
Krone aller Waschmittel.
Weiß-, Wollw., Trikot.
Abischer, Gust., Chorinstr. 16.
H. Barts, Schönhauser Allee 107.
Bredow, Otto, Kl., Hermannstr. 56
M. Gardels
Bunsenstr. 76
Taugrobenstr. 19
Georgi, Ernst
Kraut
Str. 51a.
Hoffmann, Carmen Sylvastr. 8
Hoppe, E., Schornweberstr. 52.
Lortzingstr. 8.
Julius John
Dankstr. 1.
Jonas, Hermann
Kastrin-Pl.
Lützowstr. 11.
Juncker, H.
Rixdorf,
Hermannstr. 172.
Carl Klein, Höchststr. 16, N.O. 38.
Robert Kutsche, Gubenerstr. 56.
Kriebel, Schöneb., Leuthenstr. 6
A. Kessler, Caprivistr. 8.
Ch. Loewy, Rixdorf, Bergstr. 52/53
via-a-via der Kirche.
Meyer, Hermann, 12, (Arbeiterwohn-
Nachmann, Müllerstr. 131a, Kass.-Lief.
Fr. Ollwetaki, Alle Jakobstr. 127.
Schaefer,
Husenstr.
43.
M. Schaefer
S.W. Hollmannstr. 43
W. Massenstr. 17.
Schrom, Lina, Kirchstr. 31.
Otto Seelach, Kochstr. 8.
Hermann Meyer, Schützenstr. 11.
J. Stein Reinickendf., W. Schornweberstr. 116.
Ad. Schäfer Nchf.
SO. Admiralstr. 4.
L. Schneider, Weberstr. 61.
Eliasbethkirchstr. 13
A. Tschape
Wische, Kottbuscherdamm.
Thurau, O., Charl., Cauerstr. 14
L. Vierarm, Zionskirchstr. 24.
E. Voigt, Reinickendorfer, Anzeigerstr. 101.
Urbanstr.
Wild u. Geflügel
C. Dittmann
Rixdorf,
Berlinstr. 43.
P. Hildebrandt
Brunnen-
straße 123.
Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19.
Zastrow, Luisenberger-Allee 47, Fische.
Zahn-Atelier
E. Bude, N. Schönhauser Allee 43, I.
Hollbruch, Herm., Fackelstr. 5, 1. u. 2.
Herold, H., Eisenstr. 97, a. Kollnsee-Pl.
Jordan, Alfr., Fennstr. 61, 1. u. 2.
Muskastr. 16
Ecke Kollnsee-Platz.
Witte, Max

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 fettgedruckte
Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen
5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte
mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Hermann Blasius 6. Vandalienhaus.
Jedermanns allerbilligster Waren-
einkauf. Kleinstauswahl Belgischen.
Herrenpaletots. Juchelanzüge. Geb-
rodanzüge. Herrenbohlen. Damen-
schößen. Extrabiliger Bekleidungs-
aussteuerbesten. Vermietungsbett.
Kuchentischmöbel. Bettmöbel. Reich-
haltige Gardinenauswahl. Portieren.
Tischdecken. Tischdecken.
Eteppdecken. Bandbühnen. Band-
bilder. Schmuckkästen. Tischdecken.
Kettensamml. Ringensamml. Fell-
gehefte. Warenverkauf ebenfalls
Sonntags. +50*
Vorwärtsleiter erhalten zum
Prozent Extrarabatt, selbst bei Ge-
legenheitskäufen. Teppich-Thomas,
Oranienstr. 160, Oranienplatz,
Nollatenstr. 54. 9263*
Herberten. Stand 10,00, 15,00,
25,00, feinste Brautbetten. Wäsche.
Winterpaletots, Decken. Vandalien-
haus, Rixd., Fiedlerstr. 7. 9048*
Teppiche! (lederhafte) in allen
Größen, fast für die Hälfte des Wertes
Tischdecken. Braun. Gedeckter
Markt 4. Bahndorf. Diele. (Teiler des
Vorwärts) Sonntag geöffnet!
Waffen zu Preis Unverändert und
Eigenschaften. Die ganze Welt
Bestell. Preis 75 Pf. billige Angabe
30 Pf. Expedition Lindenstr. 69
Laden.
Wiederanzüge und Winter-
paletots von 5 Mark tolle Kosten
von 1,50, Wederanzüge von 12,00,
Stoff von 2,50, sowie für tormentale
Manteln. Neue Wintermode zu Hause
billigen Preisen, aus Vandalien per-
sonelle Sachen kaufst man am billigsten
bei Nollatenstr. 14.
Wiederanzüge, Paletots, große
Kostbar, speziell für Karle Figuren
sowie elegante neue Wintermode.
30 Prozent billiger wie im Laden.
direkt vom Schneidermeister Färber-
ger, Rosenblatterstr. 10
Wagenglampen 7,00, Gasmel-
schlöcher 3,50, Wollentherm. 32
Grundbesitzer der Politik, von
Friedrich Stämpfer, Gebunden 3 Pf.
Buchhandlung Vorwärts, Linden-
str. 69 (Laden).

Leihhaus „Brunnen“ und Ver-
kaufsgeschäft. Alles (pottdillig): Betten,
Stand 9, mit 2 Kissen 10,-
Brunnenstraße 118, Ecke Medomstraße
Teppiche (Herdenblet), Stepp-
decken, Gardinen, Tischdecken, Tisch-
decken, Ledergardinen, Sofa-
betts, Kofferte (pottdillig) Fabriklager
Ramerhof, Große Frankfurterstraße 9
Küretungsg. Vorwärtsleiter zum
Prozent Sonntag geöffnet. 24888*
Geschäftsverkäufe.
Zellengeschäft, Emaille, Porzellan,
Kupferartikel und Rolle nach
Inventar-Nachnahme zu verkaufen,
Kollern-Augusta-Allee 40. +83
Definition, Todesfall meiner
Frau, gerabellter Schuldb., gute Er-
werbsquelle, sofort veräußert, Er-
forderlich 1000 Mark. Brauerstraße,
Reitenloferstraße 34. +58*
Zellengeschäft mit schöner Woh-
nung, Wippenkerstr. 26. +53
Kohlengeschäft, gutgehend, fran-
kreichsüber sofort zu verkaufen,
Kollern-Augusta-Allee 40. +83
Möbel.
Möbel, Lechner, Brunnenstr. 7,
großes Polsterbater Tor und In-
validenstraße. Kleinstauswahl in
Möbeln jeder Art. Billige Preise
aus Kredit und gegen bar. Kleine
Anzahlung, bequeme Abzahlung.
Kleiner auch nach auswärts. Vorzeiger
dieses Interests erhält bei Kauf
5 Mark gutgeschrieben. Sonntag
von 12-2 geöffnet.
Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner
Anzahlung geben Tischplatten und
einzelne Stücke aus Kredit unter
ausgezeichneten Bedingungen, aus Waren
aller Art. Der ganze Laden läuft bei
uns. Kreditmann u. Co., Kollern-
straße 4. (Einkaufs- u. Bahndorf.)
Arbeiter-Wohnverhältnisse. Für
jedermann leicht erreichbar, sehr billig
auch gebrauchte Möbel, gut erhalten,
große Auswahl, Teilzahlung, ganz
gehaltet. Kleinstpreis Sonderzahlung.
Keine Anzahlung, bequeme Abzah-
lung nach Wunsch der Käufer.
Wobert Tischlermeister, Kollern-
straße 54.
Metallbetten, zwei, modern,
pottdillig, veräußert,
Kollern-
straße 10, Gutgeschäft. 17/14*

Möbelangebot.
Vorteilhafteste
Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer
Warenlager. Einzelmöbel, komplette
Einrichtungen, schlichteste, eleganteste
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herren-
zimmer, Kleinstauswahl, 5 Etagen.
Kleinstauswahl, Neue Königstr. 5-6,
Teilzahlung gestattet. Sonntag ge-
öffnet.
Verkauflich: Modernes Wohn-
zimmer, Schlafzimmer, aparte Küche-
einrichtung. (Händler zweifelslos!)
Elegantes Bildstufen, Umbau, Herren-
schreibtisch, Einleideschrank, Englisch-
bänke, Chaiselongue, Trueme, Bracht-
mandbilder, Gasstove, verschiedene
Königsbergerstraße 11, vorn I rechts,
bei Fischer. 20/2
Möbelkäufer kaufen Möbel,
englische nachdem Bettstellen mit
Matratzen 55,-, Schränke mit Spiegel
55,- und billiger, moderne Küchen,
7 teilig, 60,-, ganze Einrichtungen,
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herren-
zimmer zu jedem annehmbaren Preis,
auch gegen leichte Zahlungsbedin-
gungen ohne Kausloß. Kein Ab-
zahlungsgeschäft, nur billige Gelegen-
heitskäufe. Möbel-Zentrale Chaussee-
straße 123. Sonntag von 12-2
geöffnet. 29453*
Musikinstrumente.
Kuhbaumpianino, gebraucht,
300,-, zu verkaufen. Kollern,
Waldenstraße 31. 19/13*
Pianos, gebrauchte, von 125,00
an. Wollenslebenstraße 13 I. 6838
Schweckelpianino, neuerhalten,
hoch, 225,-, Krüger, Fiedlerstraße 2
(Königsstr.). 213/4
Piano, Doppelerantente Plele-
instrument, hochfein, letztere, sofortiger
Gelegenheitsverkauf. Verwalter Hart-
wig, Rixdorf, Neuterstraße 85. 20/3
Bilder.
Neue Inventarpreise, nur bis
15. Februar, erregen allgemeines
Aufsehen, und bitte ganz besonders
zu beachten Bilder-Dogdan, Wein-
meisterstraße 2. 9128*
Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
modern, gut erhalten, sofort ganz
billig. Große Frankfurterstraße 14, bei
Keller. 16/18*

Kaufgesuche.
Platinabfälle, Silberabfälle, Rüd-
fände, Zahngelbte, Quecksilber, Re-
torte höchstehend, Goldschmelze
Kleber, Adrenalinstraße 20a (gegen-
über Mantelhofstraße). 29458
Zahngelbte, Zahn bis 1 Mark,
Goldschmelze, Stanniol, höchstehend.
Robn, Neue Königstraße 76. 213/3*
Platina, alte Goldschmelze, Buch-
gold, Silber, Gelbfarbe, sowie sämtliche
gold-, silber-, platinhaltige Rüd-
fände kauft Edelmetallhändler,
Schelldammstr. 29, Telefon Rixd. 9958. *
Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold-
Silber, Zahngelbte, Stanniol, Queck-
silber kauft Blümel, Auguststraße 19.
Unterricht.
Unterricht in der englischen
Sprache für Anfänger und Fort-
geschrittene, einzeln oder im Zirkel,
wird englischer Unterricht erteilt.
Kauf werden Ueberzeugungen an-
genommen. O. Swienty - Wiedmich
Charlottenburg, Stutigartenplatz 9
Gartenhaus III. 448*
Verschiedenes.
Kunsthoferei von Frau Kolodtz
Schlachterstr. Rixd. 8 III.
Farrantwals Müller, Wilmers-
str. 81. 24398*
Varenantwals Dessel, Wilmers-
str. 94a.
Friedrich-Wilhelm General-
agentur-Bücherei, O. 112, Woll-
straße 24 (Frankfurter Allee), Lebens-
versicherung, Etzelbelle, Kinder-
versicherung, Aufnahme bis 60 Lebens-
jahr. Steuer abzugsfähig. 9288*
Ehrenerkennung. Die Beileidigung
gegen Familie Köhler, Edönerberg,
Bahnhofstr. 34, nehme ich mit Be-
dauern zum Abschied. Ferdinand Köhler,
Friedrichstraße 28.
finden noch in und außer dem Hause dauernde Beschäftigung bei
höchsten Löhnen.

Wohnungen.
Laden, groß und hell, mit Woh-
nung, für jedes Geschäft passend, per
1. April 1912 preiswert zu vermieten.
Grammstr., Hansburgstraße 23. 8988*
Wohnungen.
Billige, freundliche, kleine Woh-
nungen, Herzbergstraße 125/127.
Stube und Küche zu vermieten
Gubenerstraße 5. 28006*
Vaterenstraße 20, Vorderhaus,
abgeschlossene Zweizimmer-41,-,
Hinterhaus Einzimmer-Wohnungen
25,-. 27885*
2 Stuben, Küche, Vorgarten be-
sichtigungswürdig, 26 Mark, per
1. April zu vermieten. Weitemer,
Wärthstraße 16. +104*
2 große Stuben, Küche, Korridor
vermietbar Wollenslebenstraße 11a.
Schlafstellen.
Saubere möblierte Schlafstelle,
1 oder 2 Herren, Frau Bernhard,
Waldenstraße 65. +6
Mietgesuche.
Jünger Mann sucht per sofort ein
alleiniges möbliertes Zimmer in Rix-
dorf bis 18,- mit Bedienung. Paul
Torch, Panierstraße 16. +68
Stellenangebote.
Auschnieder, geübte, auf Ver-
mittlung verlangt Großstadt, Kottbus-
damm 25. 28436
Kaufmännische, Kaffler, für ganzen
Tag gegen 12 Mark Lohn, Kleidung
und Tringelber gelocht. Goldstein,
Herrenmoden, Fockstraße 51. 9078
Strohputz-Räberinnen, Affordlohn
bis 70 Mark wöchentlich, auch Damen-
kutschfabrik, Michaelkirchstraße 15.
Zeitungsfrauen sofort verlangt
Blücherstraße 69. 19/17*
Frauen, Arbeiterin, Zusammen-
legerin, Stepperin, nur geübte,
Dybbö, Reußstr., Fockstraße 7. +53

Arbeitsmarkt.
Achtung! Mützenmacher.
Begen Lohnbedingungen
sind die Mützenfabriken
G. A. Hoffmann, Oranien-
straße 33,
G. A. Hoffmann, Urbanstr. 67,
Adolf Winter, Wollensstr. 10,
Adolf Winter, Reubelstr. 9,
Lachmann & Pinkus, Woll-
straße 11/12,
Gustav Kahlow, Rixd.,
Fockstraße 21,
Emil Schebeler, Fockstr.
Allee 36,
Gelpert, 10/11*
Zugung # streng fernzuhalten!
Deutscher Räderverband,
Filiale Berlin.

Warenhäuser
Warenhaus M. Hirsch
Spandau
Wilh. Herm. Lesser
Kleiststr. 44, Schöneb., Kleiststr. 54
Bei jedem Einkauf Rabatt.
Weine, Liköre u. Fruchtsäfte
Hugo Selig
60 Filialen in allen Stadtteilen.
Bettinger, E., Wald-Isle, Winklerstr.
Eile m. Weyl, Lützowstr., Gertrichstr. 16.
Groß, Zur Sonne, P. Freudenberg,
Martia, Bruno, Kl., Hermannstr. 5.
Ignatz Sello
Brunnenstr. 16
Filialen.
Einzelverk. u. Engr.-Preis

Über 100 geübte
Oberhemden-Näherinnen
Reformwäsche-Fabrik,
Michaelkirchstraße 20.
Verantwortlicher Redakteur: Albert Wahn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Steglich. Am Freitag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Schellhale, Ahornstr. 15a: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über den Reichstagswahlkampf am Orte. 2. Die Gemeinderatswahl und Aufstellung des Kandidaten. 3. Rassenbericht vom II. Quartal 1911/12. 4. Wahlen zur Verbands- und Kreisgeneralversammlung. 5. Verschiedenes.

Groß-Nichtersfelde. Heute, Mittwoch, den 7. Februar, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn E. Richter, Chausseest. 104: Große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Unsere neue Aufgaben. Referent: Genosse Dr. Jul. Rofes, Berlin. Sorge jeder für guten Besuch der Versammlung.

Wiesdorf. Heute, abends 8 1/2 Uhr: Jahrlabend bei Gustav Berlin. Margardener Str. 24. Die Bezirksleitung.

Friedrichsfelde. Donnerstagabend von 7 Uhr ab von den Bezirkslokalen aus wichtige Flugblattverbreitung. Sonntag Hausagitation. Außerdem treffen sich die Teilnehmer an der Landagitation früh 7 Uhr bei Brunk.

Stralau. Am Donnerstag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, in der „Verte“, Alt-Siralau 21: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht der Funktionäre. 3. Diskussion. 4. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl. 5. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Geburten und Sterbefälle in Berlin.

Die Verminderung der Geburten hat in Berlin im Jahre 1911 sich weiter fortgesetzt. Werden die Totgeburten mitgezählt, so ergeben sich für 1911 nur 44 481 Geburten, während die fünf vorhergehenden Jahre von 1910 bis 1906 noch 45 947, 47 728, 51 056, 52 908, 53 393 Geburten gebracht hatten. Von 1906 bis 1911 sank die jährliche Geburtenzahl von 53 393 auf 44 481, das heißt um ein volles Sechstel der damaligen Zahl. Die Vergleichung mit der Durchschnittszahl der Einwohner zeigt, daß im Jahre 1911 auf je 1000 Einwohner nur noch 21,48 Geburten kamen, nachdem schon in dem Jahr fünfzig 1906 bis 1910 die Geburtenziffer in unanhaltender Abwärtsbewegung sich auf nur 25,97, 25,56, 24,78, 23,28, 22,31 pro 1000 Einwohner der betreffenden Jahre gestellt hatte. Die Differenz zwischen 1911 und 1906 tritt hier noch auffälliger hervor.

Die Sterbefälle hatten sich im letzten Jahre gleichfalls vermindert, allerdings nicht in demselben Maße wie die Geburten. Im Jahre 1911 aber ist es wieder zu einer Vermehrung der Sterbefälle gekommen, hauptsächlich infolge der durch die Sommerhitze herbeigeführten Erhöhung der Kindersterblichkeit. Werden auch hier die Totgeburten als Sterbefälle mitgezählt, so haben wir für 1911 die beträchtliche Zahl von 33 945 Sterbefällen, gegenüber 31 917, 33 617, 34 259, 34 277, 34 587 Sterbefällen aus den fünf Jahren von 1910 zurück bis 1906. Im dem Jahr fünfzig 1906 bis 1910 sank die Sterbeziffer zunächst wenig und dann in 1910 beträchtlich: auf je 1000 Einwohner starben 16,82, 16,56, 16,63, 16,89, 15,50 Personen. In 1911 aber stellte sich die Sterbeziffer plötzlich wieder auf 16,88 pro 1000 Einwohner.

Der Ueberschuss der Geburten über die Sterbefälle war infolgedessen 1911 ganz ungewöhnlich gering. Nachdem schon die fünf Jahre 1906 bis 1910 mit ihren Ueberschüssen von nur 18 806, 18 631, 16 797, 14 111, 14 030 Geburten eine ziemlich scharfe Abwärtsbewegung gezeigt hatten, ist in 1911 der Geburtenüberschuss plötzlich auf nur noch 10 536 zusammengeschrunken. Pro 1000 Einwohner berechnen sich die Geburtenüberschüsse für 1906 bis 1910 auf 9,15, 9,00, 8,15, 6,89, 6,81 und nun für 1911 auf nur 5,10. Bei weiterer Andauer des Rückganges der Geburtenziffer erleben wir es vielleicht in nicht zu ferner Zeit, daß einmal in einem Jahre mit wieder ungewöhnlich vielen Sterbefällen gar kein Geburtenüberschuss mehr bleibt.

Eine seltsame Verkehrsanstalt betreibt die Firma Weder u. Co., die unter Mithilfe der an der Strecke gelegenen Gemeinden die Reinickendorf-Liebenwalde-Großschönebecker Eisenbahn erbaut und auch betreibt. Wiederholt konnten wir von wunderlichen Tarifverhältnissen berichten. Auch über die mangelhafte Bewandlung der Bahnübergänge wurde lebhaftes Klage geführt; sind doch wiederholt Unglücksfälle beim Ueberschreiten der Gleise auf dieses Konto zu buchen. Alle Versuche diesen Betrieb zu modernisieren, eine dem Verkehr entsprechende Zugfolge zu erreichen, und vor allem den geradezu ungeheuerlichen Fahrpreistatistik zu ermäßigen, scheiterten an dem Starrsinn der Besitzerin der Bahn. Wie wenig sie aber glaubt auf die Interessen ihrer Fahrgäste Rücksicht nehmen zu brauchen, lehrt die diesjährige Aufstellung des Sommerfahrplans. Vor einigen Jahren mußte die Betriebsleitung auf Drängen der Interessenten die Verlegung eines nachmittags 1 Uhr den Bahnhof Reinickendorf verlassenden Zuges auf 1,49 Uhr bewilligen. Es wurde dadurch erreicht, daß Kinder, die die Berliner Schulen besuchen, zur Rückfahrt diesen Zug benutzen konnten. Zur allgemeinen Ueberzeugung aller Interessenten ist jedoch in diesem Jahre bei der Neuherstellung des Fahrplanes die Rückverlegung des Zuges auf die frühere Abfahrtszeit vorgeesehen worden; so daß die Schüler erst den um etwa 2 Stunden später fahrenden Zug benutzen können. Und dies ist auch der beabsichtigte Zweck. Die Firma Weder u. Co. ist nämlich Terrainbesitzerin in Wandlitz. Eine von ihr dort errichtete höhere Schule fehlt es an Schülern, sie kann nicht leben und nicht sterben. Da sollen ihr nun durch diese famose Fahrplanpolitik Schüler zwangsweise zugeführt werden. Hier ist der Punkt erreicht an dem der Privatbesitz an den Verkehrsmitteln beginnt gemeingefährlich zu werden. Gegen diesen völlig unzulässigen Zwang sollten sich alle Interessenten aufs lebhafteste wehren; denn der Tarif bedarf zu seiner Gültigkeit der Genehmigung des Eisenbahnpräsidenten. — Verwunderlich nach dem Vorgelegten ist es freilich dann auch nicht, daß die Gesellschaft im verflochtenen Jahre mit Unterbilanz gearbeitet haben will; und daher nach ihrer eigenen Mitteilung am 1. April 1912 den Betrieb gänzlich einstellen will. Den Fahrgästen kann's nur recht sein — denn schlechter wie jetzt kann wohl kaum noch werden.

Befestigung des Stadthaus. Für die Befestigung des nach den Entwürfen von Ludwig Hoffmann in den Jahren 1902—1911 erbauten neuen Stadthauses sind folgende Anordnungen getroffen: Die Stadthaus mit dem von dem Oldbauer Wela geschaffenen Wägen kann täglich außer Sonntags von 11—3 Uhr besichtigt werden. Der Eintritt ist frei. Die Befestigung des Turmes, bis zu dessen oberstem Wehdeck ein Fahrstuhl führt, kann in der gleichen Zeit erfolgen. Es wird für die Befestigung ein Eintrittsgeld von 20 Pf.

für die Person erhoben; doch ist Montags und Donnerstags der Zutritt frei. Die Einlaßkarten sind beim Pförtner am Eingang Lindenstraße zu erhalten.

Die Gastwirtschaft unter Polizeiaufsicht, über deren ständige Bewachung durch Schupleute wir im Januar berichteten, erweist sich noch immer derselben Aufmerksamkeit seitens der Polizei. Es handelt sich, wie noch erinnerlich sein wird, um das von dem Gastwirt Wagner betriebene „Birtshaus zum Straußen“, Pappel-Allee 25. Tag für Tag findet immer wieder am Vormittag ein Schäummann sich im Lokal ein, der am Abend durch ein Schäummannspaar ersetzt wird, und gewissenhaft beobachten diese im Lokal als Wachposten sich aufstellenden Beamten bis zum Beschluß der alle Vorgänge, um sofort jede etwa beabsichtigte Uebertretung im Keime erkennen zu können. Diese Bewachung von früh bis spät wird seit nunmehr drei Wochen ausgeübt, weil Wagner des ihm nicht erlaubten Ausschankes von Schnaps und der Uebertretung seiner Polizeistunde beschuldigt wird und der Polizeileutnant Otto vom Revier 97 durch diese Bewachung eine Wiederholung von vornherein verhüten zu sollen meint. Eine hiergegen eingereichte Beschwerde an den Polizeipräsidenten, die schon im Januar abgegangen ist, horrt noch der Beantwortung. Wir sind gespannt darauf, wie das Polizeipräsidentium diesen Eingriff in das Hausrecht des Gastwirts zu rechtfertigen versuchen wird.

Es wäre zu wünschen, daß auch aus der Bevölkerung des 97. Polizeireviere heraus gegen eine derartige, die allgemeine Sicherheit nicht fördernde Spezialbewachung der Schupleute Einspruch erhoben würde. Man sagt immer, daß es an Schupleuten mangelt und daß die zur Verfügung stehenden Schupleute überfordert seien. Hier wird aber Wochen hindurch Tag für Tag vom Vormittag bis in die sinkende Nacht die Arbeitskraft der Schupleute in einer Weise verwendet, die den behaupteten Mangel an Schupleuten sowie eine etwaige Ueberschuldung der Diensttenden Schupleute nur noch fühlbarer machen muß. Die Beamten, die dazu verurteilt werden, im Lokal unter den Gästen umherzustehen und dort eine wirklich nicht beneidenswerte Rolle zu spielen, könnten auf der Strafe sich nützlich betätigen. Uns wird gemeldet, daß ausgerechnet das unter Polizeiaufsicht gestellte Wagnerische Lokal in der Nacht vom Montag zum Dienstag von Dieben heim gesucht worden ist, die die Ladenkasse ausgeräumt haben. Dem Platte wäre besser gedient gewesen, wenn die Polizei ihn in seinem Lokal unbehellig gelassen und lieber durch mehr Wachsamkeit außerhalb seines Lokals dafür gesorgt hätte, daß sein Eigentum wirksamer geschützt wurde.

Gegen die Erhebung von Eintrittsgeldern zu den Naturerlebnisbahnen, soweit es sich um zugestorene öffentliche Wasserläufe handelt, wird von den Eisläufern laute Proteste erhoben. Wahrscheinlich wird die Angelegenheit noch gerichtlich geklärt werden. Anlaß dazu geben die hohen „Eintrittspreise“. Der Forderung von 10, ja auch 20 Pf. würde wohl niemand erheblichen Widerstand entgegensetzen. Wenn aber 40, 50 und 75 Pf. verlangt werden, und zwar selbst von Personen, die das Eis nur als Zuschauer betreten — da hört denn doch alles auf. Es wird dem Fiskus bestritten, das Recht zu haben, zugestorene öffentliche Flüsse und Seen an Unternehmer zu verpachten. Nach dem allgemeinen Landesgesetz stehen die öffentlichen Wasserläufe jedem zur Benutzung frei. Darauf basiert ja auch das Recht, diese Gewässer mit Booten und Rähnen befahren zu dürfen. Sind die öffentlichen Gewässer in nicht gestörtem Zustande jedem zugänglich, so sind sie, auf Grund der Bestimmungen des Landesgesetzes dies auch, wenn sie gefroren sind. Auf diesen Standpunkt hat sich vor Jahren schon einmal ein Oberlandesgericht gestellt. Auf die in Aussicht stehenden Prozesse wegen Rückzahlung der erhobenen Eislauf-Eintrittsgelder darf man daher mit Recht gespannt sein.

Unter den Bier-, Speise- und ähnlichen Wertmarken wird gegenwärtig „fürchterliche Musterung“ gehalten. Am 1. April tritt eine neue Gesetzesbestimmung in Kraft, welche auf das Münzwesen Bezug nimmt. Danach dürfen die genannten Marken nicht das Bildnis des Kaisers oder eines Bundesfürsten in der auf den Reichsmünzen befindlichen Darstellung tragen oder mit einer auf dem Rande befindlichen Schrift versehen sein. Auch dürfen sie nicht die Bezeichnung einer im Deutschen Reiche geltenden Münzart oder auch nur die Angabe eines Geldwertes enthalten. Runde Wertmarken dürfen im Durchmesser höchstens 20—23 Millimeter groß sein. In Gastwirtschaften, Cafés und anderen Geschäften werden bereits jetzt Marken, die gegen diese neue münzpolizeiliche Vorschrift verstoßen, ausgemerzt und durch einwandfreie Wertmarken ersetzt.

Rückzahlung von Fahrgeld für unbenutzte Eisenbahnfahrkarten. Unverständliche Grundzüge befolgt die hiesige Eisenbahnverkehrsinspektion, wenn es sich um Rückzahlung von Fahrgeld handelt. Ein hiesiger Einwohner H. hatte die Absicht, am Sonntag, den 21. Januar, mit einem Freunde einen Ausflug nach Rümchberg zu machen. Da der Freund erst einige Minuten vor Abgang des Fernzuges mit dem Nordzug eintreffen konnte, löste H. gleich eine zweite Karte für den Kameraden. Nun blieb der letztere aber aus. H. sandte nun die unbenutzte Fahrkarte an die Verkehrsinspektion ein und eruchte um Rückzahlung des Fahrgeldes für die Karte. Zum großen Erstaunen erteilte die Verkehrsinspektion die formularmäßige Antwort, daß ein Antrag wegen Rückzahlung des Fahrgeldes für eine Fahrkarte nur dann berücksichtigt werden könne, wenn die unvollständige Ausnutzung der Karte aus deren Rückseite durch einen Stationsbeamten bescheinigt ist. Da ein solcher Vermerk fehle, werde die Karte zurückgegeben, um einen anderen glaubwürdigen Nachweis für die angegebene Ausnutzung der Karte beizubringen.

Es ist nicht ersichtlich, welchen Nachweis H. eigentlich beibringen soll. Gibt es denn einen besseren Nachweis als die völlig unbenutzte Karte, die doch nur für den einen Tag der Lösung Geltung hatte?

Es gehört wirklich nicht viel dazu, um das zu begreifen.

Ueber den Erkennungsdienst der Kriminalpolizei wird berichtet: In der Reichsstatistik der Zentralen liegt die Zahl der Karten von 6004 von 102 033 auf 108 042. Von dieser Gesamtzahl entfallen auf etwa 8000 Männer 88 784, auf die Frauen 5 502 und auf die Jugendlichen 13 756. Der Bestand der Fingerabdruckkarten ist gegen das Vorjahr um 15 685 von 97 825 auf 113 510 gestiegen. Mit Hilfe beider Kartenarten wurden an der Hand von eingekerkerten Karten und durch deren Vergleichung mit dem Bestand der Zentralen 5385 Personen mit Sicherheit festgestellt. Es ergab sich, daß von ihnen 5536 ihren richtigen Namen angegeben, während sich 1029 einen solchen beigelegt hatten. Von diesen „Falschen“ wurden 242 durch Reichskarten und 767 durch Fingerkarten „entlarvt“. Dazu kommen dann noch 39 Personen, die durch schriftlichen Verkehr der hiesigen Zentralen mit den Auslandszentralen durch die dort vorhandenen Karten festgestellt werden konnten. In diese 6004 Festgestellte sind nicht eingerechnet 139 Personen, die sich zwar bei ihrer Ergreifung einen falschen Namen beigelegt, endlich aber, als es an das Wesen ging, ihre wahren Namen und ihre richtigen Namen nannten. Durch Schriftverkehr mit anderen Behörden schaffte man ohne Körpermessung und Fingerabdruck noch über 804 Personen, die einen falschen Namen führten, einwandfrei Klarheit. Aus dem Verbrechenalbum wurden 244 Verläufer von Verbrechen und Vergehen erkannt, durch Ausbündung von Photographien in den Dienstgebäuden der Kriminalpolizei noch 6 Personen, Photographiert wurden im letzten Jahre im Atelier der Kriminalpolizei 2560 Personen. Das Atelier stellte außerdem 1278 photographische Platten nach vorhandenen Bildern her, lieferte 82 013 photographische Abzüge, nahm 54 Tatorie auf und fertigte außerdem noch 164 Aufnahmen von Gegenständen und Fingerabdrücken an.

Selbstmord eines Fabrikbesizers. Selbstmord, der in den weiten Kreisen Aufsehen erregen dürfte, verübte am gestrigen Dienstag morgen gegen 7 1/2 Uhr der 44jährige Kaufmann Selmar Heinemann, der Inhaber der Zellfabrik Hermann Gost, Grüner Weg 103. Heinemann hatte im letzten Jahr finanzielle Misserfolge, da die Fabrik nicht in der gewünschten Weise florierte. Er trug deshalb schon in letzter Zeit ein aufgeregtes Wesen zur Schau und brach nach Aufstellung der Bilanz völlig zusammen. Es zeigte sich bei ihm Spuren von Geistesgestörttheit, so daß der Fabrikbesizer von seinen Angehörigen auf Schritt und Tritt bewacht wurde, da er Selbstmordgedanken äußerte. Am gestrigen Tage verfuhr er auf einem Geschäftswagen, auf welchem ihm der Prokurist der Firma begleitete, zweimal in die Spree zu springen, doch wurde er hieran glücklicherweise verhindert. Am gestrigen Dienstag morgen erlief er schon vor 8 Uhr in der Fabrik und stürzte, ohne daß ihn jemand hindern konnte, auf das Dach des fünfstöckigen Hauses, von wo er sich kopfüber auf den gepflasterten Hof hinabstürzte. Ein hinzu gerufener Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern nachmittags auf dem Straßenbahnhof Westend. Dort war der Schlosser Posch, Sophie-Charlotten-Str. 107 in Charlottenburg wohnhaft, mit dem Schmierer der Achsen des Motorwagens 282 der Linie N beschäftigt, als der Triebwagen 1773 der Linie 64 über eine Weiche vom Nebengleis in den Schuppen hineinfuhr. Der Schlosser wurde zwischen beide Wagen eingeklemmt und erlitt mehrere Rippenbrüche und innere Verletzungen. In bedenklichem Zustande wurde er nach dem Krankenhaus Westend gebracht, wo er schwer daniederliegt.

Erfroren aufgefunden wurden Montagabend drei Männer. Einen von ihnen, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt wurde, fand ein Schummann gegen 8 Uhr bewußtlos auf dem Bürgersteig der Jannowbrücke liegend. Er wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Es ist ein ungefähr 35 Jahre alter Mann der 1,65 Meter groß und schwächlich gebaut ist, einen blonden Schnurrbart und schwarzes Haar hat und einen braunen Jacketanzug, einen dunkelgrünen Ueberzieher und einen schwarzen Schlapphut trug. — Einen wohnungslosen 44 Jahre alten Arbeiter August Hein fand man besinnungslos in der Kruppstraße liegend. Man brachte ihn in das Krankenhaus Moabit. — Auf dem Brunnenplatz wurde in der letzten Nacht ein Obdachloser, der wegen Ueberschuldung der Waise keine Unterkunft gefunden hatte, erfroren aufgefunden. Ein Schummann brachte den Erfrorenen nach der Revierwache.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am Dienstagabend in der Warthauer Straße, unweit der Komintener Straße. Dort wollte der Komintener Straße 34 wohnhafte Arbeiter August Schulz kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der städtischen Elektrischen über die Schienen laufen; er wurde jedoch von der Vorderplattform erfasst und so unglücklich mit voller Wucht auf den Straßenbahnwagen geschleudert, daß er bewußtlos liegen blieb. In einer Drochke brachte man den Verunglückten zunächst nach der Unfallstation; doch konnte man dort nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern nachmittags 4 Uhr in der Automobilwerkerei von C. W. Debel am Schiffbauerdamm 19. Als dort in einer Werkstätte mit Schmalzgeist zur Entferrnung von altem Lack gearbeitet wurde, entwickelten sich giftige Dämpfe in solcher Menge, daß die drei Arbeiter Wägh Kramer, Wilhelm Bartel und Joseph Rajabar betäubt umfielen. Sie bestanden später heftiges Erbrechen und mußten alle drei mit einem Krankenwagen nach der Charité gebracht werden.

Im Passage-Theater ist das neue Programm für den Februar in seinen Einzelheiten wohl vorzüglich zu nennen, im ganzen aber doch etwas einseitig. Akrobatik und Gymnastik sind allzu sehr betont. Einzelne Bienen, wie die Vorführungen der persischen Handakrobaten The Dairs und der Melangeakt der La Cremonina u. Co.-Truppe, die an und für sich Glanznummern auf ihrem Gebiete genannt werden können, ähneln einander stark. Aber der Zuschauer kommt trotzdem auf seine Kosten; denn prächtig waren auch die Leistungen, die Michaela und Bernard auf der freistehenden Leiter boten; die The Heraldos Truppe zeigte stimmungsvolle Künste als Schleuderbrettakrobaten; The 5 Meteors glänzten in den waghalsigsten gymnastischen Darbietungen. Vielen Besuchern fanden die Vortragskünstlerin Luise Schäfer brachte schon mit ihrer drohigen Mimik die Zuschauer zum Lachen; der Humorist Schneider-Dunker brillierte mit seinem neuen, teilweise recht aktuellen Repertoire. Auch die radfahrenden Jongleure (Moral Barto) und die kleinrussische Truppe S. Manoff mit ihren charakteristischen Tänzen seien noch erwähnt, jedoch dürften die Berliner Varietébühnen ähnliches schon des öfteren ihren Besuchern geboten haben.

Im Wintergarten ist nach langer Pause die Sahara wiederbelebt. Sie schwingt das Tanzbein so grazios und elegant, insbesondere in der Serenade, die sie mit ihrem Partner tanzt, daß Freunde der Tanzkunst vollaus befriedigt werden. Ein Gegenmeister eigener Art ist Herr Albert Herz, der Uhren, Bögel und selbst Menschen verschwinden und wieder erscheinen läßt und manchem Zuschauer zu raten aufgibt. Als geschickte Radfahrerinnen prouzierten sich wieder die Mitglieder der bekannten Kaumann-Truppe. Die aus zwölf Damen bestehende Gesellschaft beherrscht in formvollendeter Weise das Fahrrad, mit dem die fabelhaftesten Kunststücke vollführt werden. Auch ein Hundetheater ist vorhanden, das zeigt, wie gelehrt ein solcher Vierfüßler sein kann. Gaukler, Exzentriker sowie englische Tänzerinnen vervollständigen das reichhaltige Programm.

Vorort-Nachrichten.

Reutköln (Nixdorf).

Ein Tauschungsmandat.

Zu dem von uns schon gestern bekannt gegebenen Antrage unserer Fraktion im Rathaus, über den Erlaß eines Ortsstatuts über die Bildung der Wählerabteilungen nach dem Prinzip der Proportionalität, nimmt auch die Lokalpresse Stellung. Wir würden diesen Beurteilungen nur die Beachtung schenken, die sie verdienen, wenn nicht der Artikel, den das „Reutkölnner Tageblatt“ dieser Frage widmet, offenbar seine Entstehung im Rathaus selbst verdankt. Form und Aufmachung drücken demselben den Stempel des Offiziösen auf. Es ist unglücklich, was darin an Verzerrung der Tatsachen geleistet und die Wahrheit in beifälliger Weise auf den Kopf gestellt wird. Das Ganze hat nur den einzigen Zweck, die Wähler kopfschütteln zu machen. Wir sind allerdings der Ueberzeugung, daß solche Verdrehungskünste wirkungslos verpuffen werden.

Der Antrag unserer Fraktion hat nur das Ziel, das Dreiklassenwahlrecht, soweit die Städteordnung es zuläßt, weiter zu demokratisieren. Für jeden Demokraten und erst recht natürlich für unsere Partei eine alte programmatische Forderung. Die Städteordnung gibt den Gemeinden das Recht, die Bildung der Wählerabteilungen nach dem Prinzip der Proportionalität durch Ortsstatut festzusetzen. Auch in Nixdorf hatten unsere Genossen seinerzeit schon einmal den Antrag gestellt, der natürlich abgelehnt wurde. Wie sehr aber die Bildung der Wählerabteilungen nach den Grundfragen, wie es der Antrag unserer Parteigenossen will, demokratisch wirkt, zeigt folgende magistrats-offizielle Aufstellung: Nach der jetzt gültigen Wählerliste sind in der zweiten Abteilung 8885 Wähler, während nach dem Antrage unserer

Genossen 18 600 Wähler der zweiten Abteilung zugehören würden. Die unterste Steuerklasse der zweiten Abteilung würde von 72 M. auf 62 M. sinken. Also in jeder Beziehung eine weitere Demokratisierung des Dreiklassenwahlrechts.

Das „Neulöcher Tageblatt“ will Vergeltung üben und nennt den Antrag einen Wahlschraub. Es bildet sich auf diese geistreiche Formulierung scheinbar recht viel ein. Eine böswillige Entstellung ist es geradezu, wenn diese offiziöse Inspiration davon fabuliert, daß durch den Antrag unserer Genossen jemand seines Wahlrechts „beraubt“ wird. Im Gegenteil! Durch die Aufhebung von Privilegien wird dem Volke erst das Wahlrecht gegeben, das ihm so lange vorenthalten ist. Nun bedeutet natürlich die Einführung der Wohlstellung bei der Bildung der Wählerabteilungen noch lange nicht die Aufhebung von Klassen- oder Besitzprivilegien. Lediglich um bequem im Trüben fischen zu können, wird das Täuschungsmanöver unternommen.

Die Haltung der bürgerlichen Parteien und Fraktionen wird bei der Beratung des Antrages nicht ohne Interesse sein, wenn gleich schon heute als feststehend gelten kann, daß er eine Unterstützung nicht erfahren wird.

Die Bezirksvereine und ihre kommunale Vertretung nennen sich jetzt offiziell „kommunalfortschrittlich“. Wenn das Wort einen Sinn haben soll, so doch nur dann, wenn sie auch das Wahlrecht im Sinne der Demokratie zu erweitern bestrebt sind. Bei der Reichstagswahl übten in Neulöcher von 65 041 eingeschriebenen Wählern 57 861 ihr Stimmrecht aus, von denen nicht weniger als 48 000 (genau 47 997) für den Kandidaten der Sozialdemokratie stimmten. 83,60 Proz. aller derjenigen, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, wählten sozialdemokratisch. Diese gewaltige Mehrheit aller Wähler soll dazu verurteilt bleiben, dauernd die Minorität in der Stadtverordnetenversammlung zu sein? Die kommunalfortschrittlichen haben Gelegenheit zu beweisen, ob mit der Regeneration des Namens auch gleichzeitig eine Erneuerung der Gesinnung zur demokratischen Auffassung vor sich gegangen ist, oder ob auch in diesem Fall nur der Name Schall und Rauch ist.

Zu der am kommenden Sonntag vom Bildungsausschuß veranstalteten Urania-Vorstellung sind noch Billets in den Vorverkaufsstellen und bei den Genossen Meier, Prinz-Handschuh-Str. 8, Pfeiffer, Hermannstr. 49 und Fischer, Weisler 14 zu haben. Die Funktionäre werden gebeten, die nicht verkauften Karten an die zuständigen Stellen sofort abzuliefern. — Der Vortrag „Aus dem Leben des Meeres“ bietet auf wissenschaftlicher Basis in leichtverständlicher Weise einen Einblick in das Leben und Treiben der Meeresbewohner. Neben vorzüglichen Lichtbildern werden auch kinematographische Vorführungen eine Fütterung der Seetiere und Krieg und Frieden auf dem Meeresgrunde veranschaulichen. Großes Interesse dürfte außer den Russischen die prächtigen „Blumen des Meeres“, die Seetiere und Seenanemonen erwecken. Hier, die wegen ihrer Formen- und Farbenpracht mit diesem Namen belegt werden.

Bei der Gewerkegerichtswahl am Sonntag hatten die Gegner darauf verzichtet, eigene Kandidaten aufzustellen. Ihre Nichtbeteiligung sollte ein Protest dagegen sein, daß nicht das Proportionalwahlrecht zur Anwendung kam. Die Liste der freien Gewerkschaften wurde mit 6809 Stimmen gewählt. Der Antrag auf Einführung des Proporz ist von den freien Gewerkschaften wiederholt gestellt, aber von den Arbeitgebern ständig abgelehnt worden. Die Herren Arbeitgeber fürchten, daß sie durch Änderung des Wahlrechts an Mandaten Verluste erleiden würden. Am Montag, den 6. d. Mts., fanden die Arbeitgeberwahlen statt. Die vereinigten Innungen erhielten 630, die Liste der Gewerkschaftskommission 355 Stimmen. Dieses Resultat übertrifft keineswegs, wenn man sich vergegenwärtigt, mit welchen Mitteln die Gegner gegen die freien Gewerkschaften operierten. Die gemeinsten Verhätigungen, so ebt nach reichsverbandlicher Art, wurden erhalten, um den unterzeichneten vereinigten Innungen die Mandate zu sichern. Die Aufstellung der Wählerliste ergab, daß nicht mit der nötigen Genauigkeit vorgegangen ist; Einprüche wurden zurückgewiesen, mit Ablehnungsgründen, die recht sonderbar amuten. Die Stimmzettel waren schon von weitem zu erkennen; während in den Vorjahren Ortsformat verwendet wurde, waren die Stimmzettel diesmal niedriger, dafür aber etwas breiter, außerdem auch durchsichtig und durchgedrückt. Zu bedauern ist noch die Gleichgültigkeit einzelner parteigewinnlicher Arbeitgeber, die den Gegnern dadurch unterstützten, daß sie ihr Wahlrecht nicht ausübten.

Der plötzliche Tod eines Mädchens beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. In der Weichselstraße erkrankte die mit einem Winter zusammenwohnende 25 Jahre alte Feida Meyer am Sonntagabend. Um 8 Uhr abends starb sie. Der Bräutigam holte einen Arzt, der aber nicht mehr helfen konnte. Die Leiche wurde nach dem Tode der Leiche in die Leiche gebracht. Die Obduktion wird erst den plötzlichen Tod aufklären.

Lichtenberg.

Ein gefährlicher Brand, bei dem ein Feuerwehrmann schwer verletzt wurde, wütete gestern früh auf dem Gelände der Eisenbahnsignalbauanstalt und Maschinenfabrik J. Wolf in der Siegfriedstraße 202. Aus bisher noch nicht ermittelter Ursache geriet dort gegen 1/2 Uhr morgens ein großer Schuppen, in welchem ein bedeutender Holzvorrat aufgestapelt war, in Brand. Das Feuer fand an den trockenen Bohlen und Balken reiche Nahrung und innerhalb ganz kurzer Zeit stand der Schuppen in hellen Flammen, die jeden Augenblick auf die angrenzenden Fabrikgebäude überzugreifen drohten. Auf die Meldung von dem Ausbruch des Brandes rückte sofort die Lichtenberger Feuerwehr aus, und bald darauf wurde von der Brandstelle aus der Zug 20 der Berliner Feuerwehr zu Hilfe gerufen. Inzwischen war die Situation sehr kritisch geworden und nur dem energischen Eingreifen der vereinigten Wehren ist es zu danken, daß die umliegenden Gebäude, die zum Teil leicht brennbare Materialien und wertvolle Maschinen herbergen, gerettet werden konnten. Der Holzschuppen nebst seinem wertvollen Inhalt wurde vollständig ein Raub der Flammen. Bei den Rettungsarbeiten ist ein Oberfeuerwehrmann von der Lichtenberger Wehr verunglückt. Er wurde von einem herabfallenden Holzsäul getroffen und trug erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Armen davon. Der Verunglückte erhielt auf der Rettungswache in Rathaus Rotverbände und mußte von dort nach dem Rummelburger Krankenhaus übergeführt werden. Erst gegen 11 Uhr konnte die Feuerwehr wieder abziehen.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurden mehrere Nachforderungen bewilligt, darunter 2250 M. zur Deckung der Kosten für die Arbeiten der Reinerneuerung und der Verbesserungen im Südgelände. Die Versammlung nahm hierauf eine Resolution an, in der der Magistrat ersucht wird, in Zukunft mehr, wie dies bei dieser Vorlage der Fall gewesen ist, den gemeinsamen Befehlüssen Rechnung zu tragen, insbesondere das Bewilligungsrecht der Versammlung in vollem Umfange zu wahren. — Genosse Hoffmann hat berichtet über Nachforderungen von insgesamt 85 300 M. zum Armenetat, die damit begründet wurden, daß die Preise auf allen Gebieten in die Höhe gegangen seien. Die Nachbewilligung wurde beschlossen. — Der Polizeipräsident hat mitgeteilt, daß so lange die Nichtverträge laufen und der Landtag das neue Polizeivertrag nicht bewilligt hat, an eine gütigere Begrenzung der Reviere nicht gedacht werden könne. — Der Haus- und Grundbesitzerverein ersucht um Erhaltung von öffentlichen Gebäuden, zunächst um das Reichsversicherungsamt; dem wurde zugestimmt. — Der Arbeiter-

Turnverein bittet, den Zuschuß zur Turnhalle miete von 150 M. auf 300 M. zu erhöhen. Dies wurde abgelehnt und dem Petenten anbeigegeben, zur nächstjährigen Etatsberatung erneut und rechtzeitig um Erhöhung des Zuschusses zu bitten.

Eine Petition des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ersucht um Neuregelung der Löhne der städtischen Arbeiter. Der Petitionsausschuß hatte beschlossen, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, weil die Petenten irgend welches Material zum Beweise für die in der Resolution enthaltenen Behauptungen nicht beigebracht haben.

Der Reichstagsrat Dr. Jacobi (Lb. Vg.) betonte, daß die Erhöhung der Löhne den Etat jährlich mit 17 000 M. belastete, es müßte daher Rücksicht auf die Finanzen genommen werden. Im übrigen halten ungefähr 10 Proz. seine Erhöhung erhalten. Die niedrigen Löhne seien alle aufgehoben worden. Starke (Lb. Fr.) stellte fest, daß jetzt geringere Löhne gezahlt werden, als vor der sogenannten Regelung. — Genosse Woss meinte, selbst wenn der Etat berücksichtigt würde, bräuhete noch lange keine Vermögensfrage betrieben werden, denn ein Etat dürfe niemals auf Kosten der städtischen Arbeiter und Angestellten finanziert werden. Die neue Regelung habe den Kanalisations- und Arbeitern der Straßenreinigung knapp einen Pfennig Zulage gebracht, nun kommt der Abzug von 100 auf 50 Prozent für Ueberstunden mit hinzu, so daß eine tatsächliche Verschlechterung eingetreten ist, die unter allen Umständen beseitigt werden muß. — Genosse Kötter ist der Ansicht, daß es dem Petitionsausschuß leicht gewesen wäre, festzustellen, ob eine Verschlechterung gegen früher stattgefunden hat. Es bräuhete nur die Lohnlisten eingesehen zu werden, daraus hätte es sich schon ergeben. Weiter sei bedauerlich, daß der Magistrat die Vermögensfragen nicht genügend anwies, wie Verhältnisse auszuführen sind. Obwohl den Handwerkern tarifliche Löhne gezahlt werden sollen, werden doch nur Mindestlöhne angewiesen. Den Heizern im Krankenhaus werde jetzt noch nicht der ihnen zustehende höhere Betrag gezahlt. Stadtrat Böhm erklärte, daß nur die Löhne der schlechter bezahlten erhöht werden seien. Ferner seien auch in vielen Verwaltungen höherer bis 50 Prozent für Ueberstunden gezahlt worden, so daß von einem Abzug keine Rede sein könne. Die Tariflöhne sollen gezahlt werden, allerdings sind die Heizer des Krankenhauses nicht mit einbezogen gewesen.

Genosse Woss wies noch einmal darauf hin, daß eine große Anzahl von Verwaltungen die höheren Zuschläge für die Sonntagsarbeit bewilligen, während hier ein Juristurteil zu konstatieren sei. Ebenso könne es nicht aufgegeben werden, daß kurz vor dem Weihnachtsfeste eine Anzahl Arbeiter entlassen wurden, um nur Geld zu ersparen. — Stadtrat Harder meinte, daß wenn die Entlassungen erst kurz vor dem Feste stattfänden, dies nur ihm zu danken sei, da Entlassungen sonst früher hätten geschehen müssen. Die Petition wurde hierauf dem Magistrat überwiesen. Zugestimmt wurde dem Gesuchen des Herrn Wilmann, den Springbrunnen an geeigneter Stelle aufzustellen, da die Gesellschaft „Berlin Nord“ bereits 2000 M. ausgezahlt habe.

Der vor einiger Zeit von den 25 Liberalen angenommene Antrag auf Ausschreibung des Schulneubaus am Stadtpark war einer Deputation überwiesen worden, die nunmehr empfahl, von einer Ausschreibung Abstand zu nehmen, aber bei einer Prüfung des Projekts das städtische Moment besonders zu empfehlen. Nach einer längeren Debatte beschloß die Versammlung in diesem Sinne, jedoch mit dem Zusatz Reimbacher, wonach die praktischen Zwecke des Gebäudes voll gewahrt werden.

Mehrere Mitglieder der Liberalen Fraktion enthielten sich der Abstimmung. Hierauf folgte geheime Sitzung.

Groß-Lichterfelde.

Den Tätigkeitsbericht erstattete in der Generalversammlung des Wahlvereins Genosse Bienecke, der u. a. betonte, daß es durch die aufopfernde Tätigkeit der Genossen sowohl wie auch der Genossinnen und der Stadträte am Tage der Reichstagswahl möglich gewesen sei, alle 85 Wähler zu belegen und unter Stimmengabe am Orte um 1127 zu verzeichnen. — Zur bevorstehenden Gemeindevertreterwahl war ein Schreiben vom Gemeindevorsteher eingegangen, welches befragte, daß dem Antrage des sozialdemokratischen Wahlvereins gemäß wohl der westliche Ortsteil in zwei Teile zerlegt, von der Vornahme der Wahl an einem Sonntage oder gesetzlichen Feiertage jedoch Abstand genommen worden sei, da durch die neue Bezirksplanung die Wahlhandlung hinsichtlich vereinfacht erscheine. Berücksichtigung wurde klage geführt, daß der Eintragung von Chombregarnisten in die Wählerliste unberechtigte Schwierigkeiten durch Gemeindebeamte bereitet worden seien. Die Zahl der „Vorwärts“-leser vermehrte sich im letzten Halbjahre im Westen auf 345, im Osten inkl. Lankwitz auf 386. Als Vertrauensmann für Großbeeren wurde an Stelle des Genossen Schindler Genosse Benzel gewählt.

Lankwitz.

Eine Etatberatungs-Sitzung wurde in letzter Sitzung im hiesigen Gemeindeparlament abgehalten. Die Finanzkommission hatte den Etat in zwei Sitzungen von zusammen 3 1/2 Stunden „gründlich“ durchberaten. In der Gemeindevertreterversammlung, wo man sonst zwei bis drei Sitzungen von je 4—6 Stunden dazu braucht, erledigte man sich diesmal der Arbeit in 2 1/2 Stunden. Der Schöffe Rudwigt hatte einen Antrag, von einer Debatte über den Etat Abstand zu nehmen, gestellt, der merkwürdigerweise auch mit 9 gegen 5 Stimmen angenommen wurde. Es ist bedauerlich, daß sich für eine solche Vergewaltigung eine Mehrheit fand. Zu denken sollte es aber dem Gemeindevorsteher Anlaß geben, daß zum Schluß sogar drei bürgerliche Vertreter gegen den vorgelegten Etat stimmten. Nachdem mehrere Redner den Etat kritisiert hatten, stellte der Gemeindevorsteher sein, als bekannter Schlußantragsteller, den Antrag auf Schluß der Debatte, welcher mit 8 gegen 6 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen wurde. Der auf Abänderung in stehenden Punkten gestellten Anträge erledigte sich der Gemeindevorsteher in der Weise, daß er nicht etwa diese Anträge zur Abstimmung brachte, sondern über die darauf bezugnehmenden Etatsanträge abstimmen ließ und seine Majorität stimmte allem zu. — Hoffentlich sorgen die Lankwitzer Einwohner dafür, daß auch in das Gemeindeparlament Männer einziehen, die solchen Nachschüssen energisch entgegenzutreten. Die Gelegenheit hierzu bietet sich schon im März bei der Gemeindevertreterwahl.

Der Etat, der mit 987 500 M. gegen 826 000 M. im Vorjahre abschließt, ist dadurch balanciert worden, daß für fast alle Unternehmungen Fonds geschaffen worden sind, aus welchen man auch die Vergütung derselben, und beim Vorlaufs sogar die Arbeitslöhne und die ganze Instandhaltung derselben daraus befristet. — An Zuschüssen erfordern in diesem Jahre die allgemeine Verwaltung 107 000 M., die Polizeiverwaltung 29 700 M., die Armenverwaltung 15 800 M., das Gymnasium 82 800 M., die höhere Mädchenschule 32 000 M., die Gemeindefschulen: 127 000 M., die Fortbildungsschule: 3000 M., die Straßenverwaltung: 50 900 M., das Feuerlöschwesen: 10 800 M., für gemeinnützige Zwecke 2450 M. — Als Gemeindeeinkommensteuer werden erhoben 115 Proz. Die Grundsteuer beträgt 3 vom Tausend für bebauten und 4 vom Tausend für unbebauten Grundstücke. Die Gewerbesteuer beträgt für die Klassen I und II 200 Proz. und für die Klassen III und IV 150 Proz. der staatlich veranlagten Beträge. Das Schulgeld im Gymnasium wurde erhöht und beträgt jetzt für die Vorklasse 120 M., für das Gymnasium 160 M., für auswärtige Schüler 20 M. mehr. — Nützlich werden kann, daß eine behelfende Aufbesserung der Arbeiterlöhne vorgenommen worden ist. — Es sollen erhalten die Vorarbeiter und Gärtner im 1. Jahre 45 Pf. die Stunde, im 2. Jahre 47, im 3. Jahre 49, im 4. Jahre 50, im 5. Jahre 51, im 6.—8. Jahre 52, im 9.—11. Jahre 53 und im 12. Jahre 55 Pf. pro Stunde. Die Straßenarbeiter erhalten im 1. Jahre 40 Pf., im 2. Jahre 42, im 3. Jahre 44, im 4. Jahre 45, im 5. Jahre 46, im 6.—8. Jahre 47, im 9. bis 11. Jahre 48 und im 12. Jahre 50 Pf. pro Stunde. Die Kanalisationsarbeiter werden um 3 Pf. höher bezahlt wie die Straßenarbeiter. — Alle Verbesserungsanträge und Änderungen überging der Gemeindevorsteher mit Schweigen. — Einprüche gegen die

Gemeindevorsteherliste lagen drei vor, welche zurückgewiesen wurden. Verschiedene Wähler, welche mit den Steuern im Rückstande waren, beantragten Aufnahme in die Wählerliste, das wurde abgelehnt. Aufgenommen werden nur solche Gemeindevorsteher, welche spätestens bis zum Beginn der Auslegung der Wählerliste ihre Steuern entrichtet haben.

Brig-Buckow.

Die letzte Generalversammlung ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Genossen Oestrich. Genosse Kapke erstattete den Vorstandsbericht vom letzten Vierteljahr. Danach haben 2 Mitglieder- und 8 öffentliche Versammlungen, 4 Handzettel- und 4 Flugblattverbreitungen, sowie 5 Landagitationstouren stattgefunden. Die Zahl der Mitglieder beträgt 501 (darunter 74 weibliche). „Vorwärts“-leser sind 600 vorhanden. Die Einnahmen betragen 701,57 M., denen an Ausgaben 620,72 M. gegenüberstehen. Der Kassenbestand beträgt 80,85 M. — In der Diskussion brachte Genosse Beuthmann zur Sprache, daß den Turnwarten der Freien Turnerschaft Rixdorf-Brig bei 100 M. Geldstrafe verboten wurde, die hiesige Sechsklassenabteilung weiter zu leiten. — In die Bibliothekskommission wurde an Stelle des Genossen Deitler Genosse Braun gewählt. Der Vorsitzende wies dann noch auf die am 18. Februar stattfindende öffentliche Versammlung hin und erwartete regen Anteil der Genossen an den Parteiarbeiten.

Adlershof.

Den Tätigkeitsbericht vom letzten Quartal erstattete in der Generalversammlung des Wahlvereins Gen. Klott. Redner ließ die wichtigsten Aktionen der Organisation nochmals Revue passieren. Außer der Abhaltung einer Reihe öffentlicher Versammlungen wurden die Genossen 12 mal zur Flugblattverbreitung zusammenberufen. Die Mitgliederzahl ist von 802 am 1. Oktober 1911 auf 633 am 1. Januar 1912 gestiegen. Die Zahl der „Vorwärts“-leser stieg in dem gleichen Zeitraum von 763 auf 811. Bei der Reichstagswahl wurden für den Genossen Fritz Jubel 1818 Stimmen = 75 Proz. gegen 1881 = 63,7 Proz. im Jahre 1907 abgegeben. Die Konservativen erhielten im Jahre 1907 noch 246, dagegen 1912 nur noch 159 Stimmen. Die Liberalen haben eine kleine Zunahme an Stimmen zu verzeichnen. In diesem Jahre scheiden 5 Gemeindevorsteher aus, und zwar je einer in der 1. und 2. und zwei in der 3. Abteilung. Ein Vertreter der 1. oder 2. Abteilung wird ausgelost. Es wurde beschlossen, in allen drei Abteilungen Kandidaten aufzustellen. Für die Nacharbeiter werden jezt Zahlmorgen stattfinden, und zwar immer an dem am Jahlabend folgenden Vormittag. Der erste Zahlmorgen findet mithin am 15. Februar, vormittags um 9 Uhr, im Jugendheim statt. Ferner werden um eine intensivere Agitation sowie ein leichteres Arbeiten zu ermöglichen, die Bezirke neu eingeteilt. Den Kassenbericht gab Gen. Hise. Einer Einnahme von 791,95 M. steht eine Ausgabe von 606,28 M. gegenüber. Gen. Fischer gab den Kassenbericht von der Bildungs- und Jugendauschussklasse. Die Kasse des Bildungsausschusses weist eine Einnahme von 46,90 M. und eine Ausgabe von 22,70 M. auf, die des Jugendauschusses eine Einnahme von 153,40 M. und eine Ausgabe von 73,35 M. Zum Schluß gab Gen. Wegner noch den Bericht von der Landagitation.

Vorhagen-Rummelsburg.

Ueber Lebensmittelsteuerung und ihre Bekämpfung referierte in einer im Café Bellevue tagenden öffentlichen Versammlung Genosse Buchholz. Die Versammlung nahm nach Anhörung des Referats eine Resolution an, in welcher sie neben der Notwendigkeit der Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation auch die zur Konsumgenossenschaftsbewegung ansprach. Da in der Gegend von Alt-Vorhagen eine neue Verkaufsstelle eröffnet werden soll, forderte Genosse Wigle die Versammlung auf, für dieselbe Mitglieder zu werben. Der Aufforderung kamen bereits 33 Wähler nach.

Weißensee.

Zur der Gemeindevertretung. Der deutsche Verein gegen den Mißbrauch alkoholischer Getränke beschäftigt in der Turnhalle der Gemeindehalle in der GutsMuth-Abdolfstraße eine Ausstellung auf die Dauer von 14 Tagen zu veranstalten. Die Gemeindevertretung bewilligt hierfür die Summe von 200 M. Vormittags soll die Ausstellung für Säugler, nachmittags für das Publikum und abends für die Vereine unentgeltlich zugänglich sein. Der Leiter des Wohlfahrtsamtes betonte ganz besonders, daß der Vortragende ein Arbeiter sei, der seinen Genossen die Schädlichkeit des Alkoholgenußes vor Augen führen wird. — Sobald etwas für das Rittergut Dirschholz bewilligt werden soll, dann kommt gewöhnlich Leben in die Gude. Zurzeit wird der abgebrannte Kuchel neu aufgebaut und nach den modernsten Errungenschaften hergerichtet. Der Administrator beantragte, für die Herausgabe des Dingers eine Schwebebahn einzubauen, die mit allem Inventar 6500 M. kosten solle. Hierüber soll endgültig die Rummelsburgkommission entscheiden. Der Antragsteller will mit dieser Einrichtung der Seuchengefahr Einhalt tun. — Genosse Frey forderte den Gemeindevorsteher auf, unverzüglich wieder mit dem Kartoffelverkauf zu beginnen; ferner verlangte er, daß die Armenverwaltung ein übriges tue und den Armen wöchentlich ein bestimmtes Quantum Kartoffeln gratis verabreiche, oder aber ganz bedeutend unter dem Preis abgebe. Ihm wurde erwidert, daß das Wohlfahrtsamt sich die reichste Hilfe gebe, Kartoffeln zu annehmbaren Preisen anzulassen, der Kälte wegen seien jedoch keine zu haben. Die Gefahr des Ertrinkens der Kartoffeln sei jetzt so groß, daß die Wägen ihre Räder gar nicht öffnen. Das Wohlfahrtsamt behalte diese Angelegenheit im Auge und werde den Verkauf aus und wieder eröffnen. — Für die Eisgewinnung hat sich in diesem Jahre ein Wähler nicht gefunden, so daß die Gemeinde die Fällung der Schuppen selbst in eigene Regie genommen hat. In den drei Schuppen lagern zurzeit 150 000 Zentner Eis. Eine lange Debatte entspann sich um das Juderen dieser Massen. Auch hierbei kamen die „schwerfständigen“ Gemeindevorsteher mit so viel Vorschlägen, daß man schließlich es für besser fand, eine Kommission zu wählen, die die umliegenden Eiswerke besuchen soll, um das Mittel ausfindig zu machen, wodurch das Schmelzen des Eises verhindert wird.

Hohen-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung empfahl der Gemeindevorsteher, den Schöffen Herrn Schreiber in die Staatskommission zu wählen. Genosse Tiele beantragte, die Zahl der Kommissionsmitglieder auf 8 zu erhöhen, um ein Uebergewicht des Gemeindevorstandes in derselben zu verhindern. Die Wahl des Schöffen Schreiber wurde beschlossen, der Antrag Tiele gegen 5 Stimmen abgelehnt. Der hiesige Freundverein hatte um eine Inspektion aus Gemeindevorsteher gebeten. Die Staatskommission schloß die Verwahrung einer Unterstützung von 200, der Gemeindevorsteher einer solchen von 850 M. vor. Unsere Genossen beantragten die Ablehnung der Vorlage und die Hebernahme der Krankenkasse von der Gemeinde. Sie wiesen darauf hin, daß der Privatverein in erster Linie seine eigenen Mitglieder berücksichtige. Der Antrag Tiele wurde abgelehnt und eine Beihilfe von 350 M. bewilligt. Ferner wurde der Ankauf von noch 100 Zentner Kartoffeln beschlossen. Diese sollen an Einwohner mit einem Einkommen bis zu 1050 M. zu einem Preise von 3,50 M. für den Zentner — von 1/2 Zentner an — abgegeben werden. Der Antrag unserer Genossen, 500 Zentner anzulassen, wurde abgelehnt. Die durch die Anstellung einer technischen Lehrerin an den hiesigen Gemeindefschulen erforderlichen Mittel in Höhe von 1000 M. Grundgehalt und 470 M. Vorklassifizierung wurden beschlossen. — Der Ingenieur Richter klagt gegen die Gemeinde, da ihm der Gemeindevorstand sein Gehalt bis zum 1. April verweigert. Er ist vom Gemeindevorsteher entlassen worden, weil er sich dem Gemeindevorsteher gegenüber unanständig benommen haben soll und seinen Dienst verweigert habe. Nach einem Antrage des Gemeindevorstandes soll die Gemeindevertretung einem Rechtsanwalt in dieser Angelegenheit Vollmacht erteilen. Genosse Tiele und Gemeindevorsteher Graf traten für die Zahlung des Gehaltes ein. — In geheimer Sitzung soll weiter darüber verhandelt werden.

Schmargendorf.

Nach dem Bericht des Vorstandes, den Genosse Pauke in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins erstattete, fanden im letzten Quartal zwei öffentliche, eine Mitglieder- und eine Generalversammlung sowie drei Jubiläen statt.

Serzfelde.

Eine umfangreiche Arbeitslosigkeit ist infolge der in den letzten Tagen herrschenden Kälte am Orte eingetreten. Fast alle hiesigen Kiegeleibetriebe haben die Arbeit einstellen lassen.

Reinickendorf-Ost.

In der letzten Mitgliederversammlung referierte der Genosse D. Braun über die durch die Reichstagswahlen entstandene politische Situation in Deutschland und über die Lehren des Reichstagswahlkampfes. Eine Diskussion folgte dem eingehenden Referat nicht.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde durch Los das Ausschneiden des vor vier Jahren in der 1. Klasse gewählten Gemeindevorstehers Thater bestimmt. Der Preis für das der Gemeinde Wittensau zu liefernde Wasser soll von 13 auf 12 Pf. pro Kubimeter ermäßigt werden.

Reinickendorf-West.

In der Generalversammlung des Bezirks-Wahlvereins referierte der Stadtverordnete Genosse Paul Frühl über die letzten Reichstagswahlen. Redner schilderte die Entwicklung der Partei und wies statistisch nach, daß sich die Partei auf keinen Anhang zur stärksten Partei Deutschlands emporgearbeitet hat.

Potsdam.

In erkranktem Zustande wurde am Montagmorgen der 22-jährige einarmige Berliner Franz Wino aus Berlin in den Treppenaufgängen des Palastes Barberini aufgefunden.

Die Errichtung einer Schutzklinik scheint nun gesichert. Im Vorjahre hatte der Magistrat bereits den Stadtverordneten eine solche Vorlage gemacht; sämtliche Kosten sollte die Stadt tragen.

Zaaten.

In einer imposanten Umgebung, wie sie anier Ort noch nicht erlebt hat, gestaltete sich die am Sonntag veranstaltete Feier, die der Eroberung des Hohenzollernwahlkreises durch die Sozialdemokratie goll.

geleitet aufgenommenen Freiheitslieder durch den Männerchor Noabit eröffnet, worauf der Abgeordnete des Kreises Genosse Karl Dieblich das Wort zu einem Festvortrag nahm.

Briefkasten der Redaktion.

Dr. 100. Der Ausdruck ist so aufzufassen: Alles andere wie gänzlich. Daher ist Ihr Verlay nicht anwendbar. - G. S. 22. Nach Rückfrage mit dem Klassenlehrer Ihrer Söhne tragen Sie die Anfragen dem Rektor der Schule vor.

Witterungsübersicht vom 6. Februar 1912.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer (hoh. mm), Windrichtung, Windstärke. Rows include Ebnenende, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Kaparanda, Petersburg, Sibirien, Harbin, Paris.

Wetterprognose für Mittwoch, den 7. Februar 1912. Warmere, nördlich oder nördlich bei mäßigen südwestlichen Winden, mäßigerer Regen und wenig veränderter Lagetemperatur; geringe Niederschläge.

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Wasserstand, am 5. 2., am 4. 2., am 3. 2., am 2. 2. Rows include Remel, Teltitz, Bregel, Ankerburg, Weichsel, Horn, Oder, Rathor, Krosen, Frankfurt, Warthe, Schimm, Landsberg, Rehe, Vordamm, Gibe, Leitmeritz, Dresden, Weich, Magdeburg.

Wartbericht von Berlin am 5. Februar 1912, nach Ermittlung des künft. Volkseisenbahnans. Nationalenpreises (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 39,00-40,00. Speisebohnen

weiss, 40,00-50,00. Bohnen 40,00-50,00. Kartoffeln 11,00-15,00. Gramm Rindfleisch, von der Seele 1,60-2,40. Rindfleisch, Saugfleisch 1,80. Schweinefleisch 1,20-1,80. Kalbfleisch 1,40-2,20.

Germania-Prachtsäle. H. Chausseest. 110. Carl Richter. Jeden Mittwoch: Paul Mantheys lustige Sänger. Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nachdem Freitanz. - Borgussparten gelten. - Morgen Donnerstag: Gr. Bobbiertouren. Ansehend: Familienkränzen ohne Reduktion.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Halsleiden. Prinzenstr. 41. dicht am Moritzplatz. 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4. Flausch. Stoffe, angemessenes Futter, für Ulster, Anzugsstoffe jetzt nur 3 u. 4,50 M. Zuschlager Koch & Seeland, G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21. Petrifische. Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schnell, dauerhaft. Zolaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, 11. (Stadt b. Bors.)

Zigarren- W. Herbst Fabrik. gegr. 1862. Tel.: Moritzplatz 3873. BERLIN SW., Ritterstr. 83. Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen. - Tarifarbeit.

Möbel. liefert auf Teilzahlung bequeme bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) E. Cohn, Frankfurtstr. 58. Ohne jede Anzahlung. Pianos. erstklassiges Fabrikat (Ormal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle. (Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Vorauszahlung. Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie. Berlin, Ansbacher Str. 1. Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410. Auch Sonntags geöffnet.

Malchower Kautabake. Nur echt, wenn mit Zettelleinlage Johann Dannehl, Malchow. Generalvertrieb durch Carl Röcker, Est. 3861. Berlin O 27, Gräner Weg 119.

Würzburger Hühneraugenmittel von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge heilt in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Quackstrauch.) Dr. H. Unger in Würzburg. Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. - Groß-Apothek, Barnimstr. 33. - So nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Holzhäuser. neu und gebraucht, jetzt noch billig Stein, Prenzlauer Allee 90. VII 6672.

Verlangen Sie bei Ihren Einkäufen Schwarz Bouillonwürfel, Problem Bouillonwürfel, Schwarz Saucenwürfel, Schwarz Suppenwürfel. SCHWARZ & Co., BERLIN SW. 68. Suppenwürfelges. m. b. H., Alexandrinenstr. 135/136.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“. Berlin C. H. Gahlich, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße. W. G. Schmidt, Kirchstraße 14. O. H. Gahlich, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Roppenstraße 22. H. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120. NO. 2. Juch. Annoncenbüro, 12. A. Neuf, Barnimstr. 42. N. 2. Baumann, Reichenberger Str. 67. F. Traub, Steiner Str. 10. N. 2. Mars. Streifenberger Str. 27. F. Gahlich, Rajareckstraße 49. F. Vogel, Auguststr. 37. A. Tieg, Anhalterstr. 134. F. Dehndt, Predeplatz 24. NW. Karl Anders, Engelbeckerstr. 8. Saewertz, Sophienstr. 29. SW. F. Werner, Gneisenaustr. 72. Tachn, Vogelbecker Str. 27. S. St. Fris, Brinjenstr. 31. F. Lehmann, Rothburger Damm 8. SO. Paul Böhm, Lützner Platz 14/15. P. Gorch, Engelstr. 15. Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9. Baumshulweg. F. Gornig, Gartenbalkstr. 13. I. Borsigwalde. Paul Kienast, Mühlstr. 10. Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Seidenbaker Str. 1. Friedrichshagen. Gust. Werkmann, Adenicker Str. 18. Grünau. Franz Klein, Friedländer Str. 10. Johannisthal. Heide, Kaiser-Wilhelm-Platz 6. Karlshorst. Richard Käter, Mühlstr. 9. II. Köpenick. Emil Wähler, Kleberstr. 6. Lichtenberg. C. S. Seiffel, Gartenbergstr. 1. Nieder-Schöneweide. Gebr. Reiter Str. 6. Nowawes. Wilhelm Jayde, Friedländer Str. 7. Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelmminenhoffstr. 17. II. Pankow. C. S. Rühmann, Mühlstr. 20. Reinickendorf. F. Gorch, Provinzialstr. 56. Läden. Rixdorf. H. Heinrich, Rednitzstr. 2. Conrad, Fernmannstr. 50. G. Mohr, Engelstr. 29/30. Rummelsburg. H. Hofmann, III. Vorlag 56. Schönberg. Wilhelm Baumer, Martin-Luther-Str. 66 im Laden. Spandau. Köpcke, Weidenstr. 64. Steglitz. F. Berner, Wilmstr. 5. Tempelhof. Franz Reimer Str. 76. Läden. Treptow. Robert Gramann, Kleberstr. 412. Läden. Wilmssee. Rudmann, Seidenstr. 105. Schiller, König-Thausser 33a. Weisendorf. Paul Säubert, Wilhelmstr. 26, Hofpartie

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
2. Berl. Reichstagswahlkreis.
(Bezirk 73. alt 89.)
Am Montag, den 5. Februar,
verstarb unser Mitglied, der Tischler-
meister

August Schulz
Planufer 27.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 8. Februar,
nachmittags 4 Uhr, von der Halle
des Kreuz-Stirchhofes, Mariendorfer
Altenacher Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand
207/9

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 4. Februar verstarb unser
Genosse, der Arbeiter

Heinrich Pabst
Lübecker Str. 22

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 7. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, vom Krankenbau-
Krankei aus nach dem Johannis-
Kirchhof in Köpenick statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
225/8

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Metall-
arbeiter

Heinrich Pabst
am 4. Februar an Lungen-
entzündung gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 7. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, vom Krankenbau-
Krankei aus nach dem Johannis-
Kirchhof in Köpenick statt.
Rege Beteiligung erwartet
111/90 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.**
Zentrale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass der Kollege

Wilhelm Holtz
Bezirk Nordwest

am 3. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet in seiner
Heimat Barnimünde statt.
125/6 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-
Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Koll-
tuhler

Gottfried Müller
am 3. d. Mts. im Alter von
26 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 7. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Rätischen Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
61/16 Die Bezirksverwaltung.

**Verband der Gemeinde- und
Staatsarbeiter.**

Filiale Groß-Berlin.

Durch den Tod ist uns der
Kollege

Wilhelm Schmidt
von der Sektion Charlottenburg
entfallen worden.

Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 3 Uhr von der
Leichenhalle der Luisenpark-Gemeinde,
Färberbrunnen Weg, Charlotten-
burg, aus statt.
33/9 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Hierdurch allen Freunden, Ver-
wandten und Bekannten die
traurige Nachricht, dass meine
Frau und mein einziges liebes
Töchterchen am 3. Februar aus
dem Leben geschieden sind.
Dies zeigt Herbetrüb an

Leopold Paech,
Bornholmer Str. 9.

Die Beerdigung findet am
8. d. M., nachmittags 4 Uhr, von
der Halle des Weisemann-Kirch-
hofes in Norden aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters

Robert Höhne

sagen wir hiermit unseren Ver-
wandten, Bekannten, den Kollegen
sowie der Firma Böhden u. Co und
dem Deutschen Buchbinder-Verband
unsern herzlichsten Dank.
Witwe Höhne und Kinder.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die Kranzspenden
bei der Beerdigung meines lieben
Mannes und guten Vaters lagen wir
allen auf diesem Wege unseren innigsten
Dank.

Wwe. Luise van Rienen
nebst Kindern.

Für die vielen Beweise aufrichtiger
Teilnahme anlässlich des Todes meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters
Paul Höhring sage ich allen
Verwandten und Bekannten, ins-
besondere dem Wahlverein und Ge-
sangverein sowie dem Theaterverein
„Fidelitas“ meinen herzlichsten Dank.
Frau Höhring nebst Kindern.

Für die Beweise herzlichster Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters,
sagen wir auf diesem Wege Allen
unsern herzlichsten Dank. 2847b

Witwe Anna Leopold
nebst Kindern.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurter Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hochelegant Genrez. äußerst
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in
10 bis 12 Stunden.

Zentralverband der Schmiede
Zahlstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Linienstr. 73. — Telefon: Ami Norden, 9714.

Donnerstag, den 8. Februar 1912, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokale
von Böker, Weberstr. 17:

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Kassembert für das 4. Quartal 1911 und Bericht des Vergütungs-
komitees. 2. Stellungnahme zum Verbandstag. 3. Anträge und
Verpflichtungen. 170/2*

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt.
Kollegen! Wir erwarten zu dieser für alle Mitglieder äußerst wichtigen
Versammlung einen vollständigen Besuch. — Alle Anträge zum Verbandstag
bitten wir, der Verwaltung vorher einzureichen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche

Betonbaubranche

Zementierer, Sinschaler und Hilfsarbeiter

Mittwoch, den 7. Februar 1912, abends 8 Uhr, bei Jannasch,
Inselstraße 10.

Gipsbaubranche

Rabitzputzer, Träger und Rabitzspanner

Freitag, den 9. Februar 1912, abends 8 Uhr, bei Jannasch,
Inselstraße 10:

Mitglieder-Versammlungen.

Tagesordnung:
1. Neuwahl des Branchenvorstandes. 2. Vorschläge
zum Sektionsleiter. 3. Branchenangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch aller im Gips- und Zementgewerbe beschäftigten
Kollegen erwartet 190/17*

Der Sektionsvorstand.



Tausendfach bewährte
Nahrung bei:
**Brechdurchfall,
Diarrhöe,
Darmkatarrh, etc.**
-Kindernahrung
-Krankenkost

Zur Einsegnung

Schwarze Anzüge

Satin-Kammgarn, Diagonal, Cheviot, Corkscrew und
Tuch-Geweben

M. 45.- 40.- 36.- 30.- 27.-
M. 24.- 21.- 18.- 15.- 12.-

Blaue Anzüge

Cheviot, Kammgarn-Cheviots, Foulés Melton in
glatten und schrägen Geweben, schwarzen und vielen
blauen Farben

M. 45.- 36.- 30.- 27.- 24.-
M. 21.- 18.- 15.- 12.- 10.-

Prüfungs-Anzüge

Moderne Stoffe in großer Farben- und Muster-
Auswahl. Schöne Fassons

M. 36.- 30.- 25.- 20.- 15.- 9.-

Sehr preiswert

Oberhemden, Kragen, Manschetten,
Serviteurs, Hüte, Krawatten,
Hosenträger, Handschuhe usw.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 11 Schöneberg, Hauptstr. 10

Jeglicher Nachdruck verboten.

Der Haupt-Katalog (Neueste Moden) kostenfrei!

**Qualitäts =
= raucher**

*** fordern *
und rauchen
nur**

Garbáty

Westmann Mohrenstr. 37a (nahe Jerusa-
lemstr.)
Gr. Frankfurter Straße 115 (nahe An-
drasstr.)
Immer noch grosse Auswahl!



Elegant. Plüschmäntel
M. 33.-, 50.-, 80.-, 100.-, 125.-, 150.-
Feinste Abendmäntel
M. 15.-, 18.-, 24.-, 30.-, 36.-, 45.-
Praktische Ulster
M. 7^{1/2},-, 9.-, 11.-, 15.-, 18.-, 24.-, 38.-, 50.-
Aparte Kostüme
M. 12^{1/2},-, 18.-, 25.-, 33.-, 48.-, 62.-, 70.-
Pelzstolen
M. 15.-, 20.-, 24.-, 30.-, 36.-, 45.-
Pelzmäntel
M. 60.-, 75.-, 100.-, 125.-, 150.-, 200.-, 300.-
Röcke und Blusen
:: zu jedem annehmbaren Preise ::

Die Preise sind herabgesetzt teils auf
die Hälfte, teils auf ein Drittel und **darunter!**
Täglicher Eingang von Frühjahrsmodellen für den Süden

Aus der Frauenbewegung.

Sommernachts Traum.

„Mit Händen bleich wie Sahne“ versucht eine adlige Gegnerin des Bestehenden Wahlrechts uns insbesondere des Frauenstimmrechts im Februarheft der „Preussischen Jahrbücher“ durch die Saucen ihres Goldfädelbrotens das Nadergetriebe der Weltgeschichte aufzubalten. Bernarda v. Reil heißt die Unternehmungslustige, deren Residenz das Haus St. Mathias bei Trier ist. Nach einem wehen Schmerzschrei über England, wo am 23. Februar in London in Albert-Hall zugunsten des Frauenstimmrechts eine Riesentandgebung stattgefunden soll, ergeht Bernardas heiliger Ruf an den Preussenstaat: Weuge vor, verhüte, daß es auch einft auf deinen stolzen Gefilden hergeht, wie jetzt in England. Die Frauen sind zwar nicht zu dumm zum Wählen, sie sind geschickter als mancher heutige männliche Wähler, aber wie entsetzlich würde es sein, wenn das ganze deutsche Land parteipolitisch getrennt würde, auch die Frauentreue, und wenn die unrichtige und schadenbringende Gleichberechtigungstheorie sich in die Praxis umsetzte. Noch ist es Zeit, aber hohe Zeit, diesem Wahnsinn entgegenzutreten. Und darum, Preussenstaat, höre die Frauen! Über wie können Frauen gehört werden, ohne daß sie zu beschließen ein Recht gewinnen, so fragt die Verhütungslustige. Ihren Zweck sucht sie dadurch zu erreichen, daß sowohl die Ministerialinstanz wie das Parlament und die Kommissionen in denjenigen Angelegenheiten, welche Familie Kindererziehung sowie die eigenen persönlichen Interessen der Frauenwelt nahe berühren, Frauenverbände zu Gutachten aufforderten. Es würden dadurch nicht nur Frauenklüfte für staatliche Zwecke nutzbar gemacht, es könnte sogar in einem sehr wichtigen Punkte eine Wirkung ausgehen, welche derjenigen, die wir von dem Frauenstimmrecht zu erwarten hätten, entgegengesetzt wäre. Das Frauenstimmrecht würde die parteipolitische Zersplitterung unseres Volkes auf die Spitze treiben. Durch das Anhören von Frauen würden wir von Staatswegen angeforderte und abgegebene Meinungsäußerungen solcher Leute erhalten, die nicht durch Parteimandate gebunden sind. Selbstverständlich dürften nicht die partei-

politisch organisierten Frauenverbände befragt werden, sondern, das liegt ja so nahe, die „vaterländischen Frauenvereine“ und die „Vereine vom Roten Kreuz“, die ja schon überall im Lande Fuß gefaßt haben, wenn sie auch nicht ganz frei von politischem Einfluß sein sollten. (!)

Den Ministerien sollte die Schaffung eines solchen Schemas, das Arbeiten mit den Vereinen, nicht allein überlassen bleiben, aber die Brauchbarkeit, die Vorzüglichkeit der Idee würde sich bald erweisen. Preußen muß mit diesem guten Beispiel vorangehen, so lange es noch an der Zeit ist. Sind aber erst einmal außer den lang bestehenden mächtigen sozialdemokratischen Frauenorganisationen auch die übrigen Frauen parteipolitisch verbunden, dann dürfte es für Bernarda v. Reils Ratsschlag zu spät sein. Die deutlichen Vorboten sind dafür da, daß in nicht zu langer Zeit bei uns die gleiche Forderung wie in England von gleichen zahlreichen Frauenscharen mit der gleichen Energie erhoben werden wird. Möge unsere bevorstehende Wahlreform in dem Bewußtsein geschaffen werden, daß gegenwärtig unter den innerpolitischen Aufgaben eine der wichtigsten diejenige der Regelung der Beziehungen zwischen dem Staat und den Staatsbürgerinnen ist.

So träumt Bernarda von Reil „mit Händen bleich wie Sahne“ ihren Sommernachts Traum in den „Preussischen Jahrbüchern“ während schon viele Staaten der Erde das Frauenstimmrecht zum Stolz und Ruhm des Landes eingeführt haben, während es nur noch eine Frage der Zeit ist, wann auch England und Deutschland diesen bevorzugten Reichen zugeordnet werden. Lassen wir sie träumen und rühren wir uns inzwischen tapfer, den Zeitpunkt der Einführung des Frauenstimmrechts zu beschleunigen, insonderheit durch Untergrabung des Dreiklassenwahlrechts in dem um Hilfe angeflehten Preussenstaat!

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Königs-Wusterhausen und Wilbau. Mittwoch, den 7. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale der Witwe Bedhorn. Vortrag des Genossen Grundig.

Gerichts-Zeitung.

Landarbeitermishandlungen — Fälschungen — Betrugsversuche!

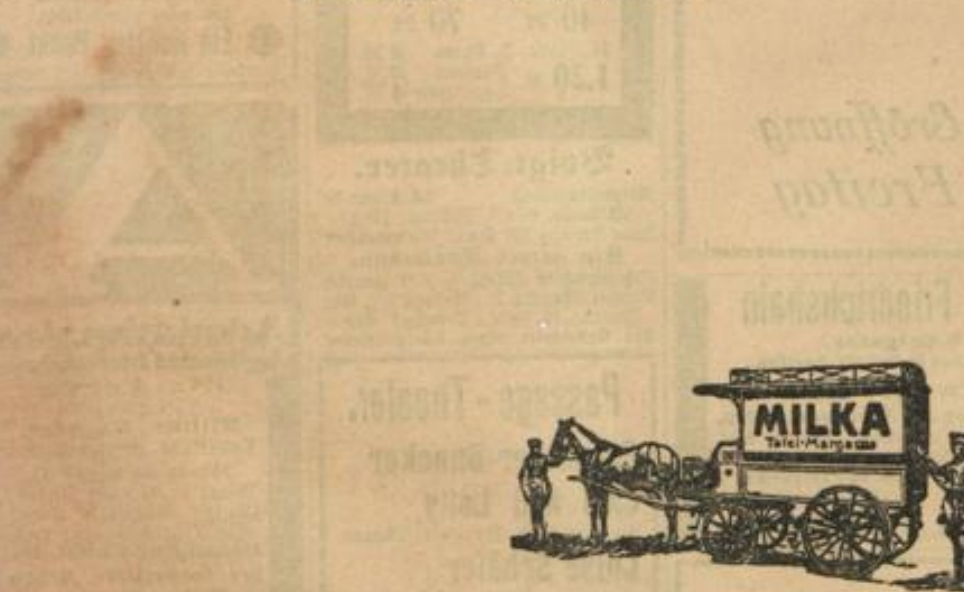
Vor dem Schöffengericht zu Bielefeld (Herzogtum Braunschweig) hatte sich der Agrarier und Schweinezüchter Jäger in Bültenrode wegen schwerer Mishandlungen zu verantworten. Er hatte einen jugendlichen Arbeiter mit Faustschlägen und Fußtritten „bearbeitet“ und mit einem Hartenstiel am Hinterkopf so schwer verletzt, daß dieser ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen und den Dienst quittieren mußte. Vor Gericht wurde festgestellt, daß der jugendliche Arbeiter nicht die geringste Veranlassung zu dieser Mishandlung gegeben hatte, sondern der Jähzorn des Agrariers die Ursache bildete. Das Schöffengericht „verurteilte“ den Schweinezüchter wegen dieser grenzenlosen Mißhandlungen zu einer Geldstrafe von — 5 (fünf) Mark.

Zum Dank für diese „lokale Behandlung“ verweigerte der Agrarier Jäger dem jugendlichen Arbeiter noch seinen fauer verdienten Lohn, so daß dieser 42,50 M. Restlohn durch das Amtsgericht einzulagern gezwungen war. Jäger behauptete zuerst, der Arbeiter habe den Lohn schon im voraus erhalten. In dem Buche des Arbeiters befanden sich u. a. als Vorzahlung zwei Summen von 1,50 M. und 3 M., die sich in dem Lohnzahlungsbuche des Agrariers in 11,50 und 13 M. „verwandelt“ hatten. Ehe das Gericht zur Beweisüberhebung schreiten konnte, schienen sich bei Jäger Gewissensbisse bemerkbar zu machen, und er beantragte, daß der Arbeiter erst in den Besitz von 4,50 M. und dann weiterer 39,90 M. (einschl. 1,90 M. für entstandene Unkosten) gelange. Auch verpflichtete er sich, sämtliche Kosten zu tragen. — Der fürsorgliche Agrarier muß doch eine kolossale Angst vor der gerichtlichen Beweisüberhebung gehabt haben, in der festgestellt werden sollte, wie aus 1,50 11,50 M. und aus 3 13 M. geworden sind. — An Fälschungen oder Betrugsversuche darf man wohl nicht denken, sondern wird höchstens von einem „Tritium“ reden können.

Arbeiter-Zamariterkolonne Friedrichshagen. Der neue Unterrichtskursus beginnt am Freitag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Jugendheim, Friedrichstr. 60, zweiter Hof parterre. Neue Teilnehmer wollen sich dort melden.

„Unsere diesjährige Fastnachtsreklame 3 Tage!“

Milker



„Sie schmeckt wie frische Molkerel-Butter“

so lautet das allgemeine Urteil der Hausfrauen über unsere „Milka exquisit“. Da es aber viele gibt, die sie noch garnicht gekostet haben, so veranstalten wir eine grosse Reklame, um alle Hausfrauen zu veranlassen, einen Versuch zu machen.

Bei dieser Reklame bieten wir besondere Vorteile gegenüber den regulären Verkaufspreisen und verabfolgen:

Donnerstag, 8., Freitag 9., Sonnabend, 10. Februar

- 1 Pfd. MILKA exquisit Butter- 90 Pfennig
Ersatz, feinste Tafel-Margarine, und
1/2 Pfd. SELLA - Block - Schokolade oder nach Wahl
1/2 Pfd. KAKAO im Paket zusammen für

Durch die täglich frische Herstellung mit Zusatz von süßer Sahne aus nur besten Zutaten ist der Unterschied zwischen ihr und feiner Naturbutter nicht mehr zu erkennen. Die Herstellung geschieht in unserer Fabrik in Pratau in der Goldenen Aue, wo es viele und gute Milch gibt, und wo von ausgezeichneten Rasse-Kühen eine hygienisch einwandfreie gesunde Milch erzeugt wird. Unseren verehrlichen Abnehmern ist durch diese Einrichtung gewährleistet, dass Ihnen durchaus köstliche Erzeugnisse von hohem Nährwert geboten werden. Wir machen besonders auf die ausserordentlich leichte Verdaulichkeit unserer Milka aufmerksam.

Die sämtl. Verkaufsstellen sind durch nebenstehende Schilder und Plakate gekennzeichnet. Milka-Nährmittel-Fabrik G. m. b. H., Pratau a. E. Das geehrte Publikum wird höflichst gebeten an den erwähnten Tagen die Schokolade od. Kakao zu verlangen, da diese Beigaben nicht nur den alten, sondern an alle, also speziell auch an neue Kunden in den sämtlichen Verkaufsstellen verabfolgt werden sollen.

Leiser Inventur-Ausverkauf Schluss: Sonnabend, den 10. d. Mts. Bis 50% Ermässigung. Jewentzenstr. 20, Oranienstr. 34, am Wittenberg-Pl., Oranienstr. 47a, Leipzigerstr. 65, Müllerstr. 32a, Königstr. 34, Rixdorf, Bergstr. 78. Weitere Warenposten herabgesetzt. Sensationell billig!

